

19. Jahrgang  
**1/92**

Vierteljahres-  
zeitschrift für  
Stadtgeschichte  
Stadtsoziologie  
und  
Denkmalpflege



---

Rudolf Wurzer

---

---

Detlev Ipsen

---

---

Heide Berndt

---

---

Mechthilde Kißler  
Josef Eckert

---

---

Kohlhammer

---

---

Camillo Sittes Hauptwerk

---

---

Zeitgeist und Stadterneuerung

---

---

Die Städte bewohnbar halten!

---

---

Vom Arbeiterquartier zum  
Szenestadtteil

---

---

Herausgegeben von Otto Borst

---



ISSN 0170-9364

Die alte Stadt. Vierteljahresschrift  
für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie  
und Denkmalpflege

In Verbindung mit Hans Paul Bahrdt,  
Helmut Böhme, Rudolf Hillebrecht,  
Eberhard Jäckel und Friedrich Mielke  
herausgegeben von Otto Borst

*Redaktionskollegium:* Professor em. Dr. Otto Borst, Historisches Institut der Universität Stuttgart, Keplerstraße 17, 7000 Stuttgart 1 (Hauptschriftleiter) – Professor Dr. Burkhard Hofmeister, Direktor des Instituts für Geographie an der Technischen Universität Berlin, Budapeststraße 44/46, 1000 Berlin 30 – Professor Dr. Rainer Jooß, Historisches Seminar an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd, Oberbettringerstraße 200, 7070 Schwäbisch Gmünd – Professor Dr. Hermann Korte, Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum, Universitätsstraße 120, 4630 Bochum – Architekt Dipl.-Ing. Hellmut Richter, Ministerialrat im Bayerischen Staatsministerium des Innern, Oberste Baubehörde, Karl-Scharnagl-Ring 60, 8000 München 22 – Schriftleitung: Hans Schultheiß, Rotenbergstraße 5, 7000 Stuttgart 1 – Redaktionslektorat: Frauke Borst, c/o Black, 14 Station Approach, Coulsdon North, Surrey CR 3 2 Nr, Great Britain.

*Redaktionelle Zuschriften* und Besprechungsexemplare werden an die Anschrift der Schriftleitung erbeten: 7300 Esslingen am Neckar, Marktplatz 16, Postfach 269, Tel. (0711) 357670.

Die Zeitschrift erscheint jährlich in Vierteljahresbänden mit einem Gesamtumfang von etwa 420 Seiten. Der Bezugspreis im Abonnement beträgt jährlich DM 134,-; Vorzugspreis für Studierende gegen jährliche Vorlage einer gültigen Studienbescheinigung DM 105,- einschließlich Versandkosten und Mehrwertsteuer; Einzelbezugspreis für den Vierteljahresband DM 35,20 einschließlich Mehrwertsteuer und zuzüglich Versandkosten ab Verlagsort. Preisänderungen vorbehalten. Abbestellungen sind nur 6 Wochen vor Jahresende möglich.

*Verlag, Vertrieb und Anzeigenverwaltung:* W. Kohlhammer GmbH, 7000 Stuttgart 80, Heßbrühlstraße 69, Postfach 800430, Tel. 78631. Verlagsort: Stuttgart. Gesamtherstellung: W. Kohlhammer Druckerei GmbH + Co., Stuttgart. Printed in Germany. Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Alle Urheber- und Verlagsrechte sind vorbehalten. Der Rechtsschutz gilt auch für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Jede Verwertung bedarf der Genehmigung der W. Kohlhammer GmbH. Der Verlag erlaubt allgemein die Fotokopie zu innerbetrieblichen Zwecken, wenn dafür eine Gebühr an die VG WORT, Abt. Wissenschaft, Goethestraße 49, 8000 München 2, entrichtet wird, von der die Zahlungsweise zu erfragen ist.

Verlag W. Kohlhammer Stuttgart Berlin Köln

## INHALT

### ABHANDLUNGEN

- RUDOLF WURZER, Camillo Sittes Hauptwerk »Städte-Bau nach seinen künstlerischen Grundsätzen«. Anlaß, Vorbilder, Auswirkungen ..... 1  
DETLEV IPSEN, Über den Zeitgeist der Stadterneuerung ..... 16  
HEIDE BERNDT, Die Städte bewohnbar halten! ..... 30  
MECHTHILDE KISSLER / JOSEF ECKERT, Vom Arbeiterquartier zum Szenestadtteil. Die Entstehung eines innerstädtischen Kölner Wohnviertels nach Abschluß der Urbanisierung . 51

### KLEINE BEITRÄGE

- JOHANN PAUL, Wie überall im Reich war auch in...? Ein Vergleich stadtgeschichtlicher Darstellungen zur NS-Zeit ..... 75

- DIE AUTOREN ..... 85

### BESPRECHUNGEN

#### *Stadtgeschichte*

- KARL BOSL, Die bayerische Stadt in Mittelalter und Neuzeit (*Hans Schadek*) ..... 86

#### *Stadtbaugeschichte*

- SIEGFRIED GERLACH, Die deutsche Stadt des Absolutismus im Spiegel barocker Veduten und zeitgenössischer Pläne (*Erich Konter*) ..... 87  
HARALD BODENSCHATZ / JOHANNES GEISENHOF, Deutschordensresidenz Ellingen (*Erich Konter*) ..... 88  
ANDREAS ROMERO, Baugeschichte als Auftrag. Karl Gruber: Architekt, Lehrer, Zeichner (*Ronald Kunze*) ..... 89  
KLAUS NOVY / FELIX ZWOCH (Hrsg.), Nachdenken über Städtebau (*Heide Berndt*) ..... 90

Rudolf Wurzer

## Camillo Sittes Hauptwerk »Der Städtebau nach seinen künstlerischen Grundsätzen«

Anlaß, Vorbilder und Auswirkungen

1. Vorbemerkung – 2. Anlaß zur Verfassung des Buches – 3. Anregungen und Vorbilder – 4. Auswirkungen des Buches auf die Städtebaulehre – 5. Auswirkungen auf städtebauliche Planungsmethodik und Planungstechnik – 6. Die Monatszeitschrift »Der Städtebau« – 7. Zusammenfassung

### 1. *Vorbemerkung*

Das 1889 im Verlag Carl Graeser, Wien, erschienene Hauptwerk Camillo Sittes findet wieder größeres Interesse. Aus welchem Anlaß er dieses Buch verfaßt hat, welche Vorbilder ihn beeinflußt haben und welche Bedeutung es besitzt, soll in diesem Beitrag erhellert werden. Denn es wurde in acht Sprachen (englisch, französisch, italienisch, japanisch, russisch, schwedisch, serbokroatisch und spanisch) übersetzt und erfuhr 22 Auflagen; acht davon in deutscher Sprache. Weiters soll in nächster Zeit in Moskau eine neue Übersetzung in russischer Sprache von Jańis Krastinš erscheinen; die Veröffentlichung einer Übersetzung in die slowenische Sprache von Boris Gaberščik wird vorbereitet und eine Übersetzung in die griechische Sprache hat Konstantin Serraios kürzlich beendet.

Wenn George R. Collins und Christiane Crasemann Collins für die bisher umfassendste Beurteilung von Sittes Hauptwerk den Titel »Camillo Sitte: The Birth of Modern City Planning«<sup>1</sup> wählten, dann ist das eine beachtenswerte Würdigung. Auch Carl E. Schorske beurteilt Camillo Sittes Werk in dem brillanten Essay »Die Ringstraße, ihre Kritiker und die Idee der modernen Stadt« wie folgt: »Insbesondere jedoch wurde die Ringstraße zum Amboß für zwei Vorkämpfer des modernen Städtebaus, Camillo Sitte und Otto Wagner, die darauf und dagegen ihre Ideen von städtischen Lebensformen schmiedeten, deren Einfluß noch unter uns seine Wirkung ausübt. Sittes Kritik hat ihm einen Platz im Pantheon der auf die Gemeinschaft bezogenen Stadtplanung eingebracht, wo er die Verehrung neuerer schöpferischer Reformer wie Lewis Mumford und Jane Jacobs genießt.«<sup>2</sup>

<sup>1</sup> G. R. Collins / Ch. Crasemann Collins, Camillo Sitte; The Birth of Modern City Planning, New York 1986.

<sup>2</sup> C. E. Schorske, Wien, Geist und Gesellschaft im Fin de siècle, Frankfurt am Main, S. 23, 24.

2. Anlaß zur Verfassung des Buches „Der Städte-Bau nach seinen künstlerischen Grundsätzen«

Daß Camillo Sitte mit seinem Buch eine Neuorientierung des Städtebaues einleiten wollte, ist aufgrund seiner Ausbildung, der Mitarbeit an der Planung von Kirchenbauten im Atelier seines Vaters und wegen dessen dominierender fachlicher und familiärer Position nicht anzunehmen. Trotz zahlreicher gründlicher Untersuchungen des Lebenswerkes und unter Berücksichtigung wichtiger Ergebnisse der Ideen- und Formen-geschichte des Städtebaues im 19. Jahrhundert fehlen konkrete Hinweise darüber, welche Umstände Camillo Sitte 1889 veranlaßt haben, sein Hauptwerk »Der Städte-Bau nach seinen künstlerischen Grundsätzen« zu veröffentlichen (Abb. 1).

DER  
STÄDTE-BAU  
NACH SEINEN  
KÜNSTLERISCHEN GRUNDSÄTZEN.

EIN BEITRAG ZUR LÖSUNG  
MODERNSTER FRAGEN DER ARCHITEKTUR UND MONUMENTALEN  
PLASTIK UNTER BESONDERER BEZIEHUNG AUF WIEN

VON  
ARCHITEKT  
CAMILLO SITTE  
REGIERUNGSRATH UND DIRECTOR DER K. K. STAATS-GEWERBESCHULE IN WIEN.

MIT 4 HELIOGRAVUREN UND 109 ILLUSTRATIONEN UND DETAILPLÄNEN.



WIEN 1889.  
VERLAG VON CARL GRAESER.  
I. AKADEMIESTRASSE 26.

CAMILLO SITTE

Abb. 1: Titelblatt der ersten Auflage von Camillo Sittes Hauptwerk, Wien 1889.

Deshalb erfolgte eine genaue Sichtung des Sitte-Nachlasses im Institut für Städtebau, Raumplanung und Raumordnung der Technischen Universität Wien. Als Ergebnis ist hervorzuheben, daß Camillo Sitte vor 1889 ausschließlich als Architekt und insbesondere als Planer von Kirchenbauten tätig war. Ein wesentliches Interesse an der Lösung von städtebaulichen Aufgaben war nicht nachweisbar.

Auch die Sichtung der ebenso zahlreichen, wie vielfältigen Artikel Camillo Sittes in Tageszeitungen und Zeitschriften (über Architektur und Städtebau, über kunstgewerbliche und kunstgeschichtliche Fragen oder über Musik und Pädagogik) ergab kein anderes Resultat. Mit Ausnahme des unter dem Pseudonym K. Schembera verfaßten Beitrages »Gottfried Semper's Ideen über Städteanlagen« (Neues Wiener Tagblatt, 22. Jänner 1885) sowie eines namentlich gezeichneten Beitrages »Temesvár: über die geplante Schleifung der Festungswälle, Stadtregulierung, General-Regulierungsplan und Pfarrkirche« (1887) sind keine weiteren Aussagen über städtebauliche Fragen vorhanden. Hingegen steht der Vortrag Sittes am 26. Jänner 1889 im Österreichischen Ingenieur- und Architekten-Verein »Ueber alte und neue Städteanlagen mit Bezug auf die Plätze und Monument-Aufstellung« sicherlich schon in direktem Zusammenhang mit seinem im Sommer dieses Jahres erschienenen Buch »Der Städte-Bau nach seinen künstlerischen Grundsätzen«. Das gilt auch für seinen Vortrag »Ueber die Wahl des Platzes für das Wiener Goethe-Denkmal« am 22. Februar 1889.

Dieses Resultat überrascht deshalb nicht, weil Camillo Sitte von 1875 bis 1883 offensichtlich seine ganze Kraft für den Aufbau der K.K. Staats-Gewerbeschule in Salzburg benötigt hat. Denn während dieses Zeitraumes konnte er sich – fern von Wien – wohl nicht eingehend genug mit den Städtebauproblemen in der Reichshaupt- und Residenzstadt befassen.

Daß sich Sitte nach seiner Rückkehr 1883 nach Wien um so kritischer und gründlicher mit den städtebaulichen Problemen seiner Heimatstadt auseinandergesetzt hat, ist deshalb verständlich. Denn durch die Bebauung der Ringstraßenzone war Wien für Ost und West »die gesuchte Lehrwerkstätte für die Architektur und des Baugewerbes« (Carl E. Schorske) in Europa. Die städtebauliche ... Gestaltung des Rathausviertels von 1878 bis 1888, die Wienflußeinwölbung oder der Bau der neuen Hofburg und der beiden Hofmuseen waren mit heftigen öffentlichen Diskussionen verbunden. Dies veranlaßte den Österreichischen Ingenieur- und Architekten-Verein schon 1877, eine von Heinrich von Ferstel verfaßte »Denkschrift über die künftige Entwicklung Wiens«<sup>3</sup> zu veröffentlichen. In ihr wird u. a. daran Kritik geübt, daß die Stadterweiterung »auf die Anlage öffentlicher Plätze nur die geringste Rücksicht genommen (hat), ...in der irrigen Auffassung, daß die breite Ringstraße Ersatz für Plätze bieten

<sup>3</sup> Denkschrift über die bauliche Entwicklung Wiens. Verfaßt vom Österreichischen Ingenieur- und Architekten-Vereine aus Anlaß der Beratungen über die Verfassung eines General-Baulinienplanes für Wien und Umgebung, Wien 1877.

könnte... Nirgends eine auf großartige perspektivische Wirkung und auf imposante Auszeichnung und Einrahmung monumentaler Bauten abzielende Anlage, wie solches bei antiken und mittelalterlichen Stadtanlagen geschah und auch vielfach in anderen modernen Städten angestrebt wird.«

Deshalb ist die Annahme naheliegend, daß das »XII. Kapitel. Beispiel einer Stadtregulierung nach künstlerischen Grundsätzen« des Hauptwerkes von Camillo Sitte sowohl durch Gottfried Sempers Projekt für ein Kaiserforum als auch durch diese Denkschrift beeinflusst worden ist. Mit den Gestaltungsvorschlägen für den Votivkirchplatz, den Rathausplatz und für eine Platzanlage vor dem Parlamentsgebäude wollte auch Sitte eine »Gruppe charakteristischer Plätze schaffen, die eine wesentlich gesteigerte Wirkung jedes einzelnen Monumentalbaues« und die Aufstellung von Denkmälern ermöglichen sollten. Damit wollte er zeigen, »in welcher Art beiläufig das monumentale Centrum einer großen Stadt künstlerisch durchzubilden wäre«. Offensichtlich war die Gestaltung von Straßen- und Platzräumen *das* Anliegen Camillo Sittes.

Auf die ebenso wichtigen städtebaulichen Probleme der damaligen Zeit, wie beispielsweise die Verflechtung der Ringstraßenzone mit der inneren Stadt und mit den Vorstädten, die Auswirkungen der Bauordnung von 1883, den Ausbau des Kanal- und Wasserversorgungsnetzes oder die heftig diskutierte Eingemeindung der Vororte – sie erfolgte 1890 – ist Sitte jedoch nicht eingegangen.

Für ihn war die architektonische Gestaltung der bestehenden Platzanlagen zwischen Parlamentsgebäude und Votivkirche offensichtlich das wichtigste, noch unge löste städtebauliche Problem in Wien. Das erklärt auch, warum sich Camillo Sitte nicht an dem internationalen städtebaulichen Wettbewerb 1892/93 zur »Erlangung von Entwürfen für einen General-Regulierungsplan über das gesamte Gemeindegebiet von Wien« beteiligt hat. Die Verärgerung darüber, daß er zwar beim städtebaulichen Wettbewerb für München als Preisrichter mitwirken konnte, bei diesem wichtigen Wettbewerb in seiner Heimatstadt aber nicht in das Preisgericht einbezogen worden ist, dürfte wohl ein weiterer Grund dafür gewesen sein. Denn sein Buch »Der Städte-Bau nach seinen künstlerischen Grundsätzen« erschien 1892 bereits in einer zweiten Auflage und hat im deutschsprachigen Raum ein sehr positives Echo gefunden.

### 3. Anregungen und Vorbilder

Nicht konkret nachweisbar – aber sehr naheliegend – ist der bestimmende Einfluß seines Lehrers und Förderers Rudolph Eitelberger von Edelberg. Denn Eitelberger hat sich schon am 10. März 1858 in dem Vortrag »Ueber Stadt-Anlagen und Stadtbauten« im »großen ständischen Saale« sehr eingehend mit wichtigen städtebaulichen Fragen Wiens auseinandergesetzt. Der Vortrag fiel zeitlich mit dem internationalen städtebaulichen Wettbewerb (1858) für die Gestaltung der Ringstraßenzone zusam-

men. Es ist anzunehmen, daß Eitelbergers Ausführungen wohl auch die Beurteilung der eingereichten fünfundachtzig Projekte und die Ausarbeitung des Grundplanes (1859 von Kaiser Franz Joseph I. genehmigt) indirekt beeinflußt haben dürften. Im übrigen veröffentlichte Eitelberger die Wettbewerbsergebnisse in mustergültiger Weise und leistete damit einen wichtigen Beitrag zur Geschichte des Städtebaues.<sup>4</sup>

Daß Camillo Sitte diesen Vortrag und diese Publikation sehr genau gekannt hat, bestätigen auch einige Zitate. Denn Eitelberger erwähnte »die architektonischen Grundformen einer Stadt« und erläuterte die Zusammenhänge zwischen »Kunst«, »Städtebauten und Städteanlagen« folgend: »Wohl entwickelt die Kunst, wo sie losgeschält ist von den Bedürfnissen, den materiellen Interessen des Alltagslebens, ihre schönsten Blüten, ihre reifsten Früchte; denn dort ist die Kunst der Kunst wegen da und genügt sich selbst. Aber in den Fällen, wo sie sich an Städtebauten und Städteanlagen anknüpft, da ist sie ein Kind der Noth, eine Frucht der Bedürftigkeit des menschlichen Geschlechts, und vermag sich nicht all den Folgen zu entziehen, die daraus entspringen – und *darf* sich ihnen auch nicht entziehen. Da soll sie zeigen, daß sie den Zwecken der Gesellschaft dient.«

Diese Verpflichtung gegenüber der Allgemeinheit hat sein Schüler Camillo Sitte viel stärker betont – insbesondere im letzten Lebensjahrzehnt – als andere Architekten seiner Zeit. Camillo Sitte modifizierte jedoch Eitelbergers Bezeichnung »Städtebauten« und verwendete sie 1889 als Titel für sein Hauptwerk »Der Städte-Bau nach seinen künstlerischen Grundsätzen«.

Während K. C. Hoffmann in der 1844 erschienenen Abhandlung die »Erweiterung von Städten«<sup>5</sup> beschrieb, und Reinhard Baumeister diese Bezeichnung 1876 als »Stadt-Erweiterungen« übernahm, forderte Ildefonso Cerdà y Suñer eine »Teoria general de la urbanizacion«.<sup>6</sup> Zweifellos hat Sitte auch das schon 1876 erschienene Buch von Reinhard Baumeister »Stadt-Erweiterungen in technischer, baupolizeilicher und wirtschaftlicher Beziehung«<sup>7</sup> genau gekannt. Denn er bezeichnete ihn als »Theoretiker des modernen Stadtbaues«, weil dessen Buch der erste Versuch im deutschen Sprachraum sei, durch ein »planmäßiges Verfahren ... die ferner zu erwartende Entwicklung zum allgemeinen Besten« zu lenken.

Da sich Baumeister als Ingenieur mit Gestaltungsfragen nur andeutungsweise befaßt hat und auch die vom Verband deutscher Architekten und Ingenieure 1874 beschlossenen drei Thesen für die Stadterweiterung im wesentlichen Verkehrs- und Situierungsfragen betrafen, hat Sitte die künstlerischen Aspekte des Städtebaues besonders hervorgehoben.

<sup>4</sup> R. Eitelberger, Die preisgekrönten Entwürfe zur Erweiterung der Inneren Stadt, Wien 1859.

<sup>5</sup> Zeitschrift für praktische Baukunst, Dresden 1844.

<sup>6</sup> A. L. de Aberasturi (Hrsg.), I. Cerdà, La théorie générale de l'urbanisation. Siehe O. Jürgens, Spanische Städte, Hamburg 1926.

<sup>7</sup> R. Baumeister, Stadt-Erweiterungen..., Berlin 1876.

Daß er wichtige Anregungen für sein Hauptwerk den kontinuierlichen und oft emotionalen Auseinandersetzungen über die zweckmäßigste und eindrucksvollste Gestaltung der Ringstraßenzone verdankt, wurde bereits erwähnt. Diskussionen etwa darüber, ob der Reiz des architektonischen Bildes durch Point de vues vergrößert werden könnte, weiters das Gutachten Gottfried Sempers über das Kaiserforum-Projekt oder die Auseinandersetzungen über die zweckmäßigste Gestaltung des Schwarzenbergplatzes (er gilt als »repräsentativster Platz des strengen Historismus«)<sup>8</sup> durch seinen Lehrer am K. K. Polytechnischen Institut Heinrich von Ferstel haben Sitte wohl darin bestärkt, sich so grundsätzlich mit der Gestaltung von Platzanlagen zu befassen.

Denn von den 180 Druckseiten des Buches betreffen 75 Seiten Aspekte der Platzgestaltung und das »Kapitel XII, Beispiel einer Stadtregulierung nach künstlerischen Grundsätzen« enthält Vorschläge zur »Umgestaltung des Votivkirchen-Platzes«, des »Rathausplatzes« und die »Projektskizze einer Platzanlage vor dem Parlamenthaus« in Wien.

#### 4. Die Auswirkungen des Buches »Der Städte-Bau nach seinen künstlerischen Grundsätzen« auf die Städtebaulehre

Max Guthier befaßte sich in dem Buch »Zur Geschichte der Städtebaulehre an deutschen Hochschulen«<sup>9</sup> u. a. eingehend mit Sittes Hauptwerk, der damit »zum Lehrer mancher Städtebaulehrer geworden« ist. Theodor Fischer erwähnt in der zweiten Auflage seines Buches »Sechs Vorträge über Stadtbaukunst« ebenfalls Camillo Sitte, der »zuerst die vergessenen Probleme des Städtebaues in Erinnerung brachte«. Fischer war Leiter des Stadterweiterungsbüros der Stadt München, und von 1909 bis 1929 Professor für Städtebau an der Technischen Hochschule München.

Karl Henrici, ebenfalls ein weithin anerkannter Städtebaulehrer an der Technischen Hochschule Aachen, schätzte Sittes Leistungen sehr hoch ein. Gerhard Curdes beurteilt dies so: »Sittes Beitrag ist bei Henrici auf einen besonders fruchtbaren Boden gefallen. Er war von Sittes Buch fasziniert. Aus vielen Stellen seiner Schriften läßt sich die Bewunderung für diesen Mann spüren.«<sup>10</sup>

Daß auch Theodor Goecke von Sitte beeinflusst war, ist schon deshalb anzunehmen, weil beide gemeinsam die Monatszeitschrift »Der Städtebau« gegründet haben. Goecke lehrte bis 1910 Städtebau an der Technischen Hochschule Berlin und befaßte sich u. a. intensiv mit der Arbeiterwohnungsfrage. Im Nachruf auf Sitte würdigt er dessen Lebenswerk, »denn in unserer Erinnerung wird er fortleben als der Altmeister

deutscher Städtebau-Kunst, zu deren Vergangenheit er uns die verschütteten Quellen wieder aufgegraben hat«.

Felix Genzmer, 1903 an die Technische Hochschule Berlin berufen, hielt Vorlesungen über »Künstlerischer Städtebau und Verwandtes«, später über »Stadtbaukunst«. Sittes Auffassungen über künstlerische Grundsätze im Städtebau waren auch Gegenstand seiner Lehrtätigkeit.

Max Guthier weist nach, daß sich bis 1990 »an keiner Hochschule die Lehre des Städtebaus nach künstlerischen Grundsätzen in solcher Weise ausgewirkt (hat), wie dies in Darmstadt durch die Zusammenarbeit Hofmanns und Pützers gelungen war«. Denn Friedrich Pützer tradierte ab 1900 das Pflichtfach »Künstlerische Fragen des Städtebaues« an der Technischen Hochschule Darmstadt. Er wurde 1899 auch beauftragt, »für die sämtlichen höheren Bau- und Verwaltungsbeamten eine Reihe von Vorträgen über die künstlerischen Grundsätze im Städtebau zu halten, damit diese im ganzen Lande verbreitet werden«.

Daß Sittes Buch auch in den Vereinigten Staaten von Amerika bekannt war, geht aus einem Brief an Siegfried Sitte vom 27. März 1913 hervor, in dem Chairman James Sturgis, School of Landscape Architecture, Harvard University, Cambridge, Mass., mitteilte, daß er froh wäre, eine Übersetzung von Camillo Sittes Hauptwerk veröffentlichen zu können. Dies sollte in der von der American Society of Landscape Architects herausgegebenen Schriftenreihe »Landscape Architecture and City Planning« erfolgen. Leider konnte diese Absicht trotz positiver Stellungnahme Siegfried Sittes nicht realisiert werden. Die erste Übersetzung in die englische Sprache von Charles Stewart erschien deshalb erst 1945 in New York.

In Österreich ist – nach derzeitigem Wissensstand – ein konkreter Einfluß Camillo Sittes auf die Städtebaulehre an der Technischen Hochschule Wien nachweisbar. Denn Karl Mayreder, Chefarchitekt des Stadtregulierungsbüros der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien und Professor an der Technischen Hochschule Wien, kündigte für das Studienjahr 1899/1900 »Freie Vorträge über Städtebau« mit folgendem Inhalt an:

»Nr. 122. Städtebau (mit besonderer Berücksichtigung seiner künstlerischen Grundsätze). Die Aufgabe des Städtebaues. Die Gruppierung der Stadtteile nach ihrem Zwecke. Die Anlage der städtischen Straßen und Plätze. Die Aufstellung von Denkmälern. Die städtischen Eisenbahnen. Die Gewässer im Stadtgebiet. Die städtischen Gärten. Die Cottage-Anlagen und Arbeiterviertel. Der architektonische Stadtcharakter. Praktische Beispiele. Sommersemester 1 Wochenstunde«.<sup>11</sup>

<sup>8</sup> N. Wibiral / R. Mikula, Heinrich von Ferstel, Wiesbaden 1974, S. 83.

<sup>9</sup> M. Guthier, Zur Geschichte der Städtebaulehre an deutschen Hochschulen, in: H. Wetzel und die Geschichte der Städtebaulehre an deutschen Hochschulen, Stuttgart 1982, S. 81.

<sup>10</sup> G. Curdes / R. Oehmichen (Hrsg.), Künstlerischer Städtebau um die Jahrhundertwende. Der Beitrag von Karl Henrici, Köln 1981, S. 12.

<sup>11</sup> R. Wurzer, Über die Entwicklung der Städtebaulehre an der Technischen Hochschule Wien bis 1959, in: Städtebau, Raumplanung und Raumordnung, Ausstellungskatalog, Wien 1985, S. 21.

Die Berufung Karl Mayreders 1904 zum Ordinarius für Propädeutik der Baukunst, Architektonisches Zeichnen und Malerische Perspektive bewirkte dann auch die Erteilung eines Lehrauftrages über Städtebau. Wie weitgehend sich Mayreder an Camillo Sittes Buch orientiert hat, beweisen Titel der Vorlesung und deren Inhalt.

Dieser Überblick über die Auswirkungen von Sittes Hauptwerk wäre unvollständig, wenn nicht auch Eugen Faßbender erwähnt würde, der – ebenso wie Camillo Sitte – nie an einer Hochschule oder Akademie lehren durfte. Denn er hat sich bei seinen zahlreichen städtebaulichen Planungen und Wettbewerbsprojekten, vor allem aber in seinem Buch »Grundzüge der modernen Städtebaukunde« (Leipzig/Wien 1912), deutlich an Camillo Sittes Hauptwerk orientiert. Im »VI. Abschnitt, Schönheitsvorstellungen« stellt Faßbender fest: »Der Städtebau ist eine Kunst, eine Großraumkunst, an die nicht geringe Schönheitsvorstellungen gestellt werden.« Dann erwähnt er: »Dabei sei besonders auf das in künstlerischer Hinsicht hochbedeutsame Werk Camillo Sittes hingewiesen.«

Daß ein Mann wie Camillo Sitte auch fachliche Gegner hatte, ist verständlich. Hier ist u. a. Albert Erich Brinckmann zu nennen, der 1920 u. a. feststellte: »... da es immer noch Leute gibt, die gedankenlos das in jener Epoche der Henrici, Goecke und anderer »malerischer Stadtplaner« über Sitte geprägte Urteil nachsprechen und nicht einsehen wollen, daß dieser Romantiker die Baukunst auf ähnliche Abwege führte, wie der Historismus die gesamte Kunst.«<sup>12</sup>

Roman Heiligenthal kritisierte in seinem 1921 erschienenen Buch »Deutscher Städtebau« u. a. Entwürfe von Karl Henrici für Platzanlagen, die er im Rahmen des Wettbewerbes für die Erlangung eines Stadterweiterungsplanes für München 1893 ausgearbeitet hatte. Zu Camillo Sittes künstlerischen Grundsätzen im Städtebau bemerkte Heiligenthal:

»Die Bewegung, deren Ausdruck Camillo Sittes Buch »Der Städtebau« war, erstrebte das Hineintragen des Kunstgedankens in die moderne Stadtplanung und glaubte den Weg hierzu durch das Studium der Straßenbilder alter Städte zu finden... Die dem Wesen der modernen Stadt wenig angepaßte einseitige Hinneigung zur mittelalterlichen Grundrißgestaltung lag Sitte fern, sie trat erst in den Werken seiner Schüler und Nachahmer zutage.«<sup>13</sup>

Eine höfliche indirekte Kritik also, die dem damaligen Zeitgeist entsprach. Doch auch die Auffassungen Sittes über künstlerische Grundsätze im Städtebau stimmten mit dem Zeitgeist von 1889 überein und hatten dieselbe Berechtigung, wie die Urteile seiner Kritiker drei Jahrzehnte später.

<sup>12</sup> A. E. Brinckmann, Deutsche Stadtbaukunst vom Mittelalter bis in die Neuzeit, Wildpark-Potsdam 1925, S. 109.

<sup>13</sup> R. Heiligenthal, Deutscher Städtebau, Heidelberg 1921, S. 84.

### 5. Auswirkungen auf die städtebauliche Planungsmethodik und Planungstechnik

Daß Sittes künstlerische Grundsätze für den Städtebau durch die Städtebaulehre die größte Verbreitung fanden, ist naheliegend. Sie beeinflussten aber auch die Planungspraxis erheblich, denn seine kritischen Hinweise auf die »Motivenarmuth und Nüchternheit moderner Stadt-Anlagen« oder auf den »inneren Widerstreit zwischen dem Malerischen und Praktischen« entsprachen der damaligen Architekturauffassung. Deshalb wurden seine Vorschläge für ein »verbessertes modernes System« sowie seine Forderung nach »städtebaulichen Regeln« als Ergebnis von Analysen, weitgehend akzeptiert und in der Planungspraxis berücksichtigt.

Wer hätte auch bezweifelt, daß städtebaulichen Planungen ein »wirkliches Programm« zugrunde liegen sollte? Auch die Klärung folgender Fakten war – nicht nur nach Meinung Sittes – unerlässlich:

- Eine »Wahrscheinlichkeits-Bestimmung der Bevölkerungszunahme des geplanten Stadttheiles«; ferner »Vorerhebungen über den zu erwartenden Verkehr und die Art der Besiedelung«.
- Annahmen »der voraussichtlich erforderlichen öffentlichen Gebäude nach Zahl, Umgebung und beiläufiger Ausstattung«.
- Ermittlung des besten Standortes und der »besten Gruppierungen und Situierungen sammt allen nöthigen Verbindungen«.

Auch seine Vorschläge, mehrere Plätze zu einem größeren »effektvollen Platz« zu vereinigen, »Unebenheiten des Terrains, vorhandene Wasserläufe oder Wege ... nicht gewaltsam zu beseitigen, ... sondern als willkommene Ursachen zu gebrochenen Straßen und sonstigen Unregelmäßigkeiten beizubehalten« oder »perspektivische Wirkungen« häufiger zu berücksichtigen, entsprachen dem Zeitgeist und wurden nicht selten in mißverständlicher Weise verwirklicht.

Daß Camillo Sitte in seinem Buch auch an den »Act des Sehens ... erinnert, unter dem die Raumwahrnehmungen, auf welchen alle architektonischen Effecte beruhen«, zustande kommen, ist zweifellos eine besonders wichtige Aussage. Denn damit hat uns Sitte wieder sehen und öffentliche Räume verstehen gelehrt. Mit großer Konsequenz befolgte Camillo Sitte seine künstlerischen Grundsätze aber auch bei den eigenen Planungen; so insbesondere beim Stadterweiterungsplan für Olmütz (1894) und beim Bebauungsplan für Marienberg bei Mährisch-Ostrau (1903).<sup>14</sup> Denn für Olmütz führte er »Vorerhebungen über die Bevölkerungszunahme, den zu erwartenden Verkehr, die Entwicklung des Handels und die Art der Besiedelung« durch und erstellte ein »wirkliches Programm« unter besonderer Bedachtnahme auf öffentliche Interessen (Abb. 2).

Er hat weiters erhellt, welche öffentlichen Grünflächen und welche öffentlichen Ge-

<sup>14</sup> R. Wurzer, Franz, Camillo und Siegfried Sitte. Ein langer Weg von der Architektur zur Stadtplanung, in: Berichte zur Raumforschung und Raumplanung, Wien 1989, S. 18 ff.

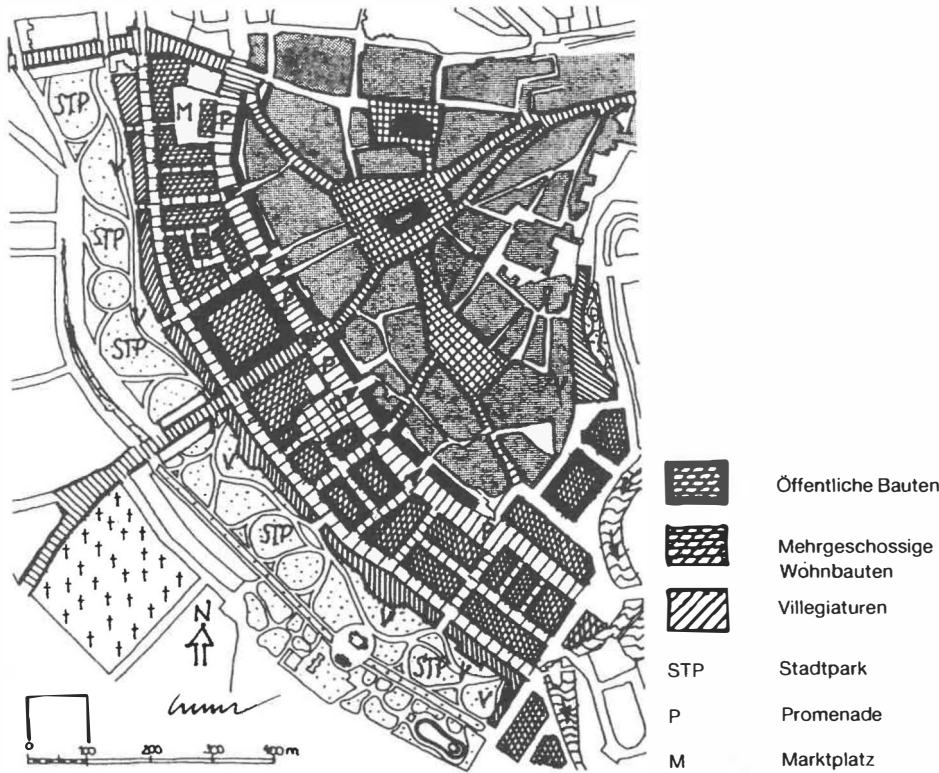


Abb. 2: C. Sitte, Stadterweiterungsplan für Olmütz (Strukturskizze des Verfassers für das westliche Stadtgebiet). Räumliche Gestaltung des beiderseits der Theresien-Straße und südwestlich der Altstadt liegenden Erweiterungsgebietes. Anordnung eines Verwaltungszentrums um den geplanten Maria-Theresia-Platz. Sitte-Nachlaß T. U. Wien

bäude »nach Zahl, Umfang und beiläufiger Ausstattung« erforderlich sind, um der zukünftigen Gesamtentwicklung zu entsprechen. Auch die von ihm entworfenen neuen Platzanlagen stimmen mit seinen künstlerischen Grundsätzen überein und das differenzierte Straßennetz wurde im wesentlichen so angelegt, daß durch versetzte Kreuzungen jeweils Raumabschlüsse erfolgen.

Besondere Publizität erlangte der vorhin erwähnte, unter Mitwirkung seines Sohnes Siegfried ausgearbeitete Bebauungsplan für Marienberg bei Mährisch-Ostrau. Denn dieser Plan wurde 1904 im Ersten Jahrgang der Zeitschrift »Der Städtebau« veröffentlicht und läßt die Anwendung von Sittes Gestaltungsgrundsätzen besonders deutlich erkennen. Der Rathausplatz und der Kirchenplatz, die Baublöcke mit geschlossener Randbebauung und grünen Innenhöfen sowie das nach dem Verästelungsprinzip gestaltete Straßennetz – das keine Durchblicke ermöglicht – sind ein signifikantes Beispiel für Sittes »Verbessertes modernes System« bei Stadtanlagen.

## 6. Die Monatszeitschrift »Der Städtebau« und ihre Bedeutung für die Entwicklung des Städtebaues

Im Sitte-Nachlaß befindet sich eine Entwurfskizze für das Titelblatt des ersten Heftes des Ersten Jahrganges der von Theodor Goecke und Camillo Sitte gegründeten und ab 1904 in Berlin herausgegebenen Monatsschrift »Der Städtebau«. Die Gründung geht auf eine Initiative Camillo Sittes zurück, der dieses Vorhaben in Wien nicht hätte verwirklichen können. Da diese bis 1929 erschienene erste deutschsprachige Fachzeitschrift für Städtebau ein ähnlich großes Echo fand wie Sittes Hauptwerk, muß auch darüber berichtet werden.

Leider fehlt im Sitte-Nachlaß der gesamte Schriftwechsel Camillo Sittes mit Fachkollegen, so daß über die Beziehungen zwischen Theodor Goecke (außerordentlicher Professor für »allgemeine Gebäudelehre und Städtebaulehre« an der Technischen Hochschule Berlin bis 1910) und Camillo Sitte nur Vermutungen angestellt werden können.

Zutreffend dürfte die Annahme sein, daß Sitte (damals am Höhepunkt der fachlichen Anerkennung vor allem im Ausland stehend) und Goecke (er befaßte sich besonders mit Arbeiterwohnungsfragen) davon überzeugt waren, die Gründung der Monatszeitschrift für die künstlerische Ausgestaltung der Städte nach ihren wirtschaftlichen, gesundheitlichen und sozialen Grundsätzen nur gemeinsam durchführen zu können.

Daß es den Herausgebern gelungen ist, bedeutende Fachkollegen, aber auch Politiker, Wissenschaftler und Schriftsteller als ständige Mitarbeiter zu gewinnen, war keineswegs selbstverständlich. Trotzdem werden im 1904 erschienenen ersten Heft dieser Zeitschrift siebenundvierzig ständige Mitarbeiter aus Deutschland, Belgien, Frankreich, Italien, Schweden sowie aus der Schweiz und den USA angeführt. Besonders zu erwähnen sind: Camillo Boito, Präsident der Königlichen Akademie der Künste, Mailand; Charles Buls, Brüssel; Theodor Fischer, Professor an der Technischen Hochschule Stuttgart; Cornelius Gurlitt, Professor an der Technischen Hochschule Dresden; Karl Henrici, Professor an der Technischen Hochschule Aachen; Georg Ellsworth Hooker, Kunstschriftsteller, Chicago; Camille Martin, Genf und Fritz Schumacher, Professor an der Technischen Hochschule Dresden. Im vierten Heft des Ersten Jahrganges werden noch Joseph Stübben, Berlin, und Karl Mayreder, Professor an der Technischen Hochschule Wien als weitere Mitarbeiter genannt.

Sehr aufschlußreich ist das Vorwort im ersten Heft des Ersten Jahrganges, dessen Erscheinen Sitte leider nicht mehr erlebt hat. Im Nachruf auf Camillo Sitte bemerkte Goecke u. a.: »Das Titelblatt ist noch von ihm selbst erfunden, der Aufruf an unsere Leser – sein wahres künstlerisches und sozialpolitisches Programm für den Städtebau enthaltend noch zum größten Teil von ihm verfaßt« (Abb. 3). Deshalb ist auch die Begriffsbestimmung für »Städtebau« von besonderem Interesse:





Abb. 3: Von Camillo Sitte entworfener und von Siegfried Sitte gezeichneter Umschlag für die Monatschrift »Der Städtebau« (1904). Sitte-Nachlaß T. U. Wien

»Der Städtebau ist die Vereinigung aller technischen und bildenden Künste zu einem großen, geschlossenen Ganzen; ... der Städtebau regelt den Verkehr, hat die Grundlage zu beschaffen für ein gesundes und behagliches Wohnen der nun schon in überwiegender Mehrheit in den Städten angesiedelten modernen Menschen; hat für günstigste Unterbringung von Industrie und Handel zu sorgen und die Versöhnung sozialer Gegensätze zu unterstützen. So wie das gesamte staatliche, bürgerliche und individu-

elle Leben den Inhalt des täglichen Gebahrens und Gehabens einer städtischen Bevölkerung bildet, so ist die bauliche Anlage und Ausgestaltung der Stadt hierfür die äußere Form, das Gefäß, das diesen Inhalt einschließt und deshalb gehört dessen naturgemäße richtige Entwicklung mit unter die wichtigsten Aufgaben moderner Kulturarbeit.«

Das erste Heft des Ersten Jahrganges entspricht bereits weitgehend dieser Definition. Deshalb führten auch die Vielfalt der Abhandlungen über aktuelle städtebauliche Probleme und die zahlreichen Lösungsvorschläge, über die in der neuen Monatsschrift berichtet wurde, sehr bald zum Erfolg.

Zwar ist schon ab 1897 die Zeitschrift »La Ciudad Lineal« als offizielles Organ der »Compania Madrilena de urbanizacion« von Arturo Soria y Mata herausgegeben worden. Sie beschränkte sich im wesentlichen auf die Probleme der »Bandstadt« und fand deshalb keine große Verbreitung. Die Zeitschriften »Garden Cities and Town Planning«, ab 1904 in London, und »The American City«, ab 1909 in New York erschienen, befaßten sich überwiegend mit den Problemen der Gartenstädte bzw. mit administrativen Großstadtproblemen. Erst die ab 1910 unter Schriftleitung von Patrick Abercrombie von der University of Liverpool herausgegebene Zeitschrift »The Town Planning Review« weist eine ähnlich umfassende Konzeption auf, wie die erste deutschsprachige Monatszeitschrift »Der Städtebau«.

Beispielhafte Ausstattung und gründliche Erörterung der rechtlichen, sozialen, administrativen, technischen, künstlerischen und finanziellen Aspekte des Städtebaues, aber auch die kontinuierliche Berichterstattung über aktuelle Städtebauprobleme in Europa und in anderen Erdteilen trugen wesentlich zur Begründung der Städtebauthorie und Städtebaulehre insbesondere im deutschen Sprachraum bei. Deshalb erschien »Der Städtebau« bis 1929 als selbständige Zeitschrift und dann als Beilage zu Wasmuths-Monatsheften. Sehr zutreffend stellt Giorgio Piccinato u. a. fest: »Die gesammelten Hefte des Städtebaus bilden heute die wichtigste Quelle für jeden, der sich mit den städtebaulichen Fragen jener Zeit beschäftigen will.« So konnte Camillo Sitte – unterstützt von seinem Sohn Siegfried – gemeinsam mit Theodor Goecke einen weiteren wichtigen Beitrag zur Entwicklung des Fachgebietes Städtebau leisten, der noch nicht entsprechend gewürdigt worden ist.

## 7. Zusammenfassung

Die erste Auflage von Sittes Hauptwerk »Der Städte-Bau nach seinen künstlerischen Grundsätzen« (Wien 1889) hat in Österreich und in Deutschland große Aufmerksamkeit erregt. Doch erst nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges – und wohl im Zusammenhang mit dem oft rigorosen Wiederaufbau zerstörter historischer Stadtzentren – ist neuerlich ein bedeutendes Interesse an seinem Buch festzustellen. Denn so zeitgebunden manche Formulierungen auch sind, so zeitlos ist Sittes Forderung, daß eine Stadt nicht nur funktionieren muß, sondern daß sie auch schön sein soll. Schön ist

eine Stadt nach seiner Auffassung vor allem dann, wenn sie ein künstlerisch gestaltetes Zentrum aufweist. Dies erinnert an Fra Giordano da Pisa, der in einer Predigt die Schönheit einer Stadt erklärte: »Allzu schön ist eine wohlgeordnete Stadt in der viele Künste sind, und jede für sich allein und alle allen gemeinsam. Allzu groß ist die Schönheit, weil in jeder Kunst ein Nutzen liegt.«<sup>15</sup>

Da Platzanlagen Brennpunkte städtischen Lebens sind, hat Sitte die Wirkung alter Plätze sehr gründlich analysiert, den Verlust an öffentlichem Leben auf Plätzen erhellt und deren Gestaltung zu begründen versucht. Keinesfalls hat er die Schaffung »malerischer Platzanlagen« gefordert, sondern festgestellt: »... nur wenn wir prüfen, worin das Wesentliche eindrucksvoller Plätze besteht, sind wir in der Lage, dieses Wissen auf moderne Verhältnisse« anzuwenden.

Damit hat Sitte auch einen wichtigen Beitrag zur Altstadterhaltung geleistet, denn in zahlreichen Zeitungsartikeln (Die neue Stadterweiterung, 1891; Das Wien der Zukunft, 1894; Die Ausweidung Wiens, 1896) ist er für die Erhaltung von historisch bedeutsamen Ensembles eingetreten; häufig auch gegen die Planungsabsichten der Wiener Stadtverwaltung und bedeutender »Ringstraßen-Architekten«. So betonte er im Artikel »Das Wien der Zukunft« u. a.: »Dieser Schatz an vorhandenen naturgemäßen Linienzügen braucht bloß sorgsam gehütet und nicht zugegeben werden, dass die zweifelhafte Kunst des Messtisches hierin zu wüthen anfängt, so wird sich organisch der alte Stadtkern mit den umliegenden Orten wie von selbst verbinden.«<sup>16</sup>

Camillo Sitte forderte weiters, daß neue Stadtteile erst dann geschaffen werden sollen, wenn vor der Festlegung künstlerischer Gesichtspunkte geklärt wird, welche Funktion dieses Teilgebiets zukünftig wahrnehmen soll und welche öffentlichen Bauten und Plätze dafür erforderlich sind. Die »unerläßliche Vorbedingung ist also ein wirkliches Programm«.

Eine umfassende und objektive Beurteilung des Lebenswerkes von Camillo Sitte kann deshalb nicht nur aufgrund seines Hauptwerkes »Der Städte-Bau nach seinen künstlerischen Grundsätzen« sowie der zahlreichen fachbezogenen Zeitungsartikel und Abhandlungen oder der Gründung der ersten deutschsprachigen Fachzeitschrift »Der Städtebau« (gemeinsam mit Theodor Goecke) erfolgen, sondern es muß auch sein Wirken als Städtebauer noch viel gründlicher erhellt und bewertet werden. So hat Sitte insbesondere als Verfasser des Stadterweiterungsplanes (»Verbauungsplanes«) für die königliche Hauptstadt Olmütz bei dessen politischer Durchsetzung sehr rasch gelernt, wie groß der Unterschied zwischen Theorie und Praxis sein kann. Denn in einem Vortrag am 26. Dezember 1894 »Zur Stadterweiterungsfrage« (von Olmütz) erklärte er:

<sup>15</sup> *Fra Giordano da Pisa*, Predigt Nr. 94; zit. bei W. Braunfels, Mittelalterliche Stadtbaukunst in der Toskana, Berlin 1979, S. 124.

<sup>16</sup> Vgl. Berichte zur Raumforschung und Raumplanung, Wien 1989, S. 8.

»daß es ein Anderes sei, über Städtebau ein Buch zu schreiben, ein Anderes einen Stadtplan selbst zu verfassen. In dem ersten Falle handelt es sich um theoretische Festsetzungen und die Aufstellung idealer Ziele; beim Planverfassen handelt es sich aber in erster Linie um die Ausführbarkeit des Planes in großen Zügen und auch in seinen Details; so stehen also ökonomische Fragen in erster Reihe, dann hygienische und verkehrstechnische und dann, soweit es möglich wird, ohne Inanspruchnahme besonderer Geldmittel, ohne die bestehenden Verhältnisse, Bauvorschriften ... zu verletzen, kommen die künstlerischen Rücksichten in Frage.«<sup>17</sup>

Unbestritten ist, daß Camillo Sittes Buch ebenso wie Reinhard Baumeisters »Stadt-Erweiterungen in technischer, baupolizeilicher und wirtschaftlicher Beziehung« (1876) und Hermann Joseph Stübbers Hauptwerk »Der Städtebau« (1890) zu den wichtigsten deutschsprachigen Fachpublikationen zählt, die bis zum Ersten Weltkrieg erschienen sind. Diese Grundlagenwerke haben die Städtebaulehre insbesondere an den deutschsprachigen Technischen Hochschulen, aber auch die städtebauliche Planungspraxis sehr weitgehend geprägt.

Wenn jedoch Sittes Buch nie ganz in Vergessenheit geraten ist – und derzeit wieder große Aktualität besitzt –, so könnte neben der vorherrschenden Tendenz zur Altstadterhaltung und zum Ortsbildschutz als weitere Ursache wohl die zeitlose Faszination des Verhältnisses von Kunst und Utopie<sup>18</sup> in Betracht kommen. Vielleicht aber auch der in das Unterbewußtsein verdrängte »totale Anspruch von Erbauer und Planer, physische und psychische Bedürfnisse von Bewohnern kalkulieren und in architektonische Form umsetzen zu können«.<sup>19</sup> Dieser Versuchung ist Camillo Sitte jedoch nie erlegen, sondern er wollte auch sein ökonomisches und sozialpolitisches Programm für den Städtebau in einem zweiten Band veröffentlichen. Dafür reichte seine Kraft aber nicht mehr aus. Sein Sohn Siegfried hat diese Aufgabe dann übernommen und im Sinne seines Vaters zu lösen versucht.

<sup>17</sup> Mährisches Tagblatt, 27. Dezember 1894; Sitte-Nachlaß 271.

<sup>18</sup> H. Bauer, Kunst und Utopie, Studien über das Kunst- und Staatsdenken in der Renaissance, Berlin 1965.

<sup>19</sup> H. W. Kruft, Städte in Utopie, Die Idealstadt vom 15. bis zum 18. Jahrhundert, München 1989, S. 19.

Detlev Ipsen

## Über den Zeitgeist der Stadterneuerung

1. Fordistische Stadterneuerung – 2. Fünf Thesen zum Typus der fordistischen Stadterneuerung – 3. Im Windschatten der Krise: die behutsame Stadterneuerung – 4. Stadterneuerung und Städtekonkurrenz – zur Konstellation postmoderner Sanierung – 5. Perspektiven einer ökologisch orientierten Stadterneuerung – 6. Schlußbemerkung

Stadterneuerung ist der institutionelle und politische Ausdruck einer ständigen Anpassung der baulich-physischen Form und Funktion der Stadt an die jeweilige politische und ökonomische Hegemonialstruktur, also die Anpassung an die Form der ökonomischen Nutzung der herrschenden Technik und der kulturellen Muster. Der städtische Raum befindet sich wie Lefebvre sagt in einem permanenten Prozeß der Produktion. Voraussetzung für die Produktion des Raumes ist entweder die Kolonisierung des Umlandes oder die Destruktion, die Zerstörung innerhalb der schon gebauten und belebten Stadt. Diese Zerstörung kann rein physisch sein, den Abriß bestehender Bauten, Plätze, Straßen bedeuten. Sie kann aber auch behutsam sein, bestehende Bauten und Teile ihrer Nutzung aufnehmen und durch neue ergänzen. Immer jedoch ist die Destruktion mit der Veränderung der sozialen Verhältnisse verbunden, das unsichtbare Design<sup>1</sup> des städtischen Raumes wird modifiziert. Die Produktion des Raumes steht so immer in einer Dialektik zur Zerstörung älterer Wirtschaftsweisen, Sozialformen und baulichen-physischen Formen. Stadterneuerung versucht diesen Prozeß ganz oder teilweise politisch und planvoll zu steuern. Insofern treten Stadterneuerungen zwar in historisch völlig unterschiedlichen Situationen auf, doch ist ihnen ihr explizit politischer Charakter gemeinsam. Der Abriß ganzer Wohnblocks in Hamburg, um Speicher und Hafenanlagen zu bauen, die innere Stadterneuerung zahlreicher Städte in Folge des Eisenbahnbaus, der Umbau von zentralen Teilen in Paris durch Haussmann im 19. Jahrhundert, sind jeweils sehr spezifische Konstellationen der Stadterneuerung, um militärische, wirtschaftliche und verkehrstechnische Probleme aus der Sicht der politischen Elite zu lösen. Über ihren gemeinsamen politischen Charakter hinaus ist es wahrscheinlich, daß Stadterneuerung besonders ausgeprägt den Geist der wirtschaftlichen und politischen Eliten widerspiegelt, mehr jedenfalls als die naturwüchsige Form der Produktion des städtischen Raumes, der per se eine Vielzahl

von Überlagerungen und Verwerfungen zuläßt. Sicherlich ist auch die politische Form der Raumproduktion im Rahmen der Stadterneuerung keine lineare Funktion der Absicht der herrschenden Eliten. Konkurrierende Eliten, widersprüchliche soziale Konstellationen, unbeabsichtigte Effekte, der Einfluß sozialer Bewegungen modifizieren den jeweiligen Typus der Stadterneuerung. Insofern gilt auch hier, daß sich der Raum gleichsam selber erstellt, weil die realisierte Form das Ergebnis einer Vielzahl von Kräften ist, die Resultante, wie M. Thompson es ausdrückt.<sup>2</sup> Gerade weil die Stadt als Natur erscheint<sup>3</sup> und gegenüber den Subjekten Fetischcharakter annimmt, ist die Suche nach kohärenten Mustern wichtig, um sehend handeln zu können. Wir fragen also danach, ob es für bestimmte historische Perioden spezifische Muster der Stadterneuerung gibt.

Um zu plausiblen Hypothesen zu kommen, grenzen wir den Zeitraum der Erörterung historisch ein: Lassen sich die offensichtlichen Veränderungen in der Politik der Stadterneuerung, die man in dem Zeitraum ab Ende der 60er Jahre bis hin zu den 90er Jahren beobachten kann, typologisch kennzeichnen und systematisch interpretieren? Gibt es in diesem Zeitraum einen sich verändernden Zeitgeist der Stadterneuerung, der Ausdruck sich verändernder gesellschaftlicher Regulation ist? Die folgenden Thesen über den Zeitgeist der jeweiligen Ziele der Stadterneuerung haben heuristischen Charakter. Beispiele und Gegenbeispiele können zwar die Plausibilität einer Typologie erhöhen, die Überprüfung einer theoretisch möglichen und plausiblen Typologie steht dann jedoch noch aus.

### 1. Fordistische Stadterneuerung

Zunächst haben wir den Eindruck, daß die Stadterneuerung in Deutschland von den 60er Jahren bis zum Ende der 70er Jahre einen anderen Charakter hatte, wie die Erneuerungspolitik der 80er Jahre. In den 70er Jahren realisierten die Stadterneuerungen ein fordistisches Programm gesellschaftlicher Modernisierung (die Vorläufer während der NS-Zeit scheinen mir im wesentlichen ähnlich gelagert zu sein). Den Fordismus kennzeichnet eine tayloristische Arbeitsorganisation, Masseneinkommen und Massenkonsum, eine Sicherung von Arbeitsrechten, sowie einer Vielzahl von staatlichen Regulierungsversuchen.<sup>4</sup> Die Regulierung der räumlichen Organisation bezieht sich formal auf die planvolle Verteilung ökonomischer und sozialer Funktionen im städtischen und ländlichen Raum. Das Instrumentarium der Stadterneuerung ist

<sup>2</sup> M. Thompson, Welche Gesellschaftsklassen sind potent genug, anderen ihre Zukunft aufzuoktroyieren, in: L. Burckhardt (Hrsg.), Design der Zukunft, Köln 1987.

<sup>3</sup> Vgl. H. Berndt, Die Natur der Stadt, Frankfurt 1978.

<sup>4</sup> Zur Kennzeichnung der fordistischen Akkumulation und Regulation gibt es inzwischen eine Vielzahl von theoretischen Publikationen. Auf räumliche Strukturen bezogen besonders A. Lipietz, zusammenfassend D. Harvey, für Westdeutschland siehe J. Hirsch, D. Ipsen und M. Rodenstein.

<sup>1</sup> Vgl. L. Burckhardt, Die Kinder fressen ihre Revolution, Köln 1985.

dabei nur ein Teil der auf den Raum und die Raumproduktion bezogenen Regulierungsinstrumente. Die Regionalplanung sichert die Funktionsteilung zwischen Stadt und Land, die Flurbereinigung ermöglicht die Durchsetzung von Verkehrswegen und die Rationalisierung in der Landwirtschaft, die Dorferneuerungsplanung ordnet die ländlichen Siedlungen. Das Städtebauförderungsgesetz regelt die Ordnung der Besitzverhältnisse bei öffentlichen Eingriffen zur Neuordnung des städtischen Raumes. Insgesamt organisiert sich die Logik der regulierenden Eingriffe um das Prinzip der Zonierung. Jeder Funktion wird ein entsprechender Raum vorrangig zugewiesen. Stadterneuerung hieß in diesem Zusammenhang zunächst einmal »Ordnung schaffen«. Raumsegmente für die Produktion, den Konsum, die Verwaltung und das Wohnen sollten getrennt ausgewiesen werden. Implizit bewirkt die Durchsetzung räumlicher Zonierung zugleich die Ablösung kleinteiliger Besitzrechte, kleinteiliger Produktion und Verteilung. Doch davon später. Substantiell bezieht sich die Regulation des Staates im städtischen Raum vornehmlich auf die Sicherung eines Reproduktionsmodells, das die Entfaltung des individuellen Konsums ermöglicht. Der Sicherung des Massenkonsums entsprach zum einen die Sicherung preiswerten Wohnens in Miete und Eigentum (Sozialer Wohnungsbau), zum anderen in der Bereitstellung sozialer Infrastruktur, um u. a. das Aufwachsen der Kinder bei gleichzeitiger Berufstätigkeit der Frau zu sichern.<sup>5</sup> Für E. Castells waren diese Funktionen des Staates in der Stadt derart hervorsteckend, daß der »kollektive Konsum« aus seiner Sicht zum Definitionsmerkmal des Städtischen schlechthin wurde. Die im Städtebauförderungsgesetz vorgesehene Grobanalyse soll den städtischen Raum nun nach Defiziten in bezug auf das neue Ordnungsmodell durchforsten. Ungeordnete städtebauliche Situationen, besonders die sich gegenseitig »störende« Durchmischung von Wohnen und Gewerbe, Verkehrsbehinderung, überalterte Baustruktur, überalterte Sozialstruktur und Infrastrukturdefizite gelten als erhebliche städtebauliche Mängel, die, wenn mehrere Merkmale kumulieren, eine Stadterneuerung rechtfertigen. Es ist dabei keineswegs zwingend, daß die Flächensanierung als eine geeignete Methode angesehen wurde, um die neue Ordnung herzustellen, doch zeigt sich die ideologische Radikalität des neuen Modells der Stadterneuerung in der Flächensanierung besonders deutlich.

Ende der 70er Jahre konzentrierten sich die städtischen Verwaltungen und Planungsbüros mehr auf Bausubstanz erhaltende Methoden. Die Gründe dafür waren aber wohl eher wirtschaftlicher Art oder dienten dazu, die soziale Akzeptanz zu erhöhen. Einem Wechsel der grundsätzlichen Zielrichtung von Sanierungsmaßnahmen sind sie nicht geschuldet. In den beginnenden 80er Jahren wechselt der »Geist« der Sa-

<sup>5</sup> Es ist dabei ein Widerspruch, daß die Berufstätigkeit der Frau nur periodisch und auf bestimmte Lebensabschnitte bezogen gefördert wird. Im Vergleich zu Frankreich oder den USA ist die Ganztagsversorgung der Kinder in der Bundesrepublik Deutschland weit weniger gesichert. Mir scheint es so, daß äußerst traditionalistische Einstellungen bei Frauen und Männern dafür verantwortlich sind.

nierung grundsätzlich. Die fordistische Vergesellschaftung ist weitgehend abgeschlossen, große Produktions- und Verteilungsstrukturen sichern die auf Massenarbeit und Massenkonsum ausgerichtete Reproduktion des gesellschaftlichen Lebens. Die Beziehung der einfachen Warenwirtschaft, kleinteiliger Produktions- und Zirkulationseinheiten sind weitgehend auf- und abgelöst. Zahlreiche Teile einer vor dem im Haushalt erarbeiteten Subsistenz sind ausgelagert. Zugleich zeigen sich Mitte der 70er Jahre ernsthafte ökonomische und soziale Krisenphänomene der fordistischen Akkumulation und Regulation. Die Illusion »immerwährender Prosperität« ist dahin. Die Hoffnung, die neuen Steuerungsmechanismen des Staates hätten das häßliche Gesicht des Kapitalismus, die Krise, überwunden, wird enttäuscht.<sup>6</sup> Die Gewinne sinken, die Arbeitslosenzahlen steigen. Die Sensibilität für eine sich neu formierende soziale Frage nimmt zu. Zugleich wird deutlich, daß die Externalisierung zahlreicher Kosten des fordistischen Fabrik- und Verkehrssystems, aber auch die Logik des Massenkonsums selber, zu nicht mehr tolerierbaren Umweltbelastungen geführt hat. Schlagworte zur Kennzeichnung von Lösungsstrategien machen die Runde. Das Konzept der Flexibilisierung in der Produktionstechnik, im Vertrieb und in der Zeitstruktur von Arbeit und Leben schlechthin steht für die flexible Regulation zur Überwindung der Krise des Fordismus. Die Berücksichtigung ökologischer Gesichtspunkte oder radikaler ausgedrückt, der ökologische Umbau der Industriegesellschaft, sollen die Umweltkrise handhabbar machen. Für die soziale Frage wird dagegen keine Strategie formuliert. Eher deskriptiv und moralisch warnend ist von der Zwei-Drittel-Gesellschaft die Rede. Die Entfaltung einer neuen Sozialpolitik, reformuliert durch den Konservativen als »Neue soziale Frage«, findet keinen Durchbruch zu politisch strategischen Programmen.

Auf der Ebene der Städte kristallisieren sich in dieser Zeit drei städtebauliche Antworten heraus. Zum einen die behutsame Stadterneuerung, die sich als eine Antwort auf die neuerlichen sozialen Probleme der Krise des Fordismus versucht. Zum zweiten die ökologische Stadterneuerung, die nach einer städtischen Antwort auf die Umweltkrise sucht. Und schließlich eine »Stadterneuerung von innen heraus«, wie Walter Wallmann noch als Frankfurter Oberbürgermeister formulierte. Die Zentren der Städte treten in den Mittelpunkt des Interesses. Innenstadtkonzepte sollen die Besonderheit des jeweiligen Ortes herausarbeiten oder neue bilden, Identifikationspotentiale für Fremde wie für die Bürger der Stadt sollen geschaffen werden. Die »Neue Urbanität« wird ein publikumswirksames Schlagwort.<sup>7</sup> Wie läßt sich dieser allgemein bekannte Formwandel der Stadterneuerung entziffern, was ist ihr Sinn im Kontext der jeweiligen gesellschaftlichen Regulation, sind sie überhaupt als für eine bestimmte Periode typisch zu interpretieren?

<sup>6</sup> Selbst so scharfsinnige Analytiker wie W. Hoffmann waren offensichtlich dieser Meinung.

<sup>7</sup> H. Häußermann / W. Siebel, Die Neue Urbanität, Frankfurt a. M. 1988.

## 2. Fünf Thesen zum Typus der fordistischen Stadterneuerung

### 2.1 Stadterneuerung als Erhöhung der räumlichen Kontrolle

Der Fordismus gewinnt seine Effizienz und Produktivität aus einer immensen Erhöhung, Verbreiterung und Verfeinerung der Arbeitsteilung. Damit verbunden ist eine Abnahme des Regulierungspotentials dezentraler Einheiten. Insbesondere die Haushalte und Familien verlieren an Funktionen. Aber auch Nachbarschaften, Stadtquartiere und Dörfer sind nicht mehr die unumstrittenen Orte lebensweltlicher Organisation. An den Haushalt gebundene Frauen, Kinder und alte Menschen bleiben im Quartier, die berufstätige männliche und weibliche Bevölkerung verläßt es. Selbst die Versorgung mit den Gütern des alltäglichen Bedarfs wird zentralisiert. Substitutiv erhöht der Staat seine Leistungen für die Existenzsicherung. Damit verbunden sind ausgeprägte Kontrollbedürfnisse. Auch in einigen Aspekten der Stadterneuerung schlägt sich dieses erhöhte staatliche Kontrollbedürfnis nieder. Ein frühes Zeugnis für ein Kontrollmotiv in der Stadterneuerung findet sich in einer Schrift, die unter dem Titel »Neue Wege zur Großstadtsanierung« von Prof. Andreas Walther 1936 publiziert wurde. Darin heißt es: »Der Nationalsozialismus rückt bewußt in den Mittelpunkt seines ganzen Denkens das Volk. Um die Zukunft des Volkes willen ist er entschlossen, Volksschädigendes nicht länger schwächlich zu dulden, sondern unter Kontrolle zu nehmen und unschädlich zu machen.«<sup>8</sup> Mit sozialstatistischen Analysen untersucht die von Walther geleitete Forschungsgruppe die Verteilung von Indikatoren für »volksschädigende Elemente« im städtischen Raum. Dazu gehören Konzentrationen von chronischen Sozialhilfeempfängern, von Tuberkulosekranken, von Hilfsschülern und Kommunisten. Diese »defizitären« Bevölkerungsgruppen dienen dazu, Sanierungsgebiete zu identifizieren. Es geht mir an dieser Stelle nicht darum, den faschistischen Charakter einer bestimmten Sanierungspolitik darzustellen. In der Strategie der NS-Sanierung zeigt sich das Motiv der Raumkontrolle nur besonders deutlich. Da der NS-Faschismus sehr viele Elemente fordistischer Modernisierung aufgenommen hat (Motorisierung, Massenfreizeit, standardisierte Nahrung) ist es naheliegend, zu untersuchen, ob die Sanierungspraxis nach dem Ende der NS-Herrschaft diese Kontrollfunktion weiter wahrnimmt. Einiges spricht für eine derartige These. So finden sich bei Sanierungen vorausgehenden sozialstatistischer Erhebungen im Rahmen der damals vorgeschriebenen Grobanalysen nicht nur bauliche Mißstandsindikatoren, sondern auch soziale wie etwa die Verteilung von Alten, Ausländern und sogenannten einkommensschwachen Haushalten.<sup>9</sup> Bei der Sanierungstechnik hat die Entkernung von Hinterhöfen, wie mir scheint, zumindest auch das Ziel, den Raum überschaubarer und kontrollierbarer zu machen.

<sup>8</sup> A. Walther, Neue Wege zur Großstadtsanierung, Stuttgart 1936, S. 3.

<sup>9</sup> Stadt Mannheim, Sanierung nach Städtebauförderungsgesetz. Grobanalyse, Mannheim 1974.

### 2.2 Die Marktintegration

B. Lutz kennzeichnet die Modernisierung der letzten 30 Jahre in der BRD als eine Form innerer Landnahme.<sup>10</sup> Die Akkumulationsdynamik des Fordismus besteht in dieser Periode zumindest auch darin, Prozesse der Reproduktion, die vorab durch Eigenproduktion, informellen Tausch und einfache Warenproduktion gesichert waren, in den Markt zu integrieren. Dies gilt für die Vorfertigung von Essen, die Zunahme von Fast Food und vor allem die Mechanisierung der Haushaltsarbeit. Der beste Weg, diese Marktintegration ursprünglich häuslicher Arbeit zu sichern, ist die Vernichtung der Möglichkeiten zu einer selbst oder lokal organisierten Bedürfnisbefriedigung. Sicherlich ist eine wesentliche Bedingung für die Integration der Reproduktion in den Markt, die Änderung der Arbeit und des Arbeitsmarktes (Intensivierung der Arbeit, Einbeziehung der Frauen in den Arbeitsmarkt, höhere verfügbare Einkommen). Auch die Stadterneuerung leistet dabei in mehrfacher Hinsicht einen Beitrag. Flächen, die die Haushaltsproduktion ermöglichen, werden durch Ordnungsmaßnahmen der Verfügung der Haushalte entzogen. Moderne Wohnformen lassen auch innerhalb der Wohnungen extensive Haushaltsproduktion nicht mehr zu. Speisekammern und zur Lagerhaltung geeignete Stellen werden nicht mehr gebaut. Durch Maßnahmen der Bodenordnung verliert das Kleingewerbe seine ökonomische Grundlage. Eine lokale Produktion von Gütern und Dienstleistungen kann nicht mehr oder nur noch in verringertem Maße stattfinden. Die Arbeiten von H. Becker u. a. zeigen für Sanierungsgebiete in Berlin, daß im Vergleich des Zeitraums vor und nach der Sanierung die Zahl der Industriebetriebe um 83%, die der Handwerksbetriebe um 64%, des Einzelhandels um 70% und die Anzahl privater Dienstleistungsbetriebe um 43% zurückgegangen sind.<sup>11</sup> Durch die Sanierungsmaßnahmen verändert sich auch die Sozialstruktur der Hausbesitzer. Die traditionelle Form des Miethausbesitzes, bei der Handwerk und Handel zur Alterssicherung ein Haus erwerben und dann vor allem an langfristiger Werterhaltung und das heißt »ordentlichen« Mietern interessiert sind, wird unökonomisch. Die neuen Besitzer investieren an unmittelbarem Gewinn orientiert. Entsprechend werden alle Möglichkeiten der Mietsteigerung und der Einsparung von Erhaltungsinvestitionen ausgenutzt, um die Rendite des Hauses zu erhöhen. Stadterneuerung schafft so auch anonyme Marktverhältnisse.<sup>12</sup>

Es paßt zur Funktion der Stadterneuerung als Instrument der Markterschließung, wenn eines der einflußreichsten Bücher, das zu Beginn der Debatte über die Stadterneuerung geschrieben wurde, den Titel »Rückständige Viertel« trägt.<sup>13</sup> Lebenswelten, die sich dem Zugriff von Ökonomie und Staat entziehen, werden als rückständig

<sup>10</sup> B. Lutz, Der kurze Traum immerwährender Prosperität, Frankfurt 1984.

<sup>11</sup> H. Becker / J. Schulz zu Wiesch, Sanierungsfolgen, Stuttgart 1982.

<sup>12</sup> D. Ipsen, Die kleinen Miethausbesitzer, in: arch+ 54, 1980.

<sup>13</sup> K. Zapf, Rückständige Viertel, Frankfurt 1969.

wahrgenommen. Die in diesen traditionellen Lebensverhältnissen meist vorhandene ökonomische Beschränktheit und alltägliche Mühseligkeit konstituiert den inneren Widerspruch, in dem sich die Modernisierungspolitik auch subjektiv verankern kann.

### 2.3 Kollektive Konsumption

In den 70er Jahren wurde die kollektive Konsumption, wie etwa bei E. Castells, geradezu zur Definition des Städtischen herangezogen. Nunmehr zeigt sich meines Erachtens deutlich, daß kollektive Konsumption ein Strukturelement der fordistischen Vergesellschaftung war, zumindest wenn man damit den Auf- und Ausbau der sozialen Infrastruktur meint. Die Stadterneuerung wurde explizit mit der notwendigen Versorgung der Stadtquartiere mit öffentlichen Dienstleistungen begründet. Kindergärten und Altenversorgung, Jugendtreff, Spielplätze, Einkaufszentren etc. wurden zentrale Indikatoren für die Lebensqualität in den Quartieren. Soziologische Analysen über horizontale Disparitäten und Versorgungsdefizite bereiteten die Umstellung des Reproduktionsmodus vor oder haben ihn zumindest begleitet.<sup>14</sup> Der Fordismus ist eng mit einer Atomisierung der Lebenswelten verbunden. Das Individuum als Arbeitskraft und Konsument, als Freizeitsubjekt und Stimmbürger kann die dem Fordismus angepaßte Lebenswelt nur realisieren, wenn es sich aus eng verflochtenen und verbindlichen sozialen Bindungen löst. Bei dem damit verbundenen Funktionsverlust von Familie und Haushaltsproduktion wird das Individuum allerdings abhängig von öffentlichen und privaten Versorgungseinrichtungen. Entsprechend nennt das Städtebauförderungsgesetz die »infrastrukturelle Erschließung« eines Gebietes eine wesentliche Aufgabe der Stadterneuerung.

### 2.4 Zonierung

Eingangs wurde schon erwähnt, daß Zonierung das Prinzip der Raumorganisation darstellt, das der fordistischen Produktions- und Konsumptionslogik wahlverwandt ist. Das Städtebauförderungsgesetz stellt die Zonierung als die erstrangige Aufgabe der Sanierung fest und begründet diese Aufgabe mit der geringen Produktivität und gehemmten Entfaltungsmöglichkeit, die durch die städtebauliche Mischung entstehen. In der Begründung des »Entwurfs eines Städtebau- und Gemeindeentwicklungsgesetzes« aus dem Jahr 1968 heißt es: »Die Vermehrung der Arbeitsplätze im tertiären Sektor, der Dienste leistenden Berufe sowie die Zunahme der Verkehrsvorgänge treffen auf Stadtstrukturen, die den an sie gestellten Anforderungen nicht gewachsen sind, die häufig sogar selbst durch städtebauliche Mißstände, wie zu enge Bebauung, starke Vermischung von Wohn-, Betriebs- und Arbeitsstätten und unzulängliche Erschließung gekennzeichnet sind (Bundestagsdrucksache V/3505, S. 31). Zonierung

<sup>14</sup> Siehe hierzu insbesondere die Arbeiten von U. Herlyn und Mitarbeiter, aber auch eine Reihe von Texten des Arbeitskreises für lokale Politikforschung.

war damit eine der wesentlichen Methoden der Stadterneuerung in dieser Phase: Verkehr wird reguliert, funktional zugeordnete Freiflächen werden ausgewiesen, Gewerbe wird ausgesiedelt, Spielplätze angelegt etc. Sicher ist diese Sichtweise nicht von den Verfassern des Städtebauförderungsgesetzes erfunden worden. In der Charta von Athen wird die Zonierung noch zum Teil mit der Verbesserung der Stadthygiene und Gesundheit begründet. Gleichrangig wird jedoch die Unangepaßtheit städtischer Strukturen hinsichtlich der Anforderungen moderner Produktion und Lebensweise angeführt. Le Corbusier selber bezeichnet sich als Fordist, er bewundert die Ordnung der modernen Fabrik. Der Bezug zum Fordismus war so zumindest den Erfindern des städtebaulichen Funktionalismus bewußt.

Wenn wir also diese erste Phase der Stadterneuerung fordistisch nennen, so sehen wir die entsprechenden rechtlichen Steuerungsinstrumente als eine Form fordistischer Regulation. Wie Lipietz betont, wird ein Regulationsregime und so auch das des Fordismus nicht erfunden, es setzt sich als Kombination unterschiedlicher Ideen und Praktiken zusammen und bildet eine gewisse Zeit lang eine Kohärenz. Seine Logik konstituiert sich »hinter« den bewußten Praktiken der einzelnen Akteure, die in der Regel konkrete Probleme zu lösen gedenken. Deshalb wird auch die der Kohärenz immanenten Widersprüchlichkeit nicht bewußt. Die stetig zunehmende Kontrollierbarkeit des Raumes, seine produzierte Ordentlichkeit läßt die Orte »unwirtlich« werden. Die Wanderung aus den Städten hinaus zum Stadtrand ist nicht nur der Ökonomie des Bodens geschuldet, sondern vor allem der Suche nach dem »eigenen« Ort, der sich jedoch in seiner Ästhetik in der Regel den verallgemeinerten Ordnungsvorstellungen nicht entziehen kann. Die ökonomische und soziale Modernisierung des Raumes räumt zugleich mit den Flexibilitätsreserven gesellschaftlicher Entwicklung auf. Auf der einen Seite wird die Ökonomie jedes einzelnen Haushaltes krisenfällig, da die Möglichkeiten zu einer subsistenzorientierten Haushaltsökonomie weitgehend verloren gegangen sind.<sup>15</sup> Aber auch die für Innovationen, Ausbildung und flexible Ergänzung der Großindustrie so wichtige kleingewerbliche Struktur verliert ihren angepaßten Ort, den sie weder in den »Gewerbeparks« vor der Stadt noch in Technologie- und Innovationszentren finden kann. Das ökonomische Aus der vielen kleinen Läden, die sich gegenüber den Großmärkten und Einkaufszentren nicht halten können, läßt nicht nur weite Wege entstehen. Sie waren ja auch nebenbei soziale Zentren, die man nunmehr als Altentreffs, mit Essen auf Rädern und ähnlichen staatlich organisieren muß. Die Zonierung insgesamt läßt die Städte im Verkehr ersticken, die Optimierung der einzelnen Funktion bringt die Funktion des Städtischen insgesamt zum Verschwinden.

<sup>15</sup> Siehe dazu insbesondere die Arbeiten der »Bielefelder Schule« um B. Thompson und Claudia v. Werlhoff.

## 2.5 Die SPD und die Utopie der Standardisierung

Politischer Träger der fordistischen Stadterneuerung ist die Sozialdemokratie. Natürlich heißt das nicht, daß diese Form der Stadterneuerung nur in sozialdemokratisch geführten Städten durchgeführt wurde, doch geben die Sozialdemokraten den Ton an. Für die Sozialdemokraten soll durch großzügige Sanierung der ebenso großzügige Neubau von Großsiedlungen am Stadtrand ergänzt werden. »Wir haben uns vorgenommen, den Wedding so zu erneuern, daß das Odium der Zweitklassigkeit verschwindet, daß ein intaktes Stadtbild Abbild einer intakten Gesellschaft wird«, so formulierte der Regierende Bürgermeister von Berlin Willy Brandt zum Beginn des ersten Stadterneuerungsprogramms in Berlin.<sup>16</sup> Bodenschatz formuliert in diesem Zusammenhang: »Wir erinnern uns, was die Meßlatte dieses Intaktseins war: der heißgeliebte, oft beschworene Berliner Durchschnitt, der Durchschnitt in der Sozialstruktur, der Durchschnitt in der Baukultur.«<sup>17</sup> Sanierung wurde als Möglichkeit gesehen, gleichartige Lebensverhältnisse für alle herzustellen. Die Standardwohnung für den nach Gleichheit strebenden Menschen war das Ziel. Die Sanierung des Berliner Stadtteils Wedding ist hierfür ein frühes und gutes Beispiel. Weite Teile des alten Arbeiterquartiers wurden abgerissen und in Zeilenbauweise neu erbaut. In diesem Verfahren wird implizit ein gebrochenes Verhältnis zur Geschichte deutlich. Die zweifellos problematischen Wohnverhältnisse in den Kleinwohnungen des Wedding, oft sprichwörtlich ohne Licht, Luft und Sonne, waren für die Sozialdemokratie auch in veränderter Form nicht erhaltenswert. Eine materialisierte Leidensgeschichte, deren Abriß die unerwünschte Erinnerung an eine überwundene Vergangenheit mitbeseitigen sollte. Wie der Bauernsohn die alten Möbel aus dem Haus wirft, zumindest auf den Boden verbannt, um die Erinnerung an den ungeliebten Vater zu vermeiden, so distanziert sich die politisch organisierte Arbeiterschaft von den unerwünschten »vorsozialdemokratischen« Zeiten.

## 3. Im Windschatten der Krise: die behutsame Stadterneuerung

Die Radikalität, mit der die Utopie einer neuen Gesellschaft im städtischen Raum Gestalt angenommen hat, ist nicht unkritisiert geblieben. Die wirtschaftliche Krise 1973/74 ließ zudem die Realisierbarkeit weiterer Flächensanierungen fraglich erscheinen. 1976 beginnt in Berlin, wenn auch zunächst im kleinen Maßstab, die Hinwendung zu einer behutsamen Stadterneuerung. In den nächsten drei Jahren wird das Förderungsinstrumentarium differenziert, die großen Sanierungsträger ziehen sich zu-

<sup>16</sup> Zit. n. H. Bodenschatz, Plädoyer für eine Bestandsentwicklung in, in: *Arbeitsgruppe Stadterneuerung* (Hrsg.), Stadterneuerungspolitik in Berlin-West, Berlin 1989, S. 32.

<sup>17</sup> Ebda.

rück. Auch einfache Modernisierung ist nun förderungsfähig.<sup>18</sup> Einen Höhepunkt dieser Entwicklung stellt sicherlich die Arbeit der Internationalen Bauausstellung in Teilen des Berliner Stadtteils Kreuzberg dar. Was aber waren die Ziele der behutsamen Stadterneuerung? Die selbstgesetzten Ziele bleiben für eine eher linke Strategie eigentümlich formal. Bausubstanz soll erhalten bleiben, Mieter sollen nicht verdrängt werden, die Bewohner sollen aktiv in den Prozeß der Stadterneuerung einbezogen werden. Es geht weder um eine bestimmte Bausubstanz, die erhalten werden soll noch um bestimmbare soziale Strukturen, die nicht verdrängt werden sollen. Kein Wunder, daß das Vokabular der »Behutsamkeit« bald auch von konservativen Politikern aufgegriffen werden kann und sich die Akteure der behutsamen Stadterneuerung im Rückblick selber als intermediäre Gruppe im Sinne Kornhausers interpretieren. Konflikte seien durch sie abgepuffert worden oder würden nach innen geleitet und können sich nur als interne Widersprüche zwischen einzelnen sozialen Gruppen im Quartier äußern.<sup>19</sup> Die behutsame Stadterneuerung ist selber nicht Ausdruck einer eigenständigen Utopie des Lebens, sondern versteht sich nur als praktische Kritik der fordistischen Stadterneuerung. Im Windschatten der ökonomischen Krise kann sie eine Zeit lang Bedeutung gewinnen, weil sie auf preiswerte Weise einige soziale Folgen der Krise abmildert. In dem Moment, in dem ein neues Regulationsregime entsteht, wird sie zur Seite gedrängt und wirkt ex post wie das Übungsfeld einer flexiblen Stadtentwicklungspolitik.<sup>20</sup> Tatsächlich ist zu beobachten, daß sich die Stadterneuerung zunehmend auf einige ausgewählte Objekte bezieht und sich aus größeren zusammenhängenden Gebieten zurückzieht. Die Vorbereitende Untersuchung wird dabei nicht selten zu einem formalen Akt degradiert, um an entsprechend staatliche Zuschüsse zu kommen.<sup>21</sup>

<sup>18</sup> Zwischen 1977 und 1979 werden z. B. in Berlin 26 500 Wohneinheiten einfach modernisiert, 5320 Wohneinheiten unterliegen einer umfassenden Modernisierung. Bis 1976 waren lediglich 400 Wohnungen modernisiert worden. Siehe dazu ausführlich R. Bohne / E. Zint, Praxis der Altbauerneuerung heute, in: *Arbeitsgruppe Stadterneuerung* (s. A 16), S. 42 ff.

<sup>19</sup> Siehe dazu F. Schmoll, Thesen zum Stadtforum, in: *Arbeitsgruppe Stadterneuerung* (s. A 16), S. 190.

<sup>20</sup> Ebda., S. 193 f.

<sup>21</sup> Bei einer Vorbereitenden Untersuchung, die wir in Kassel durchgeführt haben, waren die Maßnahmen zu 90% vorab festgelegt; die Sanierungsmittel fließen in eine Baulückenerschließung, den Bau eines Garagenhauses für die Lehrer der benachbarten Berufsschule, die Sanierung eines eher alternativen Kulturzentrums und einer eher konventionellen Volkshochschule. Die Verbesserungen in den Wohnungen spielen eine sehr nachgeordnete Rolle. Die Belange der Maßnahmen zeigt auch die Strategie der Befriedung unterschiedlicher Interessen recht eindrücklich.

#### 4. Stadterneuerung und Städtekonkurrenz – zur Konstellation postmoderner Sanierung

Die Stadterneuerung der 80er Jahre unterliegt einem grundsätzlich neuen Prinzip, auch wenn es in der Realität zahlreiche Vermischungen fordistischer und postmoderner Entwicklungen gibt. Wir haben zu Beginn schon erwähnt, daß sich zwei Wege einer nachmodernen Stadterneuerung abzeichnen. Die ökologische Stadterneuerung reagiert auf das »Ökologieproblem« insgesamt. Im konkreten handelt es sich aber doch mehr um einzelne Projekte, die einmal das Energiesparen zum Ziel haben, das andere Mal die Verwendung gesunder Baustoffe. Eine ein ganzes Quartier umfassende Stadterneuerung, die sich ökologischen Zielkomplexen widmet, ist bislang noch nicht durchgeführt worden. Ökologische Stadterneuerung ist so mehr Programm als Realität. Die Stadterneuerung »von innen heraus« ist weithin propagiert und praktiziert. Wir haben es also mit inhaltlich und formal sehr unterschiedlichen Strategien zu tun, die dennoch einen gemeinsamen Nenner haben.

Nach einer Phase der Suburbanisierung (ein typisches Produkt fordistischer Zonierung) scheinen jetzt zwei Kräfte für die Erneuerungslogik ausschlaggebend. Zum einen ist dies die interurbane Konkurrenz, zum anderen das Kräftesystem von Ex- und Reurbanisierung. Ein Beispiel für Entwicklungsmaßnahmen, die der interurbanen Konkurrenz geschuldet sind, ist der Bau des Patentamts in München. Als Standort für das europäische Patentamt haben sich eine ganze Reihe von Städten verschiedener europäischer Länder beworben. Die Anforderungen an den Standort waren klar formuliert: Er sollte eine innerstädtische Lage haben und verkehrlich gut erschlossen sein. Die Umgebung sollte der Bedeutung dieser Einrichtung entsprechen. Der Bau wurde schließlich in einem Münchner Stadtquartier aus der Gründerzeit (Gärtnerplatz) errichtet. Trotz erheblichen Widerstands der lokalen Bevölkerung war damit die Aufwertung und Verdrängung des gesamten Quartiers eingeleitet.<sup>22</sup> Die Beispiele lassen sich jedoch beinahe beliebig fortsetzen, mal als futuristische Projektion, so wenn für Hamburg der Umbau alter Hafenanlagen zum Ausgangsbahnhof für die transibirische Eisenbahn vorgesehen wird; oder ganz pragmatisch, wenn in Frankfurt die Stadterneuerung von »innen heraus« den Ausbau des Museumsufers, der alten Oper und des Römerbergs durchsetzt. Der Bezug dieser Maßnahmen sind Museumsbauten in Paris und die Isle of Dogs in London, mit denen sie in Konkurrenz stehen und von denen sie sich abzuheben suchen. Die Städte treten in eine verschärfte Konkurrenz zu anderen Städten. Sie konkurrieren um ihre Position in einer sich abzeichnenden Ökonomie der neuen Medien, des Bioengineering, der Datenverarbeitung. Stadterneuerung wird zur materiellen und symbolischen Aufwertung der Teile einer

<sup>22</sup> K. Schmals, Stadterneuerung. Verwaltungshandeln und die Interessen der Betroffenen, Manuskript Habilitationsschrift München 1983.

Stadt, die in Konkurrenz zu anderen Städten treten. Diese national oder international definierten Teilstädte bilden die eigentliche Arena der postfordistischen Stadterneuerung, die sich auch einer entsprechenden Architektur bedient.<sup>23</sup>

Als zweiter Strang der Kräftekonstellation postmoderner Stadterneuerung kann die Dynamik von Ex- und Reurbanisierung gesehen werden. Der Umbau der gerade erwähnten Londoner Docks zu einer Unternehmenszone mit Hotel, Yachthafen und Champagnerlokalen am Themseufer, einem Flughafen für Verbindungen nach Paris, Kopenhagen und Frankfurt mitten in der Stadt sowie einer extravaganten Industriearchitektur sind als Reaktion auf die Abwanderung der Industrie in umliegende Städte wie Swindon, Reading und Cambridge zu interpretieren. Hier hat sich außerhalb der Ballung im ländlichen Raum high tech angesiedelt oder zumindest wird damit geworben. Mit einer Politik der Reurbanisierung reagiert die Verwaltung der Metropolen auf die Abwanderung als wichtig erachteter Funktionen. Die postfordistische Stadterneuerung ist infolgedessen im starken Maße außengeleitet. Ihr Ziel ist es, das Raumbild einer Stadt in bezug auf eine imaginäre Städtehierarchie neu zu prägen. Die baulichen Maßnahmen sind im starken Maße semiotisch, d. h. sie konzentrieren sich auf Zeichen, ein guter Teil ihrer Funktion ist das Signal. Die postmoderne Architektur liefert mit ihren von außen nach innen orientierten Bauten das dafür geeignete Stadtdesign. Bis zu einem gewissen Maß läßt sich die ökologisch angepaßte Stadterneuerung auch in diesem Rahmen interpretieren. Die meisten ökologischen Konzepte beziehen sich nicht darauf, einen wesentlichen Beitrag zur Verringerung von Umweltbelastungen zu leisten, sondern über vorzeigbare Modellbauten dem Image einer Stadt das Etikett »ökologisch aufgeschlossen« hinzuzufügen. Beiden Strategien ist auch gemeinsam, daß sie Objektivierungen utopischer Konzepte sind. Die Stadterneuerung von innen heraus zitiert den Globus als Utopie einer aufgeschlossenen, grenzenlosen Welt, die die Enge der Nationalstaaten hinter sich läßt. Sie verspricht eine Welt, in der Städte und Regionen miteinander in produktiver Konkurrenz verbunden sind. Die ökologische Stadterneuerung zitiert den Ausgleich von Kultur und Natur, den Ausgleich zwischen Stadt und Land, die Intelligenz angepaßter und nicht politechnisch verkürzter Entwicklungsstrategien. Wenn die Konkurrenz der Mechanismus der ökonomischen Dynamik des Kapitalismus ist, so ist die Utopie die notwendige Schubkraft sozialer Mobilisierung. So wie der Fordismus gestern seine politischen Fronten weit überspannende Utopie ausstrahlte,<sup>24</sup> sucht »alle Welt« und nicht zuletzt die Intel-

<sup>23</sup> D. Harvey, Postmodernismus in amerikanischen Städten, Prokla 69 (1987); H. Häußermann / W. Siebel (s. A 7); Th. Krämer-Badoni, Die Stadt als Inszenierung, Manuskript Bremen 1988.

<sup>24</sup> So wissen wir aus den Aufzeichnungen der Tischgespräche Hitlers, daß er Henry Ford und die Bücher, die dieser schreiben ließ, zu schätzen wußte; desgleichen war auch der sozialistische Metallarbeiterbund vom Fordismus begeistert. Der Begriff selbst wurde bekanntlich von Gramsci geprägt und dies keineswegs in radikal kritischer Absicht. Andy Warhols Bilder und Objekte sind zwar re-



lektuellen heute nach neuen Quellen utopischer Energie. Die »Neue Urbanität« und die »Ökologie« liegen zur Zeit im Streit, wer die entscheidenden Konzepte neuer städtischer Raumbilder zu liefern in der Lage ist. Es ist müßig, über das Ende zu spekulieren. Doch ist die »Neue Urbanisierung« in ihrer Umsetzung bei weitem weiter gediehen, wie eine urbane Ökologie, die entweder in Nischenprojekten verharret oder dem Prinzip des Städtischen ganz abschwören will. Nicht müßig ist es hingegen darüber nachzudenken, wie eine urbane Ökologie an Wirksamkeit gewinnen kann.

### 5. Perspektiven einer ökologisch orientierten Stadterneuerung

Daß sich ökologische Ansätze der Stadterneuerung als postmoderne Facette vermarkten lassen, spricht nicht gegen sie, sondern macht lediglich deutlich, daß ökologische Planung ernsthaft nur dann an Bedeutung gewinnt, wenn sie sich als Alternative zu einer postmodernen Stadtverpackung entwickeln kann. Welche Aspekte sind wichtig, um den Wettbewerb mit der Postmoderne aufnehmen zu können?

1. Die ökologische Stadterneuerung darf sich nicht in Nischen abdrängen lassen, sie muß das Zentrum der Städte erobern. Die bekannte Kunstaktion der Stadtverwaltung von Joseph Beuys in Kassel ist hierfür ein Beispiel. 7000 Bäume sollten gepflanzt werden, neben jedem ein Basaltstein gesetzt. Dieser wilde Steinhäufen lag inmitten der Stadt und schrumpfte nur in dem Maß wie sich die Aktion dem Ende näherte. Ökologie ist auch eine Frage der Stadtästhetik, in der sich ausdrücken kann, daß die Städter den gesellschaftlichen Charakter des bedrohten Zustandes der Natur erkennen können.
2. Stadtökologie muß die Form einer urbanen Pädagogik annehmen. Die Vielfältigkeit der Beziehungen, in denen sich der städtische Mensch befindet, machen es ihm schwer bis unmöglich, sein Verhalten umweltgerecht zu kontrollieren. Wir haben uns in Kassel in einer studentischen Gruppe mit dem Projekt »Stadt-Natur-Verhältnisse sichtbar machen« beschäftigt. In einer Gruppe wurde ein Entwurf entwickelt, das Abwasser an einem zentralen Platz der Stadt sichtbar zu machen: ein Plexiglasrohr mit Fäkalien als ökologische Stadtmöblierung.
3. Ökologische Stadterneuerung muß sich vor puritanischem Dogmatismus hüten, nicht in vorgefertigten Problemschablonen arbeiten. Die französische Gruppe *espace nouveaux* beschäftigt sich mit akustischen Design im Städtebau. So installierte sie an einer verkehrsreichen Kreuzung, an der vor Jahren ein Brunnen stand, den »Klangraum Wasser« und löste damit lebendige Diskussion über Verkehrsplanung aus. Themen wie Stadt als Klangraum oder Lichtraum sind ökologische The-

flexive aber letztlich positiv besetzte Hymnen auf die Kultur des Seriellen, die Reproduzierbarkeit und Gleichheit. Vor Coca Cola ist der Präsident der Vereinigten Staaten und der kleinste Handelsvertreter gleich, sagt A. Warhol. Es gibt kein Cola für reiche und für arme Leute, sondern nur ein Coke.

men, die ökologisch orientierte Stadtplaner vielleicht am besten mit Künstlern zusammen angehen können.

4. Ökologische Stadterneuerung muß radikal sein, indem sie gegen Hauptströmungen des Denkens antritt. Beschleunigung ist eine Devise der ökonomischen Stadt, Verlangsamung eine ökologische Perspektive. Wegebau ist auch, wenn es sich um Rückbau handelt, meist angepaßtes Denken, der Bau von Umwegen dagegen verweist darauf, daß Stadt begreifbar bleiben muß, sie muß in sich erlebbare Umwelten schaffen, um Umweltprobleme diskutieren zu können.
5. Ökologische Stadterneuerung muß immer auch sozial sein, weil Ökologie an sich nicht sozial ist. Das Grasdach und die Solaranlage, die Fahrt mit der Straßenbahn und das Freizeit-Auto in der Garage, ganz zu schweigen von nicht-industrieller Ernährung und dem Einkauf auf dem Bauernmarkt sind für das untere Einkommensdrittel schwer zu bezahlen. Wie jeder Eingriff in den Stadtprozeß produziert auch Ökologie Gewinner und Verlierer. Ökologische Stadtentwicklung muß sich aus der Umarmung mit dem Mittelstand lösen. Welche Gruppen belasten die Umwelt mehr oder weniger. Am wenigsten doch die, die in der Stadt bleiben. Und das sind in der Regel nicht die Wohlhabenden. Die Lebensmöglichkeiten in den einfachen Wohnquartieren zu verbessern, ohne sie ökonomisch aufzuwerten, ist die schwierigste und zugleich die wichtigste Aufgabe, will ökologische Stadterneuerung nicht esoterisch bleiben.
6. Die ökologische Stadt zu bauen, heißt nicht, das Land in die Stadt holen. Die Stadt bleibt artifiziell und damit das Gegenbild zur kulturgeformten Natur des Landes. In einigen Bereichen muß und kann die Stadt ihren artifiziellen Charakter sogar weiter entwickeln, um das ländliche Umland weniger zu belasten. Wasser, das wieder aufbereitet und mehrfach verbraucht wird, schont die Ressourcen. Die mediterrane Freizeitwelt in der Stadt verhindert die Luft belastende Autotouren ins Grüne.

### 6. Schlußbemerkung

Ich habe versucht zu zeigen, daß die Ziele der Stadterneuerung nicht einfach modisch formuliert werden, sondern in einem zeithistorischen Kontext stehen und verstehbar sind. Die Übergangsphase, in der sich die meisten westlichen Länder jetzt befinden, reagiert auf die Wachstumsphase und die Probleme der fordistischen Industrialisierung. Neue Konkurrenzbedingungen zwingen die Städte, sich wieder ein Gesicht zu geben. Mit einigen Argumenten wollte ich darauf verweisen, daß eine ökologisch orientierte Stadterneuerung in diesem Zusammenhang weder Nischen- noch Vorzeigeprojekt bleiben sollte, sondern unter bestimmten Bedingungen selber zur Wiedergewinnung besonderer und den Bürgern der Stadt eigenen Orten beitragen kann.

Heide Berndt

## Die Städte bewohnbar halten!

I. Zur historisch-gesellschaftlichen Situation – II. Zur Situation der Städte – III. Zur Architektur – IV. Zur Planungssituation – V. »Alles schön und gut, aber dafür ist kein Geld da.«

Seitdem Alexander Mitscherlich sein Pamphlet wider die »Unwirtlichkeit unserer Städte« schrieb (1965) und Jane Jacobs »Tod und Leben großer amerikanischer Städte« analysierte (1963), hat sich die Situation der Städte verschlechtert. Zwar werden die Geschäftszentren florierender Städte oder Stadtregionen, wie z. B. Frankfurt/Main, auf Hochglanz poliert und zu glitzernden Tourismusattraktionen ausgebaut, auch haben Stadtfeste, Ausstellungen und Museen Konjunktur und ein »neuer Mittelstand«, eine neue »Kleinbourgeoisie«, die auch als »Scheinbürgertum« bezeichnet wird,<sup>1</sup> sorgt für die »Gentrifizierung« oder »Yuppifizierung« der alten Innenstädte. Gleichzeitig verschärfen sich die Differenzen des gesellschaftlichen Lebens und damit auch der Städte: Reichtum und fabelhaft aufwendiger Konsum in luxuriösen Wohnverhältnissen für die »B-Bevölkerung« (Besitzende, Begüterte, besser Ausgebildete) und zunehmende Verelendung der »A-Bevölkerung« (Ausländer, Alte, Arme, Auszubildende, Arbeitslose, Alkoholiker), die froh sein darf, wenn sie sich angestammte Wohnverhältnisse weiterhin leisten kann.

Aber nicht nur im Innern der industriellen Metropolen vertiefen sich die Gegensätze zwischen arm und reich;<sup>2</sup> die Kluft zwischen reichen Industrienationen und armen »Schwellenländern« oder vorindustriell lebenden Menschengruppen vertieft sich und führt zu einer bedrohlichen Ausbeutung der für die gesamte Menschheit lebensnotwendigen Ressourcen der Erde. In der modernen Welt bedeutet das »Dach

über dem Kopf«, eine menschenwürdige Existenz überhaupt beginnen zu können und nicht von vornherein unsäglichem Schmutz und Elend ausgeliefert zu sein.<sup>3</sup>

### I. Zur historisch-gesellschaftlichen Situation

Am Ende des 20. Jahrhunderts erleben wir das Zerschneiden der totalitären gesellschaftlichen Strukturen, die sich in der 1. Hälfte des Jahrhunderts bildeten und Millionen Menschen das Leben kosteten. Allein zwei Weltkriege fanden statt, von der systematischen Vernichtung ausgegrenzter Bevölkerungsgruppen (Juden, Zigeuner, Klassenfeinde) zu schweigen.

Das »sozialistische Modell« zur Durchsetzung industrieller Produktionsformen und der Modernisierung der Gesellschaft hat versagt. Ähnlich wie der Absolutismus vor der Französischen Revolution zerbrach der Sozialismus als politisches Modell, als er den Bankrott nicht länger verheimlichen konnte. Der Kapitalismus hat sich am Ende des Jahrhunderts bzw. des Jahrtausends als »Weltwirtschaftsordnung« oder schlicht als die »neue Weltordnung« etabliert. Internationale Geldwirtschaftsinstitute und Währungsfonds sorgen dafür, daß die unterentwickelten Länder im Sinne dieser Ordnung funktionieren und den verschwenderischen Konsum der Industrienationen aufrecht erhalten.

In wesentlichen ökonomischen Voraussetzungen unterschied sich das sozialistische Modell ohnehin kaum vom kapitalistischen. Auch im Sozialismus wurde mit Macht die »Enteignung der unmittelbaren Produzenten« betrieben, um die Massen zu eigentumslosen Lohn- und Gehaltsempfängern zu machen. Als abhängig Arbeitende mußten sie sich ihren Lebensunterhalt genauso »verdienen« wie Arbeiter, Angestellte und Beamte in den kapitalistischen Ländern, nur lagen ihre Verdienstmöglichkeiten weit unter denen in den reichen kapitalistischen Ländern, weil sie einen aufwendigen terroristischen Herrschafts- und Spitzelapparat mitfinanzieren mußten. Der Sozialismus als Herrschaftssystem hat auf politischem Wege zu erzwingen versucht, was sich im Kapitalismus quasi naturwüchsig durch die ökonomische Konkurrenz vollzieht: die Erziehung der Menschen zu planmäßiger Arbeit und die Herausbildung weniger, aber mächtiger Industriekomplexe.

Unternehmer vom Typ der Buddenbrooks gehörten schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts einer aussterbenden gesellschaftlichen Spezies an. Manager und Funktionäre haben sie in ihrer gesellschaftlich bestimmenden Funktion abgelöst. Während die ehemals sozialistischen Länder endlich so schnell wie möglich das freie Spiel der Kräfte auf dem Markt einführen wollen, gehen die Funktionäre der wirtschaftlich

<sup>1</sup> Diese, wie auch die folgenden Bemerkungen nach J. Esser / H. Steinert, »Dienstleistungsgesellschaft« – »Scheinbürgertum«, in: O. Brauerhoch, Hrsg., Stadt, Soziologie und Kultur, Frankfurt/Main 1991.

<sup>2</sup> Kenner der Entwicklung sprechen von einer »sozialen Katastrophe«, weil mit den preiswerten »Drittweltwaren« auch die Menschen aus der Dritten Welt kämen und womöglich eine »polarierte Klassengesellschaft« förderten. Vgl. R. Keil / P. Lieser, Rhein-Main – Die Wachstumsmaschine – lokale Widersprüche der globalen Ökonomie, in: Kommune 7/1989, S. 22 und 25. Im gleichen Heft schildert H. Schneider an wenigen Fallbeispielen eindringlich, was die »Mechanik der Umschichtung« den einzelnen Menschen antut, S. 31–33.

<sup>3</sup> Diesen Tatbestand nimmt C. Hackelsberger, Hundert Jahre Wohnungsmisere und kein Ende? (= Bauwelt Fundamente 91), Braunschweig 1990 zum Ausgangspunkt seiner Überlegungen.

und politisch führenden Gruppen der kapitalistischen Länder daran, die Marktanteile und Produktionsentwicklungen zu planen.

Auch der Sozialismus als Herrschaftssystem war nur eine der Varianten des »Projektes Moderne«. Um die Modernisierung der Gesellschaft durchzusetzen, war den Machthabern des ersten sozialistischen Modells fast jedes Mittel recht, solange es ihre Machtposition nicht gefährdete. Der Kapitalismus war insoweit effizienter, als er demokratischer war und Rücksicht auf Bevölkerungsgruppen nehmen mußte, die sich öffentlich zu artikulieren verstanden. In den sozialistischen Ländern waren nicht nur die Institutionen des freien und ungehinderten Geldverkehrs mangelhaft, sondern auch die Menschenrechtsgarantien. Allerdings haben die faschistischen Bewegungen und Regierungen bewiesen, daß sich Kapitalismus sehr wohl mit anti-demokratischen Verfassungen verträgt. Der Totalitarismus ist die stete Gefahr des »Projektes Moderne« und so vielfältig in seinen Spielarten wie das Projekt Moderne insgesamt.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen scheinen die Intellektuellen dieses Jahrhunderts außerstande gewesen zu sein, die gemeinsamen Züge der gesellschaftlichen Modernisierung zu erkennen. Horkheimer faßte die bedrohlichen Formen 1939/40 unter dem Begriff »integraler Etatismus« oder »autoritärer Staat« zusammen.<sup>4</sup> Hannah Arendt prägte Ende der 40er Jahre den Begriff »Totalitarismus«.<sup>5</sup> Die Nachkriegsgeneration griff diese Erkenntnisse auf, indem sie sich 1968 als »anti-autoritäre Bewegung« bezeichnete. Von den Verteidigern des »Projektes Moderne« wurde sie vehement angegriffen.<sup>6</sup>

Die Wirtschafts- und Lebensformen der Moderne stellen ein gesellschaftliches System dar, das alle bisherigen oder noch existierenden »vormodernen« Gesellschaftsformationen durch seine Effizienz ausschaltet oder wenigstens »gleichschaltet« bzw. »anschließt«. Darum erscheint die rückhaltlose Befürwortung des »Projektes Moderne« in seiner effizientesten Form, nämlich der kapitalistischen, nur als die konsequente Haltung derer, die immer schon mit den stärkeren Bataillonen marschierten. Aber die neue Weltordnung liefert in ihrer großartigen Effizienz zugleich äußerst effiziente Mittel der Zerstörung sämtlicher menschlichen und natürlichen Lebensgrundlagen. Der Sozialismus hat den Kapitalismus in Sachen Umweltzerstörung aufgrund des Mangels an demokratischen Freiheitsrechten sogar »überholt«.

Die »neue Weltordnung« oder das »Projekt Moderne« ist nicht nur ein Wirtschaftssystem, das auf einer besonders produktiven und sich ständig verbessernden Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft beruht, sondern zugleich ein gesellschaftliches Sy-

<sup>4</sup> M. Horkheimer, Autoritärer Staat, Gesammelte Schriften 5.

<sup>5</sup> H. Arendt, Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft, 3 Bände, Frankfurt 1955, amerik. 1951, Nachdruck der Ausgabe von 1955, München / Zürich 1991.

<sup>6</sup> Als Stichwortgeber erwies sich J. Habermas, Protestbewegung und Hochschulreform, Frankfurt 1969, S. 148 ff., der zunächst den Vorwurf »Linksfaschismus« erhob, nach dessen Widerrufung den der »Scheinrevolution«, S. 188–201.

stem, das noch die privatesten Beziehungen der Menschen zueinander gestaltet. Nicht nur alle Dinge, auch die Beziehungen bekommen ihren Preis. In seiner bislang entwickeltsten Form erscheint dieses System als »Dienstleistungsgesellschaft« oder, in der Sprache der Stadtplaner: als »tertiarisierte« Gesellschaft.<sup>7</sup>

Es geht aber immer noch um Konkurrenz und Profit. Um die Arbeitsproduktivität zu erhöhen, d. h. in immer kürzerer Zeit immer größere Produktmengen herzustellen, wird die industrielle Produktion zunehmend automatisiert. Damit tritt die Weltwirtschaftsordnung in ihre »postfordistische Phase«, die von manchen Soziologen mit einer »zweiten Moderne« verwechselt wird.<sup>8</sup> Die Zurechnung von Leistung auf Arbeitszeit, einst Grundlage der kapitalistischen Mehrwert- und Profitberechnung, wird angesichts der Ersetzung menschlicher Arbeit durch Maschinen immer fragwürdiger. Dennoch wird der Zwang, den Lebensunterhalt zu »verdienen«, aufrechterhalten. Nicht die Arbeit, sondern der Arbeiter / die Angestellte werden durch die gesteigerte Arbeitsproduktivität überflüssig. Schon die Zugänge zu den Berufsausbildungen, die gute Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten versprechen, werden blockiert. Der Numerus clausus ist längst nicht mehr auf das Medizin- oder Architekturstudium beschränkt. Konkurrenz- und Leistungsdruck vergiftet bereits das Leben von Schulkindern. Die »Tertiarisierung« der Gesellschaft bedeutet, daß die Menschen derart für die Arbeit und eine besonders gehobene Form des Konsums leben, daß sie kaum zur Besinnung kommen.

Widerstandsverhalten setzt darum bei der Bestimmung »alternativer Lebensformen« an, die in selbstinitiierten Aktionen und nicht vorprogrammierten Veranstaltungen liegen. Wie erstmalig die anti-autoritäre, anti-parlamentarische oder 68er Bewegung zeigte, verweigern sich gerade selbstbewußte Menschen den Zumutungen einer Anpassung, die Konkurrenz- und Machtstreben, gläubige Befolgung hohler politischer Phrasen oder selbstmörderische Leistungsbeweise und verschwenderischen Konsum zum Sinn des Lebens macht. In zahllosen Selbsthilfe- und Selbstorganisationsgruppen versuchen sich heute viele Menschen Lebensformen zu schaffen oder Lebensgrundlagen zu erhalten, die ihren persönlichen Vorstellungen eines sinnvollen Lebens eher entsprechen, als die verlogenen Bilder der Massenmedien oder die standardisierten Vergnügungen der Freizeitindustrie.

Die Hoffnung auf eine Revolution, »nach« der alles besser sein wird, beruht auf der Illusion, daß die Widersprüche der Moderne durch einmalige Gewaltakte gelöst werden könnten. Revolutionen waren oder sind das Mittel, das »Projekt Moderne« gegen »vermoderne« oder rückständige Gesellschaften durchzusetzen.<sup>9</sup> Es geht nicht darum, die moderne Entwicklung, die zu ungeahnten Möglichkeiten menschlicher

<sup>7</sup> Der Ausdruck geht auf J. Fourastié, Die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts, Köln-Deutz 1954, französisch 1949, zurück.

<sup>8</sup> W. Prigge, Zweite Moderne: Modernisierung und städtische Kultur, in: O. Brauerhoch (s. A 1).

Produktivität geführt hat, rückgängig zu machen und ein vermeintlich »einfaches Leben« anstelle der hochdifferenzierten sozialen Funktionsweisen zu setzen, sondern es geht darum, das ungeheure Zerstörungspotential, das den sozialen Beziehungen zur Zeit innewohnt, einzugrenzen.

Eines der wichtigsten Mittel, menschliche Wut und Zerstörung zu dämpfen, ist die Herstellung befriedigender Wohnverhältnisse und zwar für die Armen und Unbehausten, die Zurückgebliebenen und Behinderten, die Alten und die Kranken an erster Stelle. Nur auf diese Weise kann ein erheblicher Teil des Drucks und der Ängste gemindert werden, den die Anpassung an die modernen Lebensverhältnisse für jeden einzelnen bedeutet. Im geschützten Raum einer ausreichend großen Wohnung sind zudem die materiellen Voraussetzungen einer Kindheit gegeben, die wirkliches Erwachsenwerden, d. h. psychische Autonomie, zulassen. Erst psychisch autonome Menschen haben die Fähigkeit, Widersprüche und paradoxe Zustände anders als durch Gewalttätigkeit zu lösen.

## II. Zur Situation der Städte

Die moderne Entwicklung setzt die »totale Verstädterung« in Gang.<sup>10</sup> Für die meisten Menschen dieser Erde bringt dieser Verstädterungsprozeß eine Entwurzelung und Obdachlosigkeit mit sich. Mehr noch als die Städte in den Industrienationen wachsen die Städte der unterentwickelten Länder zu riesigen Agglomerationen heran, die den vorindustriellen Gegensatz von Stadt und Land verschwinden lassen.

Amerikanische Soziologen haben in den 20er und 30er Jahren die Gesetzmäßigkeiten kapitalistischen Städtewachstums festzustellen versucht. Sie sahen vom traditionellen Stadtkern, den sie in »zentralen Geschäftsbereich« = Central Business District, umbauten, sämtliche Wachstumsprozesse ausgehen. Sie erkannten gleichzeitig, daß dieses Wachstum die angrenzenden Stadtteile mit Zerstörung bedroht und ruhiges Wohnen nur in den Außenbezirken der Stadtregion möglich sei. Die Stadt wachse ringförmig, bzw. verstärkt an den großen Transportbändern ins Umland. Längst haben sich diese Wachstumsmuster auch in den europäischen Metropolen durchgesetzt.<sup>11</sup> Die »Chicagoer Schule«, wie diese Soziologen nach dem Ort ihrer wichtigsten empirischen Untersuchungen genannt wurden, verstanden sich selbst als »Sozialöko-

<sup>9</sup> In einem noch unveröffentlichten Brief, den Horkheimer am 27. 9. 1958 an Adorno schrieb, wird der Gedanke erörtert, daß jegliche Gesellschaftsveränderung mittels Revolution gewalttätig sei, wie zahlreiche historische Beispiele lehrten und deshalb abzulehnen sei, in: Max-Horkheimer-Archiv in der Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt/Main, Mappe VI 3, Blätter 45–55.

<sup>10</sup> H. Berndt, Die Natur der Stadt, Frankfurt/Main 1978.

<sup>11</sup> B. Hamm, Die Organisation der städtischen Umwelt. Ein Beitrag zur sozialökologischen Theorie der Stadt, Stuttgart 1977 und J. Friedrichs, Stadtentwicklungen in kapitalistischen und sozialistischen Ländern, Reinbek bei Hamburg 1978.

logen«. In der Tat zeigten sie die Ökologie der kapitalistischen Wachstumsprozesse der Stadt auf, sofern ihnen keine Gegenkräfte zuwiderlaufen.

Noch immer gehen die entscheidenden Wachstumsimpulse vom Zentrum aus, auch wenn ein quantitativ größerer Zuwachs an Arbeitsplätzen im Umland stattfindet, wie in einer neuen Untersuchung über Frankfurt/Main nachgewiesen wurde.<sup>12</sup> Während in der »Peripherie« eher die Dienstleistungsbetriebe für regionale und nationale Märkte entstehen, ist das Zentrum der Standort der »weltmarktstrategisch orientierten Beratungsdienste«.<sup>13</sup>

Was damals als ökologisch bezeichnet wurde, ist das Gegenteil von dem, was heute als ökologisch angesehen wird. Den Chicagoer Soziologen schien das kapitalistische Stadtwachstum als derart natürlich, daß sie dafür Begriffe aus der Biologie wählten. Heute werden die Wachstumsimperative der »Weltwirtschaftsordnung« als zutiefst anti-ökologisch empfunden. (Berichte des »Club of Rome«) Ökologie versteht sich heute als die Wissenschaft von den natürlichen Wachstums- und Kreislaufsystemen, die grundsätzlich anderen Gesetzmäßigkeiten unterliegen als die herrschende menschliche Gesellschaftsordnung.

Um die Substanz der vorhandenen Städte zu retten und sie bewohnbar zu erhalten, plädierten die amerikanischen Sozialökologen für die Planung und den Bau von »neighborhood units« – Nachbarschaftseinheiten –, in denen die großstädtische Anonymität und Unpersönlichkeit der Beziehungen überwunden werden sollte. Sie übersahen dabei, daß sich nachbarliche Gemeinschaft kaum planen läßt, weil sie letztlich etwas Spontanes ist. Die Nachbarschaftseinheit wurde von den Stadtplanern als Verwaltungseinheit verstanden, an der Richtzahlen für sog. Infrastruktureinrichtungen festgemacht wurden.

Die Nachbarschaftsplanung entwickelte sich zu einem außerordentlich stadtfeindlichen Siedlungskonzept. Sie wurde in den 30er und 40er Jahren mit den Planungsgrundsätzen verschmolzen, die aus der europäischen Hygienebewegung des 19. Jahrhunderts kamen. Nach dem II. Weltkrieg wurden diese anti-urbanen Planungsvorstellungen in Deutschland im »Leitbild« der »gegliederten und aufgelockerten« Stadt zusammengefaßt. Trabanten- und Satellitenstädte der 60er und 70er Jahre entsprachen diesem abscheulichen »Leitbild«, das bereits in dem gigantischen Planungsvorhaben der Nationalsozialisten, dem »Generalplan Ost«, erdacht worden war.<sup>14</sup> Sie ähnelten kaum mehr der gemütlichen »Gartenstadt«, die um 1900 als Utopie gegen die kapitalistisch führende Großstadt, London, ersonnen worden war (E. Howard).

Als das stärkste Instrument zerstörerischen Städtebaus erwiesen sich die Vorstellung-

<sup>12</sup> K. Brake, Dienstleistungen und räumliche Entwicklung Frankfurt (am Main), Strukturveränderungen in Stadt und Region, Oldenburg 1991.

<sup>13</sup> Ebda., S. 43–55.

<sup>14</sup> W. Durth, Verschwiegene Geschichte. Probleme der Kontinuität in der Stadtplanung 1940–1960, in: Die alte Stadt 14 (1987), S. 28 ff.

gen der Architekten der 20er Jahre, wie sie Corbusier paradigmatisch in der »Charta von Athen« (1933) formulierte.<sup>15</sup> Die darin geforderte Funktionalisierung des Städtebaus auf die Anforderungen des modernen Wirtschaftslebens, des motorisierten Individualverkehrs, überhaupt des »Maschinenzeitalters« und die Durchsetzung hygienischer Mindeststandards auch für die armen Bevölkerungsschichten, hat zu einer optischen Verwüstung der Umwelt geführt, die der Verwüstung natürlicher Landschaften durch die industriellen Produktionstechniken in nichts nachsteht.

Einer der entschlossensten Verteidiger des »Projektes Moderne« lastet die städtebaulichen Schäden, die den Modernisierern der Architektur geschuldet sind, einem »Bauwirtschaftsfunktionalismus« an, der angeblich die Grundsätze der Moderne verriet.<sup>16</sup> Er hat die Dialektik einer politischen Gesinnung nicht verstanden, die davon ausging, daß soziale Konflikte mit Hilfe technischer Mittel und neuer Designs zu lösen seien.<sup>17</sup> Wegbereiter der Moderne in Stadtplanung und Architektur war die bürgerliche Hygienebewegung des 19. Jahrhunderts. Diese Bewegung war von Ärzten initiiert worden, die sahen, daß unzureichende öffentliche Gesundheitsvorsorge zur Ausbreitung verheerender Krankheiten führte, die gerade in den Städten zahlreiche Tote forderten (besonders gefürchtet war die Cholera). Sie beteiligten sich an der Revolution 1848, weil sie von der Errichtung einer bürgerlich demokratischen Staatsverwaltung eine effiziente Gesundheitsvorsorge erwarteten als von der absolutistischen. Nach dem Scheitern dieser Revolution beschränkten sie sich auf technokratische Reformvorschläge an die Verwaltungen, wobei sie ihre besten Erfolge auf kommunaler Ebene hatten, indem sie dort den Bau erster Kanalisations- und Trinkwasseranlagen durchsetzten und Anfänge eines öffentlichen Gesundheitssystems schufen.<sup>18</sup>

Die ersten Architekten der Moderne haben die Widersprüche, die die Hygieniker des 19. Jahrhunderts schon nicht zu lösen vermocht hatten, ins Unerträgliche gesteigert. Weil sie machtlos gegen die Klassenspaltung, gegen Bodenspekulation, gegen Mietwucher und Wohnungsnot waren, erschienen ihnen Hochhäuser als »Ausweg« kapitalistisch angeheizter Grundrentenerwartungen in Innenstadtbereichen und industriell vorgefertigte Satellitenstädte im überdimensionalen Nachbarschaftsmaßstab als »Lösung« gegen Wohnungsnot und die Errechnung von »Minimalstandards« bei

<sup>15</sup> Nochmals nachgedruckt in *Th. Hilpert*, Hrsg., *Le Corbusiers »Charta von Athen«, Texte und Dokumente (= Bauwelt Fundamente 56)*, Braunschweig 1988. Hilperths »kritische Neuausgabe« läuft allerdings auf eine unkritische Verteidigung der Moderne hinaus.

<sup>16</sup> *J. Habermas*, *Moderne und postmoderne Architektur*, in: *ARCH + 61*, Februar 1982, nochmals nachgedruckt in: *J. Habermas*, *Die neue Unübersichtlichkeit*, Frankfurt am Main 1985.

<sup>17</sup> Den Glauben, »ein für allemal mit Hilfe fortschrittlicher Großtechnik«, hier: Müllbeseitigung mittels Müllverbrennungsanlagen, macht *M. Gather* für Hundert Jahre Müllnotstand – Der lange Weg wiederkehrender Ratlosigkeit in Frankfurt am Main, in: *Die alte Stadt* 18 (1991) S. 361, verantwortlich.

<sup>18</sup> *H. Berndt*, *Hygienebewegung des 19. Jahrhunderts als vergessenes Thema von Stadt- und Architektursoziologie*, in: *Die alte Stadt* 14 (1987) S. 140–163.

Zimmer- und Wohnungsmaßen gar als »humaner Städtebau«. Die Herrschaftsstruktur der sich modernisierenden Gesellschaft stand weder für die Hygieniker des 19. Jahrhunderts, noch die Architekten der Avantgarde zur Debatte.

Die offen totalitären Regierungen haben die Herrschaftsansprüche, die mit Moderne vereinbar sind, unverhüllt ausgedrückt. Was die demokratischen Länder an Vorsprung hinsichtlich technischer Lösungen zur Behebung sozialer Spannungen zu bieten hatten, wurde von den totalitären Herrschern nach Möglichkeit übernommen. Daß die Städte den Herrschaftscharakter der Gesellschaft ausdrücken, ist nichts Neues; neu ist allerdings der Ausdruck »totaler Herrschaft«. Nach einer »klassizistischen Anfangsphase«, in der »schöne« Architektur offenbar noch Legitimationszwecken diene, haben die totalitären Regierungen spätestens nach ihrer sicheren Etablierung auf das billigere und passendere Repertoire moderner Bauformen zurückgegriffen.<sup>19</sup> Totale Herrschaft bedarf keiner Legitimation mehr durch Architektur, sie bedient sich modernerer »Steuerungsinstrumente«, vorzugsweise der Massenmedien.

Dennoch bedroht die Herrschaftsstruktur der Moderne die weitere Gestaltung der Städte: sie entwickeln sich zu Zitadellen neuer Art. Sie verschließen sich nicht wie einst dem Feind von außen, sondern vor allem vor ihren eigenen Bewohnern. Das städtische Gefüge droht in Gettos zu zerfallen. Der öffentliche Raum der Stadt, der für sämtliche Bewohner offen ist, fällt einer »Reprivatisierung« anheim, wie man anhand der prächtig ausgestatteten »Malls«, der Einkaufsburgen der USA, beobachten kann.<sup>20</sup> Die Zitadelle der vormodernen Städte teilte mit ihren Bewohnern wenigstens zu den großen Jahresfesten die gemeinsamen Rituale. Die heutige Zitadelle schließt die verschiedenen Teile der Stadt gegeneinander aus und macht ihre Bewohner gegenseitig zu Fremden; damit vernichtet sie die Offenheit und Integrationsfähigkeit der städtischen Struktur.

Am fortgeschrittensten ist der Umbau der Städte zu Zitadellen im modernsten Land der Erde, den USA. Aber auch Paris kennt schon die ummauerten und bewachten Wohnanlagen, noch ist allerdings das Zentrum offen. Ob das neue Regierungsviertel in Berlin von vornherein als Zitadelle angelegt wird, ist noch nicht entschieden. Der »Central Business District« ist der Kern der modernen Zitadelle, er wird von den Trabanten- oder Satellitenstädten, den »Schlafstädten«, umlagert. So zerfällt das dicht gewebte Netz der Stadt in unzusammenhängende Einzelteile. Das geht an die Substanz des Städtischen. Einzelne Quartiere werden unter rivalisierenden gangs

<sup>19</sup> So *W. Durth* (s. A 14), was stadtplanerische Grundsätze angeht. Zum wohnungsbaupolitischen Programm der Nationalsozialisten und seiner Verträglichkeit mit Moderne, s. *T. Harlander / G. Fehl*, *Hitlers sozialer Wohnungsbau 1940–1945*, Hamburg 1986.

<sup>20</sup> *P. Lieser*, *United Malls of America: Zur Privatisierung des öffentlichen Raumes*, in: *Public Design* 1989, Hrsg. Bund Deutscher Architekten. Gütersloh 1989, S. 45 ff.

oder rackets,<sup>21</sup> wie verbürgte amerikanische Ausdrücke dafür lauten, als »turfs«<sup>22</sup> aufgeteilt und von streetfightern beherrscht. Das sind »tribalistische Muster« menschlichen Verhaltens, d. h. ältester, vormoderner Vergesellschaftungsformen auf dem Niveau der Stammesgesellschaften.<sup>23</sup> Moderne und Mafiosi finden zunehmend zu einer unheilvollen Symbiose zusammen und bilden schwer kontrollierbare rackets. Heute ist es nichts Außergewöhnliches mehr, wenn Staatsbeamte in unerlaubte Waffenlieferungen verstrickt sind oder Geschäfte tätigen, die im Nachhinein nur als »Regierungskriminalität« zu bezeichnen sind.

Die Zitadelle ist der Feind der »zivilen Gesellschaft«,<sup>24</sup> deren Heimat die Stadt ist. Die »zivile Gesellschaft« wird durch die Gewaltbereitschaft der ausgegrenzten Jugendlichen und der rackets bedroht. Das Hauptmittel, mit dem die moderne Gesellschaft bislang die auf diese Gefahr antwortet, ist eine verschärfte Aufrüstung von Polizei und die Rekrutierung neuer »Ordnungskräfte«. Selbst gegen offensichtlich Abhängige und Kranke wird ein regelrechter »Krieg« geführt, anstatt Hilfsmaßnahmen zu finanzieren, die die Zerstörtheit dieser Menschen wenigstens lindert.

Die Rückbildung der Stadt auf ihre archaische Zitadellenfunktion bewirkt eine zunehmende Verschlechterung der städtischen Lebensbedingungen. Die Herstellung des Zusammenhalts des städtischen Gesamtgefüges erfolgt durch die Zunahme eines immer aggressiveren Autoverkehrs. Das Umland wird von der Zitadelle regelrecht erobert.<sup>25</sup> Oft müssen die »Erschließungen« neuer Straßen und Areale gegen den erbitterten Widerstand der »vormodernen« Bevölkerungsgruppen dort durchgesetzt werden. Eine schleichende Militarisierung gehört zu den fast unbemerkten Nebenresultaten des gegenwärtigen Modernisierungs- und Verstärkungsprozesses, der bei umstrittenen Projekten bürgerkriegsähnliche Formen annimmt.

<sup>21</sup> Wie aus posthum veröffentlichten Schriften von Horkheimer deutlich wird, spielte der Begriff des »racket« für ihn eine große Rolle, um die Rückbildung der bürgerlichen Gesellschaft auf weniger zivilisierte Gesellschaftsstrukturen zu erklären. Die wird in den »Aufzeichnungen und Entwürfen zur ›Dialektik der Aufklärung‹« ausgesprochen: »Die Grundform der Herrschaft ist das Racket« (Gesammelte Schriften Bd. 12, S. 287 und auch die editorischen Anmerkungen dazu im gleichen Band S. 76 und 251).

<sup>22</sup> J. Jacobs, Tod und Leben großer amerikanischer Städte, Frankfurt/Main, Berlin 1963, amerik. 1961, S. 41/42: »Unter dem Turfsystem ... eignet sich eine Bande gewisse Straßen oder Siedlungsgebiete ... als Hoheitsgebiete an.« Bei »Wiederaufbauprojekten« »waltet die gleiche Technik, den Turf klar zu bezeichnen und die anderen Banden außerhalb des Zauns zu halten.«

<sup>23</sup> J. Esser / J. Hirsch, Stadtsoziologie und Gesellschaftstheorie, in: W. Prigge, Hrsg., Die Materialität des Städtischen, Basel / Boston 1987.

<sup>24</sup> In dem bereits erwähnten Brief von Horkheimer (s. A 9) wird der Begriff der »civilen Gesellschaft« oder auch »bürgerlichen Civilisation« in emphatischem Sinne gebraucht: »Was es heute zu verteidigen gilt, scheint mir ganz und gar nicht die Aufhebung der Philosophie, sondern der Rest der bürgerlichen Civilisation zu sein, in der der Gedanke individueller Freiheit und der richtigen Gesellschaft noch eine Stätte hatte...«

<sup>25</sup> R. Keil / K. Ronneberger, Macht und Räumlichkeit. Die Weltstadt geht aufs Dorf, in: O. Brauerhoch (s. A 1).

Je mechanischer und gewaltsamer der gesellschaftliche Zusammenhalt hergestellt wird, um so mehr verkommen die bürgerlich-zivilen Tugenden. Sie gehen in einer drückenden Atmosphäre von Mißtrauen, Bspitzelung, Furcht und Denunziation unter. Urbanes, weltoffenes Verhalten verwandelt sich in gebundenes, Fremden gegenüber feindliches Verhalten zurück. Das zerstört die Urbanität und den zivilen Charakter der Stadt.<sup>26</sup> Bereits anfangs der 60er Jahre hatte Hans Paul Bahrdr vor der »Refeudalisierung« der Stadt durch die industriellen Großunternehmen gewarnt.<sup>27</sup> Die Zerschneidung des städtischen Gefüges durch sichtbare Mauern oder unsichtbare soziale Schranken oder schlicht die Überlastung der Straßen und Plätze durch den Autoverkehr beseitigt die öffentlichen Räume. Die Öffentlichkeit der städtischen Räume hat zudem mit der Erfindung der Massenmedien einen Funktionsverlust erlitten. Die Stadt hat ihr Gesicht bis zur Unkenntlichkeit gewandelt. Die Moderne hat sie verunstaltet und häßlich gemacht.

### III. Zur Architektur

Die Stadt, in fast allen Sprachen weiblich apostrophiert, verlor durch die Architektur der Moderne ihren räumlich beschützenden Charakter. Das städtebauliche Programm der Moderne beinhaltet eine extreme Entwertung des städtischen Raumes zugunsten massiver Solitäre. Der phallische Charakter dieser Solitäre, vor allem der Wolkenkratzer, ist unübersehbar. Das subtile Gleichgewicht zwischen Raum und Körper, wesentliches optisches Merkmal städtischer Struktur, wurde zerstört. Der Raum der Straße wurde der Straße als Transportband geopfert.

Das Erlebnis städtischer Atmosphäre ist jedoch unlösbar an Architektur geknüpft. Es ist Unsinn, die »Struktur«, »Organisation«, die »Nuterinteressen« etc. gegen Architekturformen ausspielen zu wollen. Deswegen ist es an der Zeit, sich »über die Form zu verständigen«.<sup>28</sup> Es geht darum, ihre unbewußten symbolischen Botschaften zu verstehen, die immer auch Metaphern für menschliche Beziehungskonstellationen und Phantasien sind.

Architektur ist bewußte Gestaltung des Raumes, Absonderung eines Bezirkes innerhalb der unendlichen Fülle der Natur zu speziell menschlichen Veranstaltungen. Der Beginn der Architektur ist die Gestaltung des Heiligen, des geweihten Bodens, des sakralen Raumes. Architektur ist erkennbar an der einfachen geometrischen Form, die sich vom Chaos natürlicher Formenvielfalt hart und unmißverständlich als menschliche Geste absetzt. Vom Wortsinn ist der Architekt einer, der um die alten Formen

<sup>26</sup> F. Herterich, Urbanität und städtische Öffentlichkeit, in: W. Prigge (s. A 23).

<sup>27</sup> H. P. Bahrdr, Die moderne Großstadt. Soziologische Überlegungen zum modernen Städtebau, Reinbek bei Hamburg 1961.

<sup>28</sup> D. Cohn-Bendit / F. Herterich / Th. Schmid, Fällt die »menschliche Metropole« ins zweite Glied zurück?, in: Frankfurter Rundschau, 6. Juni 1990.

wußte, wobei die Form selbst heilig war, d. h. eine Errungenschaft menschlichen Geistes, wertvoll im Überlebenskampf gegen die Natur.<sup>29</sup>

Architektur ist nicht von Herrschaft zu trennen, denn Herrschaft erwuchs aus der Herrschaft der geistigen Arbeit über die körperliche. Die Trennung derer, die die schweren körperlichen Arbeiten verrichteten, von denen, die sich ausschließlich geistiger Tätigkeit hingaben, drückte sich in den ersten städtischen Hochkulturen der Alten wie der Neuen Welt sehr deutlich in der Gesamtarchitektur aus. Herrschaftszentrum und heiliger Bezirk der Stadt waren identisch, bildeten eine Stadt in der Stadt, eben die Zitadelle,<sup>30</sup> und grenzten sich deutlich vom profanen Bereich ab.

Nicht nur der heilige Kern der Stadt wurde architektonisch einprägsam ausgestaltet, die gesamte Stadt wurde einem geometrisch eindeutigen Muster, gewöhnlich dem Gitter- oder Schachbrettmuster, unterworfen. Die Stadt als Ganze war geheiligt, obwohl sie gleichfalls einen Ursprung im Profanen hat, der aus dem ungeordneten Zusammensiedeln der Ausgestoßenen entstand. Durch die Heiligung des Ortes wurde den Menschen die Orientierung im Raum gegeben, ein Weg, sich zurechtzufinden, um damit der Angst zu entgehen, verloren zu sein. Die Materialisierung des Heiligen schafft den Kosmos und damit den menschlichen Raum.<sup>31</sup>

Das rechtwinklige Koordinatensystem, wie es das Gitter- oder Schachbrettmuster verkörpert, macht jeden Punkt in der Fläche identifizierbar. Es ist ein Ordnungs- und Orientierungsschema par excellence. Die Funktion des Heiligen bestand darin, den Menschen die Angst vor dem Chaos zu nehmen. Das Heilige, Herrschaft und Architektur waren untrennbar miteinander verbunden. Herrschaft hatte nicht nur eine gewalttätige, sondern auch eine ordnende und ästhetische, kurz, befriedende Seite. Heilig wie das Herrschaftszentrum der Stadt waren darum auch ihre Verteidigungsmauern.

Die Architekten der Moderne hatten gemeint, wenn sie die Architektur von den Insignien bisheriger Ausdrucksformen von Herrschaft befreien und Wohnungen für die kleinen Leute anstelle der großen Herrschaften bauten, könnten sie eine rationale Gesellschaft mitschaffen helfen. Sie verstanden sich als nicht-bourgeoise, linke oder gar sozialistische Radikale, ohne das Wesentliche der Wertgesetze der modernen Gesellschaft begriffen zu haben. Unwissentlich halfen sie, die modernen Herrschaftsformen zu rationalisieren. So ersetzte das architektonische Programm der Moderne den Zauber der Schönheit, wodurch sich das Heilige auszeichnete, durch Hygiene und Ty-

<sup>29</sup> W. Andrae, *Das Gotteshaus und die Urformen des Bauens im Alten Orient*, Berlin 1930.

<sup>30</sup> L. Mumford, *Die Stadt, Geschichte und Ausblick*, Köln 1963, S. 31 und 40ff. (amerikanisch 1961).

<sup>31</sup> M. Eliade, *Das Heilige und das Profane*, Frankfurt/Main 1984, 1957, hier nach der französischen Ausgabe von 1965; außerdem A. Leroi-Gourhan, *Hand und Wort: Die Evolution von Technik, Sprache und Kunst*, Frankfurt 1988, französisch 1949, besonders die Teile über die Stadt, S. 227 ff. oder auch S. 409 ff.

pisierung für industrielle Billigbauweise. Damit fand eine vollkommene »Entheiligung« oder Profanierung der Architektur statt. Sie vollzog sich gleichermaßen in West und Ost. Man mußte schon blind sein, um nicht aus der augenfälligen Ähnlichkeit der Satellitenstädte Warschaws wie Stockholms, Pekings oder Münchens auf die wesentlichen Züge des »Projektes Moderne« zu schließen zu können. Die »Unwirtlichkeit der Städte« ist auf einen Blick an ihren Formen abzulesen.

Die Architektur der Moderne bringt jenen Zug von Askese zum Ausdruck, den einer der Begründer moderner Gesellschaftstheorie als notwendige Begleiterscheinung des Modernisierungsprozesses ansah (Max Weber). Selbstverständlich haben die Architekten der Moderne die Entheiligung und asketische Verarmung der Umwelt nicht aus Boshaftigkeit vorangetrieben, sondern im guten Glauben an die segensreichen Wirkungen weiteren Modernisierungsfortschritts. Dieser Glaube ist heute erschüttert.

Weil die Architektur den unsichtbaren psychischen und sozialen Kräften der Menschen eine konkrete Gestalt verleiht, stellt sie überraschend präzise »symbolische Entsprechungen« zwischen Gesellschaftszustand und Umweltformen her. Gewöhnlich vermögen Archäologen die Sprache dieser »symbolischen Entsprechungen« besser zu lesen als Soziologen oder Architekten, da es schwerfällt, diese Entsprechungen in der jeweiligen Gegenwart klar zu erkennen. Dies rührt aus der trieb- und überichregulierenden Funktion von Symbolen. Die außen erkennbaren Formen haben »Verstärkerfunktion« für Triebwünsche oder -verbote. Sie sagen dem einzelnen Individuum: »So wie »ich« aussehe, sollst/darfst Du auch aussehen!«

Es ist der höchst persönliche Umgang mit den Tabus der Kindheit, der den Blick auf die Formen der Umwelt bestimmt. Die Architekten der Moderne waren die Ausgestalter der Ideale der bürgerlichen Hygienebewegung des 19. Jahrhunderts. Sie idealisierten das »Weiße, Glatte, Helle«. <sup>32</sup> Postmoderne Architektur muß keine Hygieneprobleme mehr lösen. Sie scheint sich bevorzugt den Bedürfnissen phallischer Repräsentation anzunehmen und »inszeniert« Architektur für ostentativen Konsum. Analog dem »industrial design« soll »urban design« den Marktwert »Stadt« bzw. Urbanität erhöhen. <sup>33</sup> Die Kultivierung von Maßlosigkeit zur würdigen Innenausstattung der Zitadellen, die ihre »symbolischen Entsprechungen« in überdimensionalen Ausmaßen und teuer protzigen Materialien haben und glänzende, häufig »blendende« Effekte hervorrufen sollen, stößt jedoch auf Widerwillen.

<sup>32</sup> Archithese 15 (1985), Themenheft: Sauberkeit – Hygiene, besonders interessant der Beitrag von Geneviève Heller, Weiß, Strahlend, Glatt.

<sup>33</sup> W. Durth, *Die Dramaturgie der Städte. Stadtgestaltung als Show-Business?*, in: *Und hinter der Fassade*, Hrsg. W. Kabisch, Köln 1985.

## IV. Zur Planungssituation

Die bisherige Stadtplanung hat sich überwiegend als Erfüllungsgehilfin der Moderne erwiesen.<sup>34</sup> Es spielte meist keine Rolle, ob die Städte eher von »linken« oder »rechten« Politikern verwaltet wurden: die stadtzerstörerischen »Leitbilder« der Moderne wurden als politisch neutrale, »richtige« technische Handhabung der städtischen Probleme durchgesetzt. Dies war um so eher möglich, je ausgeprägter organozistische Gesellschaftsbilder wie in den 50er und 60er Jahren oder strukturell-funktionale »Systemtheorien«<sup>35</sup> ab den 70er Jahren die sozialwissenschaftlichen Diskussionen prägten. Mit dem Mangel an kritischer Gesellschaftstheorie war auch eine Ausblendung offenkundiger geschichtlicher Zusammenhänge, etwa die Modernitätsbestrebungen der Nationalsozialisten im Bereich der Planung, gegeben. Speziell mit der systemtheoretisch ausgerichteten Gesellschaftswissenschaft setzte sich eine Sprache durch, die sich aufgrund ihrer Abstraktheit gegen Erfahrung sperrt.

Die Erfahrung, die wir alle mit den Städten haben, lehrt uns, daß jede weitere Modernisierung zu ihrem Schaden ist. Angemessen ist darum das Resümee zweier Planer: »Bauen und alles verändern – das ist die Kunst der Spekulanten. Vieles verhindern und (fast) nichts verändern, das ist die Kunst der Stadtplaner!«<sup>36</sup> Als West-Berlin noch im Schatten des »antifaschistischen Schutzwalls« existierte, konnte hier mit gutem Erfolg »behutsame Stadterneuerung« betrieben werden. Trotz der Doppelzüngigkeit mancher Berliner Politiker, dieses Projekt zu preisen und gleichzeitig seine finanzielle Förderung zu hintertreiben, konnte gezeigt werden, daß wesentliche Verbesserungen in der zerstörten Stadtstruktur erzielt werden konnten.<sup>37</sup> Stadtplanung, die sich die Bewohnbarkeit der Städte als oberstes Ziel setzt, muß sich der Moderne widersetzen.<sup>38</sup> Dies bedeutet, die Interessen von Investoren mit den Planungsgrundsätzen, die eine Stadt für die Erhaltung ihrer Bewohnbarkeit für notwendig erhält, zu vermitteln.

Eine »Rezentrierung« der Städte, wie sie vom Initiator der »Charta für die Mitte von Berlin«, Hoffmann-Axthelm, gefordert wird, um die »Peripherie anzubinden«

<sup>34</sup> H. Bodenschatz, Platz frei für das neue Berlin! Geschichte der Stadterneuerung seit 1871, Berlin 1987.

<sup>35</sup> Die sozialwissenschaftliche Systemtheorie wurde durch Talcott Parsons mit dem Werk, *The Social System*, 1951, begründet. Der dort entwickelten Denkweise und Terminologie folgen heute in Deutschland im wesentlichen N. Luhmann, aber auch J. Habermas, dem sich die Systemtheorie »anbot«, als er die marxistischen Grundlagen kritischer Gesellschaftstheorie zu revidieren begann, s. J. Habermas, *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*, Frankfurt/Main 1973, S. 11.

<sup>36</sup> N. Dischkoff / M. Wilkens, Stadtplanung: einfach, Konzepte: gewöhnlich, sieben Pamphlete..., in: Baumeister 8/1978, S. 691.

<sup>37</sup> *Senator für Bau- und Wohnungswesen*, Hrsg., Idee, Prozeß, Ergebnis – Die Reparatur und Rekonstruktion der Stadt, Internationale Bauausstellung Berlin 1987, S. 111ff.

<sup>38</sup> St. Reiß-Schmid / F. Zwisch, Befreiung von der Moderne. Wir brauchen eine Kultur des Städtischen, in: *Bauwelt* 81 (1990) (= *Stadtbaubwelt* 108).

und den städtischen Zusammenhalt zu garantieren,<sup>39</sup> stärkt nur die Zitadellenfunktion. Statt dessen ist die »polyzentrische Stadt« oder auch »Stadt am Stück« gefordert, um die »verätzten Ränder der Stadt«<sup>40</sup> zu heilen. Hinderliche Eigentumsverhältnisse können umgangen werden, wenn in den bereits verstädterten Randgemeinden weitere Stadtergänzungen vorgenommen werden. Dieser Prozeß wird nicht widerspruchlos verlaufen und nur auf dem Wege demokratischer Vermittlung von Planungsgrundsätzen vonstatten gehen. Notwendig ist die »Entfunktionalisierung« bzw. »Enthierarchisierung« der Stadt auch, um die Verkehrsprobleme zu lösen. Es bedarf einer Enthierarchisierung des Straßennetzes, um die Lasten des Verkehrs gleichmäßiger und damit gerechter zu verteilen.<sup>41</sup>

Nur eine annähernd gleichmäßig verdichtete Stadt erlaubt ein tragfähiges öffentliches Transportsystem. Ein enges Netz von gleichrangigen Straßen, die nicht zu Auto- und Rennstrecken taugen, ermöglicht am ehesten die »kleinräumige Mischung von Wohnen und Arbeiten«, die seit den Analysen von Jane Jacobs als die materielle Basis städtischer Substanz erkannt wurde. Da diese »kleinräumige Mischung« auf Eigentumsformen beruhte, die durch die Entwicklung der Moderne beseitigt wurden, müssen sie als Planungsgrundsätze formuliert werden.

Die neuen Planungsgrundsätze, die sich wesentlich an den Formen der vormoderne, nämlich der historischen Stadt ausrichten, werden nicht auf Gegenliebe bei den Großinvestoren stoßen, da deren Interessen die Planungsgrundsätze der Moderne wesentlich besser entsprechen.<sup>42</sup> Deswegen ist den Verfassern der »Charta für die Mitte von Berlin« zuzustimmen, die sich gegen jede Hochhausbebauung aussprechen und stattdessen die Einhaltung der »Berliner Traufhöhe« fordern und die »Parzelle« als grundlegende stadtplanerische Einheit definieren.<sup>43</sup> Nur bei Beibehaltung dieser Formen kann die »kleinräumige Funktionsmischung« als Garant städtischer Substanz geplant werden. Da die meisten der »tertiarisierten« Arbeitsstätten viel wohnverträglich

<sup>39</sup> D. Hoffmann-Axthelm, Bausteine zur Rekonstruktion der Großstadt, in: F. Zwisch / K. Novy, Hrsg., *Nachdenken über Städtebau*, Berlin/Wiesbaden 1991.

<sup>40</sup> Zu diesem Ausdruck wurde ich durch R. Musil, *Der Mann ohne Eigenschaften*, Reinbek bei Hamburg 1952, Kap. 14, S. 48 angeregt: »Hinter den Fenstern dieses Haushalts stiegen die Weinberge mit Gruppen alter Bäume und schiefen Häuschen zu den geschwungenen Wäldern an, aber in der Nähe war alles unordentlich, kahl, vereinzelt und verätzt, wie es ringsum ist, wo sich die Ränder großer Städte ins Land vorschieben.« Diese Beschreibung gilt Wien kurz vor Ausbruch des I. Weltkriegs.

<sup>41</sup> Vielfältige Anregungen dazu wie auch zu Stadterweiterungsmaßnahmen im kleinräumigen Maßstab gibt eine Broschüre des Umlandverbandes Frankfurt, Am Hauptbahnhof 18, 6000 Frankfurt am Main 1, *Das städtische Antlitz einer Region – eine illustrierte Typologie der Entwicklung von Wohn- und Mischbaureserven*, Frankfurt 1990. Verantwortlich für die Konzeption dieser Broschüre: N. Dischkoff.

<sup>42</sup> Dies wird von D. Hoffmann-Axthelm in seiner Artikelserie, *Die vierte Zerstörung Berlins*, *Tagespiegel*, 18., 20., 21., 22. August 1991 so gesehen.

<sup>43</sup> Gruppe 9. Dezember, *Charta für die Mitte von Berlin*, in: *Bauwelt* 82 (1991), S. 562.



licher sind als die Fabrikationsstätten der »sekundären« Produktion,<sup>44</sup> ist die Mischung von Wohnen und Arbeiten durchaus geboten, um die Wege zwischen Wohn- und Arbeitsstätten endlich wieder zu verkürzen und so die weitere Umlandzersiedelung zu bremsen.

Aber nicht nur renditegetriebene Investoren werden ihre partikularen Interessen gegen das städtische Gesamtgefüge wenden, um sie zur Zitadelle ihrer Interessen umzufunktionieren, sondern viele Menschen, die der Stadt bereits den Rücken gekehrt haben, werden um den Erhalt ihrer privilegierten vorstädtischen Lebensformen kämpfen. Sie wollen das gute Getto für sich, das schlechte für die Fremden, vor denen sie sich zunächst durch »Grünzonen« zu schützen versuchen, später vielleicht durch Mauern. Sie verweigern den Ausbau der Stadt und nehmen die Zersiedelung des Umlandes, die unsinnigen Verkehrsströme dafür in Kauf. So ist die Stadt nicht nur vom Zentrum, sondern auch von der Peripherie her bedroht.

Entgegen allen Partikularinteressen, von deren Durchsetzung Wählerstimmen, Schmiergelder, Subventionen, Steuereinnahmen, kurz »privilegierte Einflußchancen«, abhängen, kann die Stadt nur als ganze, als »Stadt am Stück« sinnvoll geplant werden. Als weiteres Hindernis stellen sich oft überholte administrative Grenzziehungen dar, unnötige Verwaltungseinheiten und -parallelitäten, strittige Kompetenzzuordnungen, komplizierte Mittelzuwendungen etc. Das hatten bereits die Verfasser der Charta von Athen gesehen. Auch sind die Stadtverwaltungen in ihren Einnahmen gegenüber der nationalen Zentralverwaltung im allgemeinen finanziell benachteiligt. In Deutschland haben sie aber die Folgekosten der gesellschaftlichen Desintegration zu tragen, die sich aus den ungelösten Widersprüchen der Moderne ergeben, indem sie die Sozialhilfe zu leisten haben.

Zur Stadtplanung als ganzer gehört auch die Landschaftsplanung, Raum- bzw. Regional- oder Umlandplanung. Mit der »totalen Verstädterung« wird sie Teil der Architektur des Städtischen.<sup>45</sup> Ursprünglich war die Natur das Gegenbild der Stadt, und zwar als schreckerregende Wildnis, nicht als glückverheißende Utopie. Erst nach dem Fall der städtischen Befestigungsanlagen im 19. Jahrhundert wurde die Natur in Form von Parks in die Städte integriert. Heute ist sie zur »Grünfläche« verkümmert und durch die industrialisierte Land- und Forstwirtschaft geschunden und kaum als heilsames Gegenbild zur Stadt begriffen.<sup>46</sup> Das »Land« war stets unabhängig von der Entwicklung der Stadt.

Der Gegensatz von Stadt und Land war ohnehin weniger ein geographischer Gegensatz als ein sozialer, ein Gegensatz von Lebensweisen. Die Versöhnung dieser Gegen-

<sup>44</sup> W. Heinz, Stadtentwicklung und Strukturwandel, Stuttgart 1990.

<sup>45</sup> So ist das Konzept »GrünGürtel« für Frankfurt am Main und seine Region zu verstehen, s. dazu verschiedene Beiträge in: Kommune 6/1991, S. 35 ff.

<sup>46</sup> L. Trepl, Ökologische Stadtgestaltung, in: Kommune 9 (1991)

sätze ist darum in erster Linie an die Fähigkeit der Stadt gebunden, Fremdes zu integrieren. Dabei kommt der Architektur eine besondere Rolle zu. Es hängt von den architektonischen Qualitäten ab, ob die öffentlichen Bereiche der Städte in emotional ansprechenden Räumen erlebbar sind. Gute Stadtplanung wird die architektonische Hervorhebung landschaftlicher Elemente innerhalb des Stadtgefüges, wie sie durch See-, Fluß- oder Meeresufer, Berge und Hügel gegeben sind, zu ästhetischen Höhepunkten gemeinsamen Stadterlebens gestalten.<sup>47</sup>

Architektur bzw. Städtebau, der die Menschen respektiert und nicht im Sinne minimalster biologischer Überlebenskriterien als Arbeitstiere kalkuliert, wird das geschichtlich geprägte Wesen des Menschen zum Ausdruck bringen. Ansätze dazu realisieren einige sogenannte postmoderne Architekten bereits, indem sie behutsam die modernen Formen ihrer Gebäude an die Formen der vorhandenen anzugleichen versuchen. Oft ist aber unentschieden, ob postmoderne Ästhetik neuem Protz im Innenausbau der Zitadelle dient, oder ob sie sich in den Dienst der historisch gewordenen Stadt stellt.

Um die Städte bewohnbar zu erhalten, bedarf es ausreichenden Wohnraums für alle Teile der Bevölkerung, nicht nur für diejenigen, die im gegenwärtigen Auslese- und Konkurrenzverfahren erfolgreich bestehen. Das »freie Spiel der Kräfte« nach marktwirtschaftlichen Vorgaben hat sich bei der Wohnungsversorgung nur höchst unvollkommen bewährt, da ein funktionierender Wohnungsmarkt die Knappheit von Wohnraum voraussetzt; denn der Investitionsstop setzt bereits vor der Marktsättigung ein.<sup>48</sup> Das heißt soziales Elend als gesellschaftlichen Normalzustand eines bestimmten Prozentsatzes der Bevölkerung bewußt zu kalkulieren.

In den Wohnkrisen nach den beiden Weltkriegen wurden nicht-marktwirtschaftliche Förderungswege beschritten, um der Wohnungsnot rasch abzuhelpfen. Auch heute besteht eine Situation erneuter Wohnungsnot, von deren Lösung die Zukunft des Städtebaus in Deutschland abhängt. Denn wenn ausreichender Wohnraum für Normalverdienende in der Stadt unbezahlbar wird, werden sich die Teile der Stadtregion weiter »segregieren« und das Verkehrsaufkommen steigen, weil die Menschen auf Kosten der Umwelt und ihrer eigenen Lebenszeit immer längere Pendlerwege in Kauf nehmen, um sich eine Lebenswelt zu sichern, in der Kinder ohne Gefährdung aufwachsen können. Die immer noch staatlich geförderte Subventionierung des meist stadtfernen Eigenheimwohnbaus fördert Zersiedelung und Vereinzelung.

Das Modell genossenschaftlichen Wohnungsbaus, das nach dem I. Weltkrieg mit-

<sup>47</sup> A. Speer, Zielvorstellungen für die Gestaltung des engeren Verdichtungsraumes Rhein-Main bis zum Jahr 2000, Referat vor der RVP beim Regierungspräsidenten in Darmstadt am 17. 5. 1991 in Frankfurt/Main, S. 6, beleuchtet das Thema nur sehr kurz unter dem Stichwort »Freizeitwerte«. Im sog. Speer-Gutachten zur Entwicklung der Frankfurter Region wird der Main als »landschaftlich prägendes Element« für die Planung hervorgehoben, s. FAZ vom 15. 2. 1991.

<sup>48</sup> R. Becker, Grundzüge der Wohnungspolitik in der BRD seit 1949, in: ARCH + 57/58, 1981.

tels staatlicher Förderung vorankam, sowie der direkt subventionierte staatliche Wohnungsbau nach dem II. Weltkrieg haben zu bürokratischen Verwaltungsstrukturen geführt, die einer erschreckenden Tendenz zu Vandalismus und Verwahrlosung moderner Großwohnanlagen Vorschub leisteten. Insofern sind selbstverwaltete Wohnprojekte wie sie in den 20er Jahren erfolgreich waren, jedoch von den Nationalsozialisten außer Kraft gesetzt wurden,<sup>49</sup> erneut zu fördern, weil sie die Verantwortung des einzelnen für seine Wohnverhältnisse stärken.

Da anonyme Verwaltungsstrukturen Desinteresse und Verwahrlosung begünstigen, ist gerade auch bei großen Stadterneuerungs- und -planungsvorhaben auf die Gründung klar definierter Trägergesellschaften zu dringen, in denen die Betroffenen vor Ort eine Adresse und einen Raum haben, um ihre Erfahrungen und Wünsche zu artikulieren. Auf jeden Fall sind die Rechte der Nutzer, d. h. der Mieter zu stärken, da es von ihrem Gefühl von Sicherheit abhängt, inwieweit sie sich um die Erhaltung ihrer Wohnwelt aktiv einsetzen.

#### V. »Alles schön und gut, aber dafür ist kein Geld da!«

Es steht außer Zweifel, daß die kapitalistische Variante der Modernisierung der menschlichen Gesellschaften zur Schaffung ungeahnter Reichtümer führt. Allerdings ist dieser Reichtum äußerst ungleich verteilt. Dem Reichtum privater Haushalte steht selbst in den entwickelten Ländern eine bedauerliche Armut der öffentlichen Haushalte gegenüber.<sup>50</sup> Jüngsten Zeitungsberichten zufolge lebt jeder 10. US-Bürger von Lebensmittelpunkten. Das reichste Land dieser Erde hat kein Interesse, der Armut im eigenen Lande Herr zu werden. Die Zerstörung riesiger städtischer Areale wird offenbar als unvermeidliche Begleiterscheinung des Modernisierungsprozesses von der Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung hingenommen, die sich lieber an nationalen Größenphantasien berauscht, anstatt sich der Realität zu stellen.<sup>51</sup> Nicht einmal ausreichender Krankenversicherungsschutz konnte in den USA für die gesamte Bevölkerung erreicht werden, von den Versäumnissen behutsamer Stadterneuerung zu schweigen.

Europa ging einen anderen Weg, weil die politischen Spannungen, die sich am Ende des 19. Jahrhunderts zu einer Machtfrage verschärft hatten, Sozialpolitik als geeignetes Mittel zur Befriedung des Klassenkonflikts empfahlen. Zunächst aus politischem Kalkül eingesetzt, hat sich Sozialpolitik auch als sinnvolles Instrument des Ausgleichs von Konjunkturschwankungen erwiesen, weil sie die Kaufkraft der Bevölkerung in

<sup>49</sup> K. Novy / G. Knacke, Vom deutschen Verein für Wohnungsreform zum Wohnbund, genossenschaftlicher Wohnungsbau damals und heute, in: W. Kabisch (s. A 33).

<sup>50</sup> J. K. Galbraith, Gesellschaft im Überfluß, München/Zürich 1964, amerikanisch 1958.

<sup>51</sup> L. de Mause, Reagans Amerika, Frankfurt/Main 1987, amerikanisch 1984.

Zeiten des Abschwungs stützt. Jedoch haben die öffentlichen Ausgaben für sozialpolitische Programme den Nachteil, daß sie nicht »wertschaffend« sind. Sozialpolitik bestand einerseits in einer geschickten Umverteilungspolitik von Risiken, wie sie aus der industriellen Produktion erwachsen (Unfallversicherung), andererseits in der Institutionalisierung von Solidargemeinschaften, die aus der Arbeiterbewegung kamen (Krankenkassen). Die durch sie geschaffenen Institutionen standen zunächst außerhalb des kapitalistischen Verwertungszwangs und hatten die Funktion von Unfall- bzw. Krankheitsprävention. Zunehmend zeigt sich, daß die sozialen Strukturen dieser Institutionen ungeeignet sind, mit den Problemen, zu deren Lösung sie geschaffen wurden, fertig zu werden. Besonders deutlich ist das im Gesundheitsbereich, dessen volkswirtschaftliche Gesamtkosten zu einer immer größeren Belastung für die Einkommen der arbeitenden Bevölkerung werden.

Nun kann argumentiert werden, daß unproduktive und verschwenderische Wirtschaftsbereiche durchaus zur Logik der kapitalistischen Wirtschaftsordnung gehören, da allzu reichliche Versorgung die Erneuerungs- und Modernisierungsimperative hintertreiben und die notwendige Investitionsbereitschaft lähmen könnte. Die Verschwendung und Vernichtung von lebensnotwendigen Ressourcen wird für das System um so dringender, je mehr Wohlstand, bzw. Überfluß an Konsumgütern erreicht ist. In diesem Sinne »funktional« sind die Ausgaben für Auf- und Abrüstung oder Weltraumfahrten. Auch chronische Wohnungsnot ist dann »systemfunktional«. Ähnlich ist es mit der Vernichtung von Nahrungsmitteln bei gleichzeitigen Ertragssteigerungen durch Pestizide.

Je knapper die Arbeitsplätze und je teurer die Mieten werden, um so mehr Obdachlose werden »produziert«. In Berlin sind z. Zt. ungefähr 7500 Obdachlose registriert, die Gesamtzahl wird von manchen Wohlfahrtsverbänden auf 20000 geschätzt. Steigende Sozialmieten bringen immer mehr Menschen in Abhängigkeit von der Sozialhilfe. Für den Wohnungsmarkt ist Wohnungsnot »gesund«. Darum fordern manche Vertreter der privaten Wohnungswirtschaft, daß das Mietrecht, das den Mieter schützt, gelockert werde und auch Sozialmieter endlich höhere Mieten zu zahlen haben, damit die Rentabilität für den Wohnungsneubau gesichert sei. Allerdings wissen die Experten der privaten Wohnungswirtschaft genauso gut, daß der Hauptauftraggeber die »öffentliche Hand« und nicht der private Bauherr ist.

Der Druck auf dem Wohnungsmarkt macht viele Anstrengungen zunichte, Sozialhilfeempfänger, die durch Krankheit oder belastende Lebensereignisse aus der Bahn geworfen wurden, wieder in das gesellschaftliche Leben zu integrieren. Zwischen den Wohnungsmarkt und die Rehabilitationseinrichtungen und Obdachlosenheime schiebt sich ein »Übergangsmarkt« von sog. Billigpensionen, die man präziser als »Läusepensionen« bezeichnet.<sup>52</sup> Allein in Berlin werden über Sozialhilfe etwas mehr

<sup>52</sup> Th. Specht (Hrsg.), Wohnungsnot in der Bundesrepublik Deutschland, 1987.

als die Hälfte der gut 5000 Plätze für Obdachlose in Läusepensionen vermittelt. Pro Bett wird im Durchschnitt 30,- DM für eine Nacht verlangt, für ein Einzelzimmer in einer solchen Pension ungefähr 80,- DM. Ähnlich wie die Wohngeldzahlungen für normal Geringverdienende haben die Verwendungen von Sozialhilfegeldern für Läusepensionen den Effekt einer staatlichen Förderung von Mietwucher.

Dies kann kaum als Empfehlung für sinnvolle Politik gelten. Trotzdem wird seit 1989 mit der Aufhebung der »Gemeinnützigkeitsklausel« bei den einst genossenschaftlichen Wohnungsbaugesellschaften der Anteil des gemeinnützig gebundenen Wohnungsbaubestandes verringert und entsprechend mehr Wohnungen zu »marktwirtschaftlichen« Preisen freigegeben. Gerade im wiedervereinigten Deutschland wird unbeirrt auf Marktwirtschaft beim Wohnungsbau gesetzt. Eines der wirksamsten Rezepte der »Anleitung zum Unglücklichsein«<sup>53</sup> ist damit zum politischen Programm erhoben worden: »Mehr desselben!« Die freie Marktwirtschaft hat im Bereich Wohnungsversorgung – von Luxuswohnungen einmal abgesehen – versagt, also »mehr derselben!«

Nicht mehr Marktwirtschaft ist gefordert, sondern mehr und andere Formen von Sozialpolitik. Sie ist von ihren letzten karitativen und verschwenderischen Zügen zu befreien. Anstatt Sozialhilfeempfänger zu passiven Objekten staatlicher Wohlfahrt zu machen und sich über ihre »Anspruchshaltung« und Apathie zu ärgern, sind sie als Menschen zu sehen, die an Behinderungen leiden oder an Konflikten zerbrechen, die jedermanns Schicksal sein können und deren Geschichte es zu verstehen gilt. »Hilfe zur Selbsthilfe« ist darum das Motiv von Sozialarbeit im Gegensatz zu »Staatscaritas« und Fürsorge.

Kein materieller Faktor hat eine so wichtige stabilisierende Funktion wie die Verfügung über eine Wohnung, ein sicheres Zuhause. Die Rehabilitation von psychisch Kranken setzt bei der Führung eines eigenen Haushalts an. Anstatt Menschen in Obdachlosenheime und andere Asyle zu stecken, wo sie sinnlosen und zerstörerischen Belastungen ausgesetzt sind, sollten sie unter fachkundiger Anleitung die Möglichkeit erhalten, sich das Dach über dem Kopf selbst schaffen oder mitschaffen zu können. Das Selbsthilfepotential der gesellschaftlich Deklassierten ist größer als es in der gegenwärtigen Politik erscheint. Die rehabilitative Beschäftigung von Menschen in Not kann nur freiwillig geleistet werden, nicht als Zwangsarbeit; ihre Prämie ist der Erwerb sicherer Nutzungsrechte. Unsinnig ist es, menschliches Leben und Kreativität durch verschiedene Formen der Lagerhaltung oder Kasernierung in »totalen Institutionen« (E. Goffman) verkümmern zu lassen oder gänzlich zu zerstören.

Bereits in den 70er Jahren wurden leerstehende Häuser von jungen Menschen, häufig Studenten, besetzt. Zunächst wollten sie billigen Wohnraum erhalten; zunehmend fordern sie aber Raum für alternative Lebensweisen. Noch 1990 kam in Berlin die Re-

<sup>53</sup> P. Watzlawick, *Anleitung zum Unglücklichsein*, München 1988, amerikanisch 1983.

gierung über solche »Häuserkämpfe« zu Fall. Stets scheint die »herrschende Grundordnung«, auf jeden Fall aber die Eigentumsordnung auf dem Spiel zu stehen. Ob aber die »Grundordnung« oder gar die »Weltwirtschaftsordnung« zusammenbrechen würde, wenn die Wohnungsproduktion aus den Fesseln von Verkaufszwängen entlassen würde, ist fraglich. Würde mit Hilfe staatlicher Sozialhilfe und gesellschaftlichem Selbsthilfepotential mehr preiswerter Wohn- und auch Gewerberaum entstehen, so müßte in der Tat die private Wohnungswirtschaft schrumpfen. Das ist kein Schade, wenn trotzdem gebaut wird.

Da es mit fortschreitender Automatisierung der Produktion zu mehr Arbeitslosen oder kürzeren Arbeitszeiten kommen wird, ist die Wohnungsproduktion als sozialpolitische Maßnahme eine Möglichkeit für den einzelnen, sich produktiv an der Gestaltung der Umwelt zu beteiligen. Damit käme auch das von Stadtplanern heute so gerne beschworene Nutzerinteresse wirklich zum Zuge. Erfolgreiche Ansätze einer rehabilitativen Sozial- und Baupolitik hat es bei der »behutsamen Stadterneuerung« in Berlin-Kreuzberg in den 80er Jahren gegeben.<sup>54</sup> Ihre schwierigsten Aufgaben lagen in der Aktivierung der Betroffenen und der Vermittlung gegensätzlicher Interessen. Das jeweils vorhandene Selbsthilfepotential ist durch Verhaltensweisen gestört, die der Logik von herrschaftskonformem Verhalten entsprechen: konfliktscheue Fügsamkeit auf der einen Seite und unverschämte Anspruchshaltung auf der anderen. Erfolgreiche rehabilitative Arbeit schließt das mühsame Erlernen wirklich demokratischer Umgangsformen ein.

Natürlich kann nicht sämtliche Wohn- oder Gewerberaumproduktion bzw. -instandhaltung auf dem Wege einer sozialpolitisch begründeten Rehabilitation bewältigt werden. Für rasche Abhilfe können nur Maßnahmen auf dem sog. 1. Förderungsweg, d. h. direkte staatliche Wohnungsbau-Unterstützung, sorgen. Natürlich müssen im sozialen Wohnungsbau auch phantasievollere und preisgünstigere Wege beschritten werden, um die zu DIN-Normen geronnenen preistreibenden Bestandswahrungsinteressen der Bauindustrie durch neue Qualitätskriterien und Gutachterverfahren zu ersetzen.<sup>55</sup>

Der Aufbau von Verwaltungsstrukturen bzw. Vermittlungsagenturen, die die staatlichen Wohnbauprogramme mit Selbsthilfeaktivitäten verknüpften, ist ein Geschäft eigener Art. Es ist an die Diskussion über Stadtplanungsgrundsätze zu binden, an der auch Investoren zu beteiligen sind. Bereits heute werden für größere Stadterneue-

<sup>54</sup> (s. A 37), IBA-Bericht 1987 und auch die Diplomarbeit von C. Able, *Stadterneuerung und Bewohnerstruktur – dargestellt am Beispiel eines Kreuzberger Sanierungsgebietes*, Okt. 1991, Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Berlin.

<sup>55</sup> Ein paar sehr einleuchtende Beispiele solcher Hindernisse sowie Vorschläge zu ihrer Abhilfe bringt M. Wilkens, *Stand der Technik – Stillstand der Technik! Über den Zwangskonsum im Sozialen Wohnungsbau und wie man ihn unterlaufen könnte*, Vortrag in einer Veranstaltungsreihe des Wohnbundes, gehalten im Haus des Werkbundes in Frankfurt am Main am 5. 11. 1991.

rungs- und -planungsvorhaben Trägergesellschaften gefordert oder auch begründet, in denen nicht nur verschiedene Verwaltungszweige (Bauen/Wohnen, Verkehr, Umland, Finanzen) neben den Investoren beteiligt sind, sondern auch Personen der interessierten Öffentlichkeit und Fachöffentlichkeit. Es ist notwendig, daß sich Investoren an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben beteiligen.<sup>56</sup> In solchen bestehenden oder neu zu schaffenden politischen Organen könnte sich vielleicht »Demokratie als Bauherr« (Arndt) zum ersten Mal wirklich entfalten.

Diese Überlegungen<sup>57</sup> entspringen dem Wunsch, daß die Städte sich nicht zurückbilden zu Zitadellen, die von gesichtslosen Gettos und dröhnendem Autoverkehr umgeben sind. Die zunehmende Unwirtlichkeit der Städte oder gar der Tod ganzer Stadtteile durch falsche Planungen entspricht der Gefahr totalitärer Verhältnisse in der Moderne. Im Totalitarismus sollen sich die Menschen wie mechanisch funktionierende Teilchen gegenüber dem großen Ganzen verhalten und ihre Lebensinteressen den über sie gestellten Zielen opfern. In den selbst geschaffenen Räumen innerhalb der Städte haben sie die Chance, zu sich selber zu finden.

<sup>56</sup> Metropole Berlin: Politische Empfehlungen des Landes Berlin 1990–1995, 33 Empfehlungen, in: Bauwelt 82 (1991).

<sup>57</sup> Diese Überlegungen wären nie zustande gekommen, wenn Hannelore Schneider, Frankfurt am Main, mir nicht einen Auftrag dazu erteilt hätte. Sie dienten der Vorbereitung zu einem Hearing der Grünen im Römer in Sachen Frankfurter Stadt- und Regionalplanung am 29. 11. 1991.

Mechtilde Kißler / Josef Eckert

## Vom Arbeiterquartier zum Szenestadtteil

*Die Entstehung eines innerstädtischen Kölner Wohnviertels nach Abschluß der Urbanisierung*

1. Vorgeschichte: Vom landwirtschaftlichen zum städtischen Raum – 2. Fragestellung und Methodik – 3. Die Herausbildung der »natural area« Südstadt – 4. Die soziale Binnendifferenzierung des Untersuchungsgebietes – 5. Der soziale Raum: Vom Quartier zum Stadtteil?

»Die Südstadt« bezeichnet im heutigen Köln ein attraktives innerstädtisches Wohnviertel mit vielschichtigem Symbolgehalt. Sie steht – im Zusammenhang mit der Bezeichnung Severinsviertel und ihrer kölschen Version Vringsveedel – für traditionelles kölsches Milieu ebenso wie für alternative Szene, in beiden Fällen jeweils auch Assoziationen an ausländische Bewohner beinhaltend. Multikulturelle und multiethnische Bevölkerung einerseits und eine klare Abgrenzung des Wohnviertels von seinem Umfeld andererseits sind jedoch erst das Ergebnis jüngerer Entwicklungen. Gleichzeitig fußt die multikulturelle Gegenwart des Viertels auf der sozialstrukturellen Heterogenität seiner Vergangenheit. Um die Entstehung dieses sozialen Raumes nachzuzeichnen, wurde, ausgehend von der Raumstruktur nach Abschluß der Urbanisierung, die Entwicklung eines weiter gefaßten Untersuchungsgebietes betrachtet, innerhalb dessen sich »die Südstadt« herausbildete.<sup>1</sup>

### 1. Vorgeschichte: Vom landwirtschaftlichen zum städtischen Raum

Bis ins 19. Jahrhundert war der Bereich südlich der heutigen Kölner City bis zur mittelalterlichen Stadtmauer überwiegend Obst- und Weinanbaugebiet gewesen, wo Klö-

<sup>1</sup> Das Projekt wurde 1987–1988 im Rahmen des Schwerpunktes »Historisch-sozialwissenschaftliche Stadtforschung« von der Stiftung Volkswagenwerk gefördert und in Kooperation zwischen der Gesellschaft für präventive Sozialpolitik e.V. (Wuppertal) und dem Institut zur Erforschung und Analyse gesellschaftlicher Entwicklungen (Köln) auf der Grundlage einer explorativen Vorstudie ausgeführt (J. Eckert und M. Kißler, Stadtkultur im Wandel. Zur Entstigmatisierung eines Kölner Stadtviertels, Unveröff. Diplomarbeit, Wuppertal 1984; dies., Etikettierungsprozesse und Figurationswandel der Kölner Südstadt von 1926–1986. Zur Herausbildung eines heterogenen Lebensraumes und subkultureller Koexistenz unterschiedlicher Lebensweisen in einem innerstädtischen Wohngebiet. Unveröff. Forschungsbericht, Wuppertal/Köln 1989; M. Kißler und J. Eckert, Multikulturelle Gesellschaft und Urbanität – Die soziale Konstruktion eines innerstädtischen Wohnviertels aus figurationssoziologischer Sicht, in: Migration 8 (1990), S. 43 ff.). Für Rat und Kritik bei unserer Arbeit schulden wir Aldo Legnaro Dank.

ster und Stifte karitativ wirkten.<sup>2</sup> Lediglich der nördliche Teil war schon seit dem Mittelalter stärker zu Wohnzwecken, insbesondere durch ärmere Bevölkerung, genutzt worden.

Ganz überwiegend wurde das im Bereich der heutigen südlichen Innenstadt gelegene Untersuchungsgebiet im Verlauf von etwa 100 Jahren dicht besiedelt. Sein Altstadtteil entwickelte sich im Laufe des 19. Jahrhunderts sehr rasch im Zuge der Industrialisierung mit entsprechender Bevölkerungszunahme zum städtischen Wohngebiet. Ab dem Beginn der 30er Jahre kam es verstärkt zu privatem Wohnungsbau mit einem ersten Bauboom bis Mitte der 40er Jahre.<sup>3</sup> Nur noch geringe Zuwächse erbrachte ein zweiter Boom Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre. Man baute vorwiegend das dreigeschossige Kölner Dreifensterhaus, jedoch zunehmend nicht mehr in der traditionellen Weise als Einfamilienhaus, einschließlich eines Arbeitsbereiches für das Geschäft oder Handwerk, sondern als Mehrfamilienhaus insbesondere mit Arbeiterkleinwohnungen.

Parallel zur Wohnnutzung entfaltete sich gewerbliche Nutzung unterschiedlicher Größenordnung. 1853 nahm die Kölner Baumwollspinnerei und -weberei ihre Produktion im Osten des Untersuchungsgebietes an der mittelalterlichen Umwallung auf. Die ab 1871 in der Nähe errichtete Schokoladenfabrik Stollwerck sollte den Raum bis in die 70er Jahre des 20. Jahrhunderts prägen. Schon 1918 erwarb die Firma das Gelände der Kölner Baumwollspinnerei und -weberei hinzu und konnte sich so bis zum Rhein ausdehnen. Im Westen ist die Firma Felten und Guilleaume zu erwähnen. Beide Unternehmen traten auch beim Bau von Arbeiterwohnhäusern in Erscheinung.

Eine für den Charakter des sozialen Raumes zentrale kommunale Infrastrukturmaßnahme kam schließlich im Osten am Rhein hinzu. Mitte des Jahrhunderts wurde die Rheininsel »Werthchen« – bis dahin ein Ausflugsziel und Naherholungsgebiet – zum Hafen ausgebaut. 1898 erfolgte die Inbetriebnahme des erheblich erweiterten Rheinauhafens als Kölner Handelshafen (Karte 1). Mit dieser Bekräftigung der »Ungunstlage«<sup>4</sup> der südlichen Altstadt wurde ein weiterer Anziehungspunkt für ungelernete Arbeitskräfte geschaffen.

Im Zuge dieser Entwicklung bewohnten – neben der in geringerem Maße ansässigen traditionellen bürgerlichen Bevölkerung – vorwiegend Arbeiter den Altstadtteil des Untersuchungsgebietes in teilweise völlig überfüllten Kleinwohnungen, deren mangelnde hygienische Verhältnisse nur zum Teil durch den Bau eines Volksbades auf-

<sup>2</sup> F. Sack, Stadtgeschichte und Kriminalsoziologie, in: K. Lüderssen und F. Sack (Hrsg.), Seminar: Abweichendes Verhalten I, Frankfurt/M. 1975.

<sup>3</sup> K. v. Eyll, Wirtschaftsgeschichte Kölns vom Beginn der preußischen Zeit bis zur Reichsgründung, in: H. Kellenbenz (Hrsg.), Zwei Jahrtausende Kölner Wirtschaft Bd. 2, Köln 1975.

<sup>4</sup> B. Fritzsche, Mechanismen der sozialen Segregation, in: H. J. Teuteberg (Hrsg.), Homo habitans. Zur Sozialgeschichte des ländlichen und städtischen Wohnens in der Neuzeit, Münster 1985.

gefangen werden konnten. Die Pfarreien sowie weitere kirchliche Institutionen blieben wichtige Träger sozialer Infrastruktur.

Der weitere Bevölkerungszuwachs während der Urbanisierung erforderte schließlich die Stadterweiterung. Im Verlauf der 80er Jahre begann nach Schleifung der mittelalterlichen Stadtmauer der Bau der Neustadt<sup>5</sup> und damit auch des Neustadtteils des Untersuchungsgebietes. Von der Altstadt durch breite Ringstraßen getrennt, die als Barrieren an die Stelle der Stadtmauer getreten waren, entstand bis in die ersten drei Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts das neue Stadtgebiet.

Generell wurden in der Neustadt vierstöckige Mietskasernen unterschiedlicher Art erstellt: »die Arbeiter-Mietkaserne, die sozial gemischte und die herrschaftliche Mietkaserne. Die typische Arbeiter-Mietkaserne war vor allem im südlichen Teil des Neustadtgebietes ... zu finden.«<sup>6</sup> Gleichwohl entstanden hier auch die beiden anderen Typen.<sup>7</sup> Darüber hinaus wurde an der Parkanlage »Volksgarten« am westlichen Rand des Untersuchungsgebietes ein Villenviertel errichtet.

Analog zur heterogenen Bevölkerungs- und Wohnungsstruktur setzten Infrastruktureinrichtungen von überlokaler Bedeutung gegensätzliche Akzente (Karte 1). Während im Osten auf dem Ubierring Vorläufer der späteren Kölner Werkschulen und der Ingenieurschule, das Völkerkunde Museum sowie am Römerpark im Jahre 1919 die Universität plazierte wurden, entstanden im Bereich um die Elsaßstraße Wasser- und Elektrizitätswerk, Müllabfuhr und Feuerwache. Zum Rheinauhafen kam unmittelbar jenseits der südlichen Grenze der Neustadt der Güterbahnhof als zusätzlicher Anziehungspunkt für Unternehmen des Speditionsgewerbes und Arbeitsmarkt für Ungelernte hinzu. Der damit verbundene Eisenbahngürtel, ab 1910 mit der Südbrücke über den Rhein führend, begrenzte das Untersuchungsgebiet schließlich im Süden ähnlich wie die Hafenanlagen im Osten.

Den Neustadtteil des Untersuchungsgebietes bevölkerten somit Arbeiter und bürgerliche Bewohner. Er umfaßte einerseits mit dem Gebiet um die Elsaßstraße das »geschlossene Arbeiterwohngebiet par excellence«,<sup>8</sup> wie auch andererseits mit dem Villenviertel sowie den Ringstraßen Wohngebiete, welche zumindest bis zur Jahrhundertwende als erste Adressen Kölns anzusehen waren.

<sup>5</sup> F.-W. Henning, Die Stadterweiterung unter dem Einfluß der Industrialisierung (1871–1914), in: H. Kellenbenz (s. A 3).

<sup>6</sup> K. Jasper, Der Urbanisierungsprozeß, dargestellt am Beispiel der Stadt Köln, Köln 1977, S. 120.

<sup>7</sup> Vgl. auch L. Lenz, Die Mietkaserne in Köln, Bonn/Leipzig 1930.

<sup>8</sup> R. Conrad, Die Kölner Neustadt. Eine wirtschafts- und sozialgeographische Untersuchung. Unveröff. Diss. Köln 1955, S. 231.

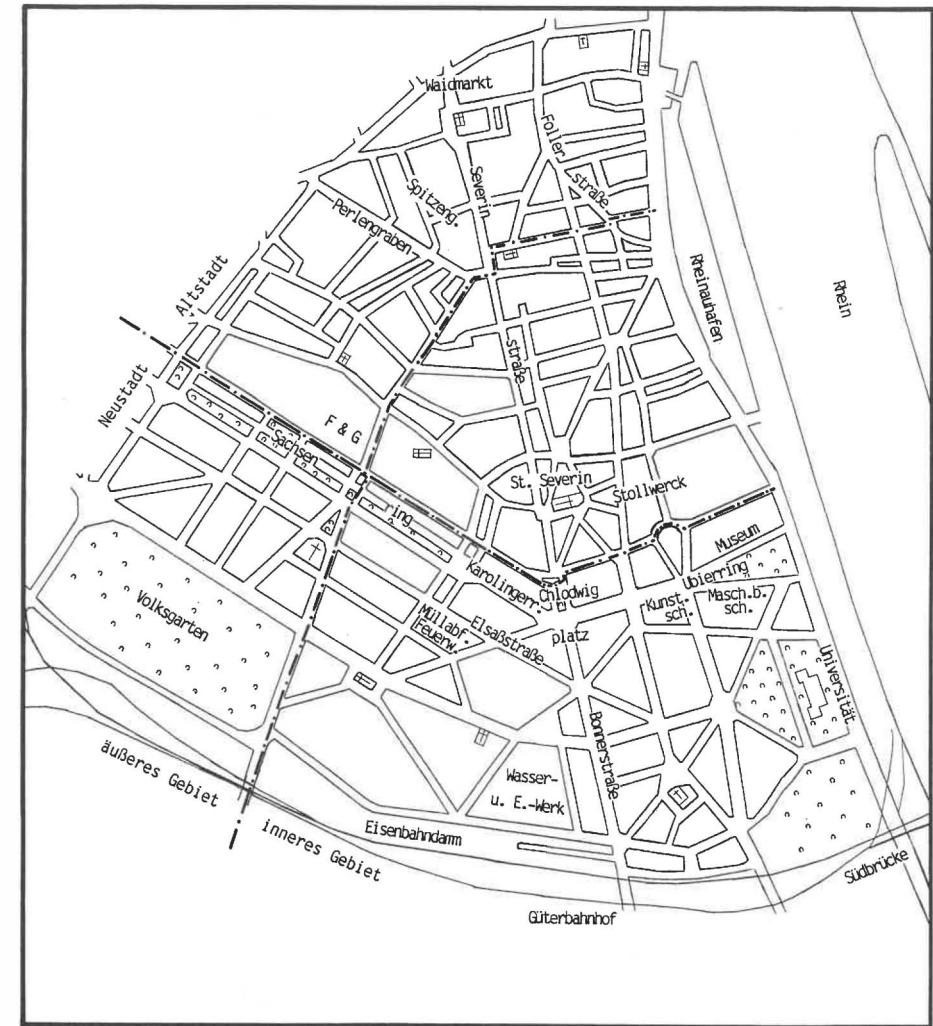
## 2. Fragestellung und Methodik

Während für die Zeit nach Abschluß der Urbanisierung<sup>9</sup> noch von ausgeprägten Unterschieden zwischen Alt- und Neustadt ausgegangen werden konnte, wurde für die Gegenwart eine klare Differenzierung zwischen der Südstadt und ihrem Umfeld angenommen. Es liegt ein Überdauern kleinräumiger sozialer Segregation durch eine fortgesetzte, aber gewandelte Heterogenität der Bevölkerung vor, die neben traditionell ansässigen Bewohnern ausländische Migranten einerseits – insbesondere Türken und Italiener – und Mitglieder einer »alternativen Szene« andererseits umfaßt.

Um die Entwicklung zur gegenwärtigen Südstadt als einer sozialökologischen Einheit im Sinne einer »natural area«<sup>10</sup> nachzeichnen zu können, war die Längsschnittanalyse eines sie umfassenden größeren Raumes erforderlich. Den zeitlichen Ausgangspunkt bildete mit der Mitte der 20er Jahre ein Zeitpunkt, zu dem einerseits die Entwicklung zum städtischen Raum fast völlig abgeschlossen, andererseits seine ursprüngliche sozial- und infrastrukturelle Heterogenität noch gegeben war.

Die östliche und südliche Grenze sind mit dem Rhein und dem Eisenbahndamm als natürliche Barrieren unmittelbar gegeben, während die Bestimmung der westlichen und nördlichen<sup>11</sup> nach den Kriterien Nutzung und soziale Zusammensetzung erfolgte.<sup>12</sup> Die Entwicklung in diesen Bereichen war durch massive Kriegszerstörungen sowie tiefgreifende Veränderungen in der Nachkriegszeit durch Tertiarisierung und Errichtung von Verkehrsinfrastruktur gekennzeichnet. So umfaßt die heutige »natural area« Südstadt innerhalb des Untersuchungsgebietes einen Bereich, der im Osten und Süden von Rhein und Bahndamm, im Westen und Norden von breiten Verkehrswegen<sup>13</sup> deutlich eingegrenzt und vom Umfeld abgetrennt wird.

Wir untersuchten die Herausbildung dieser »natural area«, indem wir für einzelne Untersuchungszeitpunkte zwischen 1925 und 1988 das gesamte Untersuchungsgebiet jeweils zweimal in zwei Teilgebiete unterteilten (Karte 1), zum einen entlang der Grenze zwischen Alt- und Neustadt und zum anderen entlang der Grenze zwischen



Karte 1: Das Untersuchungsgebiet 1925.

der heutigen »natural area« Südstadt (inneres Gebiet) und seinem Umfeld (äußeres Gebiet). Erwartet wurde eine Ablösung der Strukturierung des sozialen Raumes entlang der erstgenannten durch eine solche entlang der letztgenannten Grenze ab der Nachkriegszeit, vor allem im Verlauf der Suburbanisierung<sup>14</sup> (Kap. 3).

<sup>14</sup> B. Rhode, Die Verdrängung der Wohnbevölkerung durch den tertiären Sektor. Strukturwandel in citynahen Stadtgebieten in Hamburg und Frankfurt/M. 1961–1970, Hamburg 1977; M. Riege, Räumliche Strukturen sozialer Ungleichheit. Soziale Besetzung, Wohn- und Infrastrukturbedingungen in den Stadtbezirken Kölns, Köln 1977.

<sup>9</sup> J. Reulecke, Geschichte der Urbanisierung in Deutschland, Frankfurt 1985.

<sup>10</sup> R. E. Park, The City: Suggestions for the Investigation of Human Behavior in the Urban Environment, in: R. E. Park / E. W. Burgess / R. D. McKenzie, The City, Chicago / London 1967; R. D. McKenzie, The Ecological Approach to the Study of the Human Community, in: ebda.; R. E. Park, Die Stadt als räumliche Struktur und als sittliche Ordnung, in: P. Atteslander und B. Hamm (Hrsg.), Materialien zur Siedlungssoziologie, Köln 1974; R. D. McKenzie, Konzepte der Sozialökologie, in: ebda.

<sup>11</sup> Eifelstraße, Waisenhausgasse, Blaubach, Mühlenbach, Filzengraben.

<sup>12</sup> Vgl. E. Utecht, Wirtschafts- und Sozialtopographie der Alt- und Neustadt von Köln, Köln 1929; E. Michel, Die Kölner Altstadt vor und nach der Zerstörung, in: Berichte zur Deutschen Landeskunde 14 (1955 a), S. 51 ff.; dies., Die Altstadt von Köln und ihr Wiedererwachen nach der Zerstörung. Eine wirtschafts- und sozialgeographische Untersuchung, Remagen/Rh. 1955 b; R. Conrad (s. A 8).

<sup>13</sup> Vorgebirgsstraße, Nord-Süd-Fahrt, Severinsbrücke.

Aufgrund der vergleichsweise geringen baulichen Veränderungen des inneren Gebiets wurde dort eine Kontinuität der Binnendifferenzierung des sozialen Raumes und ihre Fortsetzung in der Einwanderung von Ausländern vornehmlich in alte Arbeitergebiete und von Alternativen schwerpunktmäßig in ehemalige bürgerliche Straßen vermutet. Zur Überprüfung dieser Annahme verfolgten wir die Entwicklung des Untersuchungsgebietes differenziert nach Subgebieten, welche auf der Grundlage der sozialstrukturellen Gliederung der einzelnen Straßen zum Zeitpunkt 1925 gebildet und weitgehend konstant gehalten wurden (Kap. 4).

Beide Fragestellungen thematisieren in jeweils entgegengesetzter Weise die Bedeutung von strukturellen Aspekten für die langfristige Entwicklung des sozialen Raumes. Während im ersten Fall untersucht wird, wie sich massive städtebauliche Veränderungen auf die (Re-)Konstruktion der Raumeinheit auswirken, fragen wir im zweiten danach, inwieweit das Fehlen solcher Veränderungen sich langfristig in sozialstruktureller Kontinuität und »Revitalisierung« sozialer Muster niederschlägt.<sup>15</sup>

Die Analyse der »natural area« als sozialem Raum macht die Erweiterung der traditionellen sozialökologischen Betrachtung der »morphologischen Außenseite«<sup>16</sup> notwendig und bezieht den Aspekt der sozialen Beziehungen mit ein, erfaßt durch Verhaltens- und Sinnstrukturen.<sup>17</sup> Da die Entstehung einer geographisch und sozial abgetrennten, dennoch sozial differenzierten Raumeinheit allein noch nichts darüber aussagt, ob sich ein zusammengehöriger als Gesamtheit durchlebter Stadtteil entwickelte, wurde nach Hinweisen auf eine Abnahme kleinräumiger Orientierung zugunsten großräumiger in der neu entstehenden (Alt- und Neustadtteile umfassenden) Raumeinheit gesucht. Ein enger Zusammenhang kann mit der Konzentration der Einkaufsläden gesehen werden.<sup>18</sup> Technische und wirtschaftliche Entwicklungen führten gleichzeitig insbesondere seit den 60er Jahren zu einer Differenzierung der Bezie-

<sup>15</sup> Unterstützt durch städtische Sanierungsmaßnahmen: H. J. Kujath, Reurbanisierung? – Zur Organisation von Wohnen und Leben am Ende des städtischen Wachstums, in: *Leviathan* 16 (1988), S. 23ff.; H. Häußermann und W. Siebel, Neue Urbanität, Frankfurt 1987.

<sup>16</sup> B. Hamm, Die Organisation der städtischen Umwelt. Ein Beitrag zur sozial-ökologischen Theorie der Stadt, Frauenfeld / Stuttgart 1977, S. 218.

<sup>17</sup> Vgl. auch G. Simmel, Der Raum und die räumlichen Ordnungen der Gesellschaft, in: *ders.*, Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung, Berlin 1968; M. Halbwachs, Das kollektive Gedächtnis, Stuttgart 1967; P. H. Chombart de Lauwe, La vie quotidienne des familles ouvrières, Paris 1977; K. D. Keim, Milieu in der Stadt. Ein Konzept zur Analyse älterer Wohnquartiere, Stuttgart / Berlin / Köln / Mainz 1979; U. Herlyn, Stadtsoziologie in der Krise?, in: *Die alte Stadt* 16 (1989), S. 186ff.

<sup>18</sup> Hinweise auf eine solche Entwicklung in der Nachkriegszeit auch in traditionellen Arbeiterquartieren, wo die Läden des täglichen Bedarfs die sozialen Beziehungen ehemals kleinräumig strukturierten (P. H. Chombart de Lauwe, Des hommes et des villes, Paris 1963; *ders.* (s. A 17)), finden sich bei A. Göschel / U. Herlyn / J. Krämer / T. Schardt, Zur Bedeutung von sozialer Infrastruktur für Arbeiterwohngebiete, in: L. A. Vaskovics (Hrsg.), Raumbezogenheit sozialer Probleme, Opladen 1982.

hungsnetzwerke auch im traditionellen Quartier, so daß ein geometrisch variabler Raum entsteht.<sup>19</sup>

Darüber hinaus stellte sich die Frage, ob und wie die in der Südstadt lebenden unterschiedlichen sozialen Gruppierungen aufeinander bezogen sind und folglich ein Stadtviertel oder von einander unabhängige soziale Räume innerhalb eines geographischen bilden.<sup>20</sup> Von Viertel im Sinne einer »Community« kann nach Elias dort gesprochen werden, wo unter anderen die Bedürfnisse nach Erziehung, Konsum und sozialen Kontakten in besonderem Maße befriedigt werden und funktionelle Interdependenzen vorliegen, »which are closer than interdependencies of the same kind with other groups of people within the wider social field to which a community belongs«.<sup>21</sup> Voraussetzung für eine symbolische Einheit bildet ein Mindestmaß geteilter Geschichte.<sup>22</sup> Insgesamt geht es um die Frage, ob im Wandel der »lokalen Lebenszusammenhänge«<sup>23</sup> und der »Raumerfahrungen«<sup>24</sup> einfach eine Ablösung von Quartieren durch den Stadtteil als sozialem Raum erfolgte, oder ob verschiedene variable »Quartiere« mit einem entsprechenden umfassenden »dynamic system ( ) of symbolic communities«<sup>25</sup> eine Einheit bilden (Kap. 5).<sup>26</sup>

<sup>19</sup> F. Bedarida, La vie de quartier en Angleterre: enquêtes empiriques et approches théoriques, in: *Le mouvement social* 118 (1982), S. 9ff.

<sup>20</sup> Vgl. N. Elias und J. L. Scotson, The Established and the Outsiders: A Sociological Enquiry into Community Problems, London 1965.

<sup>21</sup> N. Elias, Towards a Theory of Communities, in: C. Bell und H. Newby (Hrsg.), The Sociology of Community. A Selection of Readings, London 1974, S. xix.

<sup>22</sup> D. Jalla, Le quartier comme territoire et comme représentation: les »barrières« ouvrières de Turin au début du XXe siècle, in: *Le mouvement social* 118 (1982), S. 79ff.

<sup>23</sup> U. Herlyn, Zur Entwicklung lokaler Lebenszusammenhänge als Gegenstand stadtsoziologischer Forschung, in: B. Lutz (Hrsg.), Soziologie und gesellschaftliche Entwicklung. Verhandlungen des 22. Deutschen Soziologentages in Dortmund 1984, Frankfurt / New York 1985.

<sup>24</sup> J. Reulecke, Forschungsinteressen im Rahmen der modernen Stadtgeschichtsschreibung, in: C. Engeli / W. Hofmann / H. Matzerath (Hrsg.), Probleme der Stadtgeschichtsschreibung, IMS Beiheft 1, Berlin 1981.

<sup>25</sup> A. Hunter, Symbolic Communities. The Persistence and Change of Chicago's Local Communities, Chicago / London 1974, S. 186.

<sup>26</sup> In methodischer Hinsicht beruht der hier berichtete Teil des Forschungsprojektes schwerpunktmäßig auf der Auswertung der Jahrgänge 1925, 1941, 1958 und 1973 des Kölner Adreßbuches, welche vor allem die kleinräumige (vgl. H. Zwahr, Das deutsche Stadtadreßbuch als orts- und sozialgeschichtliche Quelle, in: *Jahrbuch für Regionalgeschichte* 3 (1968), S. 204ff.) Untersuchung der sozialstrukturellen Entwicklung sowie des Wandels ausgewählter Infrastruktur ermöglichte. Dazu treten weitere Archivmaterialien, amtliche Statistiken, wissenschaftliche und nicht-wissenschaftliche Literatur und Zeitungen sowie für die Gegenwart Experteninterviews und Begehungen im Untersuchungsgebiet. Ausgewählte Ergebnisse qualitativer Interviews mit Bewohnern – im Falle der Langansässigen im Sinne einer »oral history« – ergänzen dieses Material.

### 3. Die Herausbildung der »natural area« Südstadt

Im Jahre 1925 lebten im Untersuchungsgebiet ca. 83 200 Menschen. Die Bevölkerungsmenge sank bis 1988 auf 35 641, ein Rückgang, der nach dem Krieg durch den Wiederaufbau und -einzug bis in die Mitte der 60er Jahre unterbrochen wurde. Unterschiedlich starke Kriegszerstörungen im inneren und äußeren Teilgebiet sowie massive städtebauliche Veränderungen vornehmlich im äußeren Altstadtteil bestimmten die Entwicklung der Nachkriegszeit.

Das gesamte äußere Teilgebiet wurde im Krieg weitgehend zerstört, alte Arbeitergebiete ebenso wie das Villenviertel. Demgegenüber blieb ein großer Teil des inneren Gebietes einschließlich der Stollwerck-Fabrik relativ verschont. Daher finden sich dort bis heute zahlreiche Altbauten, während das äußere Gebiet in weiten Teilen neugebaut wurde. Diese Neugestaltung umfaßte neben der Wiedererrichtung von Wohnhäusern auch mehrere großflächige Verwaltungsgebäude und kommunale bzw. staatliche Einrichtungen, wie sie im inneren Gebiet in dieser Menge nicht zu finden sind.

Neben der nur das äußere Gebiet prägenden Tertiarisierung der Nachkriegszeit wird das innere Gebiet seit 1959 im Norden durch die neu errichtete Severinsbrücke und im Westen durch die in den folgenden Jahren ausgebaute Nord-Süd-Fahrt städtebaulich deutlich abgetrennt. Beide Verkehrsanlagen nehmen einen Großteil der Flächen ein, die vormals zu den Schwerpunkten der Arbeiterstraßen der südlichen Innenstadt zählten. So entstand in der Nachkriegszeit ein rundum von großen Verkehrswegen eingegrenztes Gebiet, das durch erhöhten Altbaubestand, überdauernde Arbeiterwohngebiete sowie die letzte große Industrieanlage der Innenstadt gekennzeichnet war.

Die spezifische Entwicklung des inneren Teils des Untersuchungsgebietes in der Nachkriegszeit zeichnet sich auf der Grundlage von Daten aus Adreßbüchern, Volkszählungen sowie Ergebnissen politischer Wahlen und neueren Bevölkerungsdaten deutlich ab. Die Berufsangaben der Adreßbücher indizieren einen relativen sozialen Abstieg des inneren Gebietes im Verhältnis zum äußeren Gebiet von 1925 nach 1973. Die Südstadt war schließlich durch mehr Arbeiter einerseits und vor allem weniger bürgerliche Bevölkerung andererseits als ihr Umfeld gekennzeichnet.<sup>27</sup> Diese sozialstrukturelle Differenz bildete sich erst in der Nachkriegszeit heraus: übertraf sie den entsprechenden Unterschied zwischen Alt- und Neustadt 1958 erst geringfügig, so hatte 1973 die neue Grenzziehung zwischen innerem und äußerem Gebiet die traditionelle deutlich abgelöst.<sup>28</sup>

Der Zusammenhang zwischen unterdurchschnittlichem sozialem Status und über-

durchschnittlich hohen SPD-Anteilen<sup>29</sup> erlaubt es, ein Überdauern dieses Status des inneren Gebietes anzunehmen. Analog der sozialstrukturellen Entwicklung zeigt sich hinsichtlich des Stimmenanteils für die SPD (bzw. 1929 für SPD und KPD), daß eine größere Differenz zwischen Alt- und Neustadt in der Vorkriegszeit durch einen entsprechenden Unterschied zwischen innerem und äußerem Gebiet von 1957 bis 1983 abgelöst wird. Zwar ist 1987 die Differenz zwischen Alt- und Neustadt erstmals wieder größer als zwischen innerem und äußerem Gebiet. Es wird auch in der Neustadt weniger SPD gewählt als in Köln, aber immer noch mehr als im äußeren Gebiet. Vor allem befinden sich nach wie vor alle Stimmbezirke mit extrem hohen SPD-Anteilen im inneren Gebiet – vorwiegend in seinem Altstadtteil – welches so insgesamt weiterhin einen unterdurchschnittlichen Status zeigt.

Die Ergebnisse der Volkszählung von 1987 unterstreichen dieses Bild und differenzieren es zugleich. Danach leben im inneren Gebiet deutlich mehr Arbeiter und Volksschüler als im äußeren und in Köln insgesamt. Hingegen liegen die Anteile von Abiturienten und Hochschulabsolventen in der Südstadt unter denen des Umfelds, jedoch oberhalb bzw. auf städtischem Niveau. Diese spezifische Südstadt-Mischung aus proletarischen und akademischen Milieus kennzeichnet insbesondere ihren Neustadtteil. Parallel zu dem Prozeß der (Wieder-)Entstehung eines überwiegend sozial gehobenen Status, zeigt sich hier von 1979 bis 1987 in den Stimmanteilen für die Grünen eine Konzentration der »alternativen Szene«. Dadurch weist die Südstadt insgesamt jeweils deutlich höhere Stimmanteile als ihr Umfeld bzw. die Stadt auf. 1987 wählen dort mit 22,3% doppelt soviele Wähler die Grünen wie in Köln.<sup>30</sup>

Schließlich wird aus den Volkszählungsdaten von 1970 und den Bevölkerungsdaten von 1979 bis 1988 eine erheblich massivere Einwanderung ausländischer Bewohner in das innere Gebiet gegenüber dem Umfeld deutlich. 1988 liegt der Ausländeranteil mit 21,7% knapp um die Hälfte höher als in Köln insgesamt. Die größte Gruppe bilden mit 8,7% die Türken, gefolgt von den Italienern mit 5,4%.

Insgesamt kann so von einer Herausbildung und Abgrenzung des inneren Gebietes im Sinne einer »natural area« im Verlauf der Nachkriegszeit gesprochen werden.<sup>31</sup> Ihre Merkmale sind der überdauernd relativ niedrige soziale Status im Verhältnis zum Umfeld und innerhalb Kölns einerseits und die heutige spezifische Bevölkerungsmischung andererseits. Gleichzeitig zeigt sich in jüngster Zeit innerhalb der Südstadt ein (Wieder-)Anstieg des sozialen Status der Bevölkerung im Neustadtteil. Nur dort konzentriert sich alternative Bevölkerung, während Ausländer die Südstadt insgesamt prägen.

<sup>27</sup> Zur Bestimmung dieser Gruppierungen vgl. Kap. 4 dieses Beitrags.

<sup>28</sup> Die Volkszählungsdaten von 1970 bestätigen den relativ unterdurchschnittlichen sozialen Status des inneren Gebietes sowohl gegenüber seinem Umfeld als auch innerhalb der Stadt.

<sup>29</sup> B. Beyerlein, Stadtteilanalyse. Ein Leitfaden zur Erkundung von Stadtteilen. Hamburg 1986.

<sup>30</sup> Bundestagswahl, Zweitstimmen ohne Briefwähler.

<sup>31</sup> Die jedoch nie eine administrative Einheit bildete.



#### 4. Die soziale Binnendifferenzierung des Untersuchungsgebietes

Zur genaueren Bestimmung der räumlichen Verteilung dieser gegenwärtigen heterogenen Bevölkerungsmischung und ihres Zusammenhangs mit der traditionellen Struktur des sozialen Raumes betrachten wir im folgenden die Entwicklung des Untersuchungsgebietes differenziert nach Subgebieten. Die Unterscheidung von bürgerlichen, gemischten und Arbeitersubgebieten meint jeweils ein spezifisches Mischungsverhältnis der Bewohnerschaft durch Berufsgruppen am oberen bzw. unteren Ende der sozialen Rangskala,<sup>32</sup> dessen Ausprägung bei der Entwicklung der Subgebiete von 1925 bis 1973 insgesamt durch eine Abnahme der Segregation gekennzeichnet war, da sich das Ausmaß der Unterschiede des sozialen Milieus innerhalb des Untersuchungsgebietes verkleinerte. Dennoch blieb das Muster der ursprünglichen Binnendifferenzierung sichtbar.

Entsprechend unserer Annahme eines langfristigen Überdauerns der Struktur des sozialen Raumes zeichnete sich insbesondere das innere Teilgebiet, also die in der Nachkriegszeit herausgebildete »natural area«, durch eine hohe relative Stabilität der Subgebiete im Verhältnis zueinander aus. Sie bildete die Grundlage für die weitere Entwicklung der Südstadt.

##### 4.1 Soziale Heterogenität und Segregation nach Abschluß der Urbanisierung

1925 war die in der städtebaulichen Entwicklung des Untersuchungsgebietes angelegte soziale Strukturierung deutlich sichtbar. Es zeigte sich sehr heterogen und scharf segregiert mit nur wenigen gemischten Subgebieten, in denen weder Arbeiter noch Bürger eindeutig überwogen. Diesen standen einerseits Arbeitergebiete gegenüber, die nur in der Altstadt extrem ausgeprägt waren, andererseits Gebiete mit überwiegend bürgerlicher Bevölkerung, welche besonders stark nur in der Neustadt vertreten war.

Sehr stark bürgerlich geprägt war die Neustadt in dem westlich im äußeren Teilgebiet gelegenen Villenviertel, auf den Ringstraßen sowie im Osten im unmittelbaren Umkreis der Universität. Dazu trat eine geringere bürgerliche Dominanz im weiteren Umfeld der Universität und entlang einer die westlichen und östlichen bürgerlichen Gebiete verbindenden Alleestraße. Die Arbeiterbevölkerung konzentrierte sich vor allem im Bereich rund um die Elsaßstraße – diese selbst glich extremen Altstadtstraßen

<sup>32</sup> Vor allem aus forschungsökonomischen Gründen erfaßten wir statusmäßig eindeutig zuzuordnende Berufsgruppen, die jeweils als Indikatoren für Arbeiter- oder bürgerliches Milieu stehen. Bezeichnungen mit dem Begriff Arbeiter sowie unqualifizierte Tätigkeiten zählten wir zum Arbeiter, Besitz und/oder Bildung signalisierende Benennungen zum bürgerlichen Milieu. Deren Bestimmung wurde ungeachtet gesamtgesellschaftlicher Veränderungen der Berufs- und Bildungsstruktur konstant gehalten, da in erster Linie die Stabilität der Rangfolge der Gebiete untereinander im Zeitverlauf interessierte.

– und entlang des Eisenbahndamms, dabei teilweise in unmittelbarer Nachbarschaft zu bürgerlichen Straßen<sup>33</sup> (Karte 1).

In der Altstadt lagen deutlich ausgeprägte Arbeitergebiete rund um die Severinskirche im Umfeld der Stollwerckfabrik sowie im Westen und Norden – vorwiegend im äußeren Teilgebiet – im Bereich um Perlengraben und Follerstraße. Die Konzentration von Arbeitern nahm hier teilweise extreme Formen an, dies gilt insbesondere für die Straßen und Gassen in Hafennähe sowie das Gebiet um die Spitzengassen (Karte 1). Im Umfeld der Arbeitergebiete liegende bürgerliche Bereiche waren ganz überwiegend deutlich weniger durch diese Gruppierung geprägt als in der Neustadt.

Die gleichzeitige Ansässigkeit von freiberuflichen Akademikern (Ärzten, Rechtsanwälten, Architekten) einerseits und Speditionen als lokalen Arbeitgebern für Ungelernte andererseits spiegelte insbesondere im Zentrum der Neustadt ihre soziale Heterogenität. Die weitgehende Abwesenheit der letzteren und die verstärkte Präsenz der ersteren unterstrich den ausgesprochen bürgerlichen Charakter der Ringstraßen und des westlichen und östlichen Randes der Neustadt. Demgegenüber fand die Dominanz der Arbeiter in der Altstadt ihren Ausdruck in einer dichten Besetzung mit Transportunternehmen, insbesondere in der Hafengegend, und einer selteneren Niederlassung von freiberuflichen Akademikern. So hatte in den Arbeitergebieten im Umkreis der Severinskirche kein einziger Arzt seinen Sitz.

Die Ergebnisse für SPD und KPD bei der Stadtverordnetenwahl von 1929 markieren ebenfalls die Struktur des sozialen Raumes. Während sie im Villenviertel zusammen nur auf 11,0% kamen – gegenüber 35,1% in Köln insgesamt – erzielten sie in einem Teil des benachbarten Arbeitergebietes vornehmlich in der Elsaßstraße 61,8%. Im Bereich der Severinskirche stimmten 60,8% für SPD und KPD, in einigen Straßen und Gassen um die Follerstraße in der Nähe des Hafens waren es sogar 64,4%.<sup>34</sup>

Gleichfalls in Hafennähe konzentrierte sich 1925 soziale Infrastruktur zur Versorgung von ärmeren Bevölkerungsschichten wie Herbergen, Erholungs- und Speisehäuser. Dazu traten Einrichtungen zur Krankenpflege, von denen eine – im Laufe der Zeit ständig erweiterte – bis heute erhalten blieb und als »Klusterche«<sup>35</sup> zur Institution wurde. Ebenso verblieb von den Asylen der Vorkriegszeit ein Obdachlosenheim bis in die Gegenwart.

Kontrapunkte dazu bildeten Einrichtungen wie ein »Damenpensionat«, ein »Ho-

<sup>33</sup> Dies widerlegt das Urteil von F. Sack (Strukturen und Prozesse in einem Delinquenzviertel Kölns. Ein Beitrag zur Kriminalsoziologie. Unveröff. Habil. Köln 1969/70), die Südstadt sei in Gänze und überdauernd durch Unterschichtsbevölkerung gekennzeichnet gewesen.

<sup>34</sup> Dabei beleuchtet insbesondere der hohe KPD-Wert von 44,8% die extreme soziale Position dieses Gebietes, vgl. M. Domke, Die Kommunalpolitik von SPD und KPD von 1928 bis 1930, in: R. Billstein (Hrsg.), Das andere Köln. Demokratische Traditionen seit der französischen Revolution, Köln 1979.

<sup>35</sup> Gemeint ist ein Krankenhaus der Augustinerinnen.

spiz für Mädchen und Frauen gebildeter Stände« oder ein Studentinnenheim, die in bürgerlichen Gebieten – letztgenanntes in der Neustadt – gelegen waren. Als Träger dieser sowie weiterer sozialer Infrastruktur dominierten evangelische und vor allem katholische Kreise. Städtisches Engagement trat nur in den Arbeitergebieten der Altstadt verstärkt hervor. Hier ist auch die Firma Stollwerck mit ihrem Speise-, Erholungs- und Gesellschaftshaus einschließlich Festsaal zu nennen.<sup>36</sup>

#### 4.2 Sozialer Abstieg in der Vorkriegszeit

Zwei infrastrukturelle Veränderungen der Vorkriegszeit im inneren Teilgebiet markieren ein Absinken des sozialen Status des Untersuchungsgebietes im Rahmen der mit der Stadtentwicklung verbundenen Suburbanisierung bürgerlicher Schichten. Einerseits wurde in den 30er Jahren die Universität in einen anderen Stadtteil verlegt, während andererseits am Güterbahnhof – unmittelbar südlich der Neustadt – mit dem Bau einer neuen Großmarkthalle, die 1940 ihren Betrieb aufnahm, ein weiterer Arbeitsmarkt für Ungelernte entstand.

Nach den Angaben des Adreßbuches von 1941, unmittelbar vor der weitgehenden Zerstörung der Kölner Altstadt, nahm<sup>37</sup> die Arbeiterbevölkerung außer in den bereits 1925 sehr stark von ihr geprägten Gebieten der Altstadt im gesamten Untersuchungsgebiet zu. Vor allem aber nahm die bürgerliche Bevölkerung ab, so daß nur die 1925 sehr bürgerlichen Gebiete der Neustadt – auf insgesamt deutlich niedrigerem Niveau – bürgerlich blieben, alle übrigen wurden sozial gemischt. Insbesondere durch den Rückgang der sehr hohen bürgerlichen Anteile verringerte sich die Segregation. Gleichwohl blieb das Muster der sozialen Raumstruktur sichtbar.

#### 4.3 Differenzierte Entwicklungen in der Nachkriegszeit

Massive städtebauliche Veränderungen betrafen vor allem die alten, kriegszerstörten Arbeitergebiete im äußeren Altstadtteil um Perlengraben und Follerstraße, das Gebiet um die Spitzengassen verschwand völlig. Ein von 1941 nach 1958 – unmittelbar vor dem Bau der Severinsbrücke und der Nord-Süd-Fahrt – zu verzeichnender klarer Rückgang der Arbeiterbevölkerung in allen alten Arbeitergebieten und den meisten gemischten Gebieten in Verbindung mit unterschiedlich starken Anstiegen bürgerlicher Bewohner in der Mehrzahl der überdauernd gemischten sowie in Arbeitergebieten und schließlich teilweise gegenläufigen Bewegungen in einigen traditionell bürgerlichen Gebieten führten insgesamt zwar zu einer weiteren Verringerung der Differenzen zwischen den Subgebieten, wegen des nach dem Krieg einsetzenden gesamtgesellschaftlichen Wandels von Berufs- und Bildungsstruktur aber nicht zu einem Statuszu-

<sup>36</sup> *Geschichtswerkstatt Severinsviertel*, Zur Geschichte des Annosaals, o. O. 1987.

<sup>37</sup> Abgesehen von einem 1925 noch nicht vollständig bebauten bürgerlichen Subgebiet im Südosten der Neustadt.

wachs. Vielmehr zeigen die Ergebnisse der Bundestagswahl von 1957 einen unterdurchschnittlichen Status des gesamten Untersuchungsgebietes an.<sup>38</sup>

Für 1973 – als die städtebauliche Markierung der »natural area« vollendet war – indizieren die Angaben des letzten Kölner Adreßbuches im äußeren Gebiet ausschließlich bürgerliche und gemischte Subgebiete, inneren Gebiet hingegen gemischte und solche mit überwiegend Arbeiterbevölkerung. Allein im Osten der Neustadt war stärker bürgerliche Bevölkerung vertreten.<sup>39</sup>

#### 4.4 Sanierung und »Revitalisierung«

Der bedeutendste Aspekt der jüngeren Geschichte der Südstadt war die Erklärung zum Sanierungsgebiet Severinsviertel im Jahre 1977 durch den Rat der Stadt Köln. Sie betraf ihr Zentrum – in der Altstadt das Gebiet um die Severinskirche, in der Neustadt das Umfeld der Elsaßstraße (Karte 2). Die »Vorbereitenden Untersuchungen« hatten eine Verminderung des Wohnwertes durch überalterte und vernachlässigte Bausubstanz, eine ungesicherte wirtschaftliche Entwicklung, fehlende soziale und kulturelle Infrastruktur sowie eine unausgewogene Bevölkerungsstruktur durch Überalterung der Deutschen und einen »unverhältnismäßig hohen Ausländeranteil« festgestellt und zwecks »Erhaltung bzw. Wiederherstellung einer ausgewogenen Sozialstruktur« die »Vermeidung weiteren Ausländerzuzugs« zugunsten einer Anziehung jüngerer deutscher Familien zum Teil des Zielkonzeptes der Sanierung erhoben.<sup>40</sup>

Als Indikator einer »Revitalisierung« oder »Gentrification«<sup>41</sup> war gleichzeitig im Neustadtteil innerhalb und außerhalb des Sanierungsgebietes seit Beginn der 70er Jahre ein Trend zur Umwandlung alter Mietskasernen in Eigentumswohnungen er-

<sup>38</sup> Im einzelnen wiesen die Wahlergebnisse den Osten und Westen der Neustadt als statusmäßig überdurchschnittlich, ihr Zentrum als, teilweise deutlich – vor allem im Bereich um die Elsaßstraße –, unterdurchschnittlich aus. Gleichzeitig unterstrichen extreme SPD-Anteile den unterdurchschnittlichen Status vor allem im Kern des inneren Altstadtteils um die Severinskirche.

<sup>39</sup> Entsprechend zeigten die Volkszählungsdaten von 1970 eine Prägung des Zentrums des inneren Neustadtteils rund um die Elsaßstraße durch Arbeiter, welche zu den Rändern hin, insbesondere im äußeren Teil, von erhöhten Anteilen von Hochschulabsolventen abgelöst wurde. Die Ergebnisse der Landtagswahl von 1975 indizierten einen stark unterdurchschnittlichen Status im Zentrum, der nach Osten und Westen hin anstieg, jedoch nur im äußeren Teil, dem früheren Villenviertel, einem überdurchschnittlichen wich. Für die Altstadt ergab sich nach der Volkszählung im Zentrum ein weitgehend geschlossenes Arbeitergebiet, ungefähr entsprechend dem traditionellen um die Severinskirche. Demgegenüber war der äußere Altstadtteil überwiegend durch erhöhte Anteile von Hochschülern gekennzeichnet. Analog indizierten die SPD-Anteile ein statusmäßig deutlich unterdurchschnittliches Gebiet im Kern der Altstadt, welches von statusmäßig höheren, im Norden sogar überdurchschnittlichen Gebieten umgeben war.

<sup>40</sup> *Stadt Köln*, Informationen zur Sanierung des Severinsviertels Nr. 2, Vorbereitende Untersuchungen, Köln 1979, S. 72 u. 77.

<sup>41</sup> J. S. Dangschat, Gentrification: Der Wandel innenstadtnaher Wohnviertel, in: J. Friedrichs (Hrsg.), *Soziologische Stadtforschung*, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Sonderheft 29, Opladen 1988.

kennbar, dessen Höhepunkt Anfang bis Mitte der 80er Jahre lag. Der Modernisierungs- und Umwandlungsprozeß hatte seinen Schwerpunkt in traditionell bürgerlichen sowie gemischten Straßen westlich und vor allem östlich des Sanierungsgebietes, insbesondere im Umfeld der ehemaligen Universität – vollzieht sich aber in jüngster Zeit auch in Arbeiterstraßen. Gleichzeitig wird sein allmählicher Abschluß durch eine seltenere Erteilung von Abgeschlossenheitserklärungen von 1985 nach 1987 in der Südstadt im Vergleich zur Innenstadt angezeigt.

Die Sanierung und Modernisierung des Wohnungsbestandes in der Südstadt spiegeln sich u. a. in einer häufigeren Erteilung von Baugenehmigungen im Vergleich zu ihrem Umfeld. Von zentraler Bedeutung für die Maßnahmen im Sanierungsgebiet war das ehemalige Fabrikgelände der Firma Stollwerck, die im Laufe der 70er Jahre ihre Produktionsstätte aus der Südstadt verlegt und damit den Weg frei gemacht hatte für eine weitgehende Neubebauung mit Wohnhäusern, vorwiegend des sozialen Wohnungsbaus, aber auch Eigentumswohnungen. Lediglich ein Rest der Fabrikgebäude blieb erhalten und wurde zu Wohnzwecken umgebaut. Der Altstadtteil des Sanierungsgebietes ist durch eine starke Nachfrage nach Mietshäusern, aber auch nach Stadthäusern zur eigenen Wohn- und Gewerbenutzung insbesondere durch Freiberufler gekennzeichnet. Trotz einer Steigerung des Grundstücksrichtwertes ebendort, bleibt dennoch die ganze Südstadt bis 1987 durch niedrigere Werte als ihr Umfeld und auch die Kölner Innenstadt insgesamt charakterisiert.

Ebenfalls Teil der Sanierungsplanung war und ist der mittlerweile als Hafenanlage bedeutungslos gewordene Rheinauhafen, auf dessen Gelände zur Zeit Freizeit- und Kulturinfrastruktureinrichtungen in der Diskussion sind, eine Nutzung, die an die vorindustrielle Zeit anknüpfen würde. Ebenso kann die erneute Nutzung renovierter Häuser in der Altstadt als Wohn- und Betriebsstätte zugleich als postindustrielle Wiederaufnahme jener Nutzungsmuster betrachtet werden, die das Gebiet vor seiner industriellen Wachstumsphase kennzeichneten.

Mit den baulichen Veränderungen vollzogen sich demographische und soziale. Während die seit den 60er Jahren zunehmende Einwanderung ausländischer Bevölkerungsgruppen einen wesentlichen Moment der Sanierungsdiskussion bildete, traten als Teilnehmer derselben auch Gruppen wie die »Bürgerinitiative südliche Altstadt« (BISA) auf, deren Existenz und Aktivitäten auf die Einwanderung einer neuen Bevölkerungsgruppierung im Viertel hinwiesen, die jung, gebildet, der Mittelschicht und – im Gefolge der Studentenbewegung – tendenziell der politisch alternativen Szene zugehörig waren.<sup>42</sup>

Schon 1970 zeichnete sich in der Südstadt eine Konzentration von Ausländern vor

<sup>42</sup> Vgl. H. Kromrey, Sozial- und Infrastruktur in einem Altstadtwohnviertel. Indikatoren zur Beurteilung der Sanierungsbedürftigkeit. Untersuchungsbereich Köln-Severinsviertel, Berlin 1976; M. Birke / H. Müller / M. Riege, Partizipation an Entscheidungsprozessen zur Sicherung und Verbesserung

allem in traditionellen Arbeitergebieten und damit im künftigen Sanierungsgebiet ab. Da ihre Zahl bei insgesamt sinkender Bevölkerung bis 1983 stieg, verstärkte sich die Konzentration ausländischer Bewohnerschaft noch. Die Stimmanteile für die Grünen von 1979 (Kommunalwahl) und 1983 (Bundestagswahl) machten den Neustadtteil als Zentrum der alternativen Bewohner deutlich. Ihre Schwerpunkte befanden sich im westlichen und insbesondere östlichen Umfeld des Sanierungsgebietes – vor allem im Bereich der ehemaligen Universität – und damit überwiegend in traditionell bürgerlichen, aber auch gemischten Gebieten.

Von 1983 nach 1988 geht die Bevölkerung der Südstadt insgesamt auf 28 484 zurück, dabei die deutsche weniger stark als die ausländische, deren Anteil auf 21,7% sinkt. Demgegenüber kommt es im Sanierungsgebiet – nach einem Tiefstand der deutschen Bevölkerung im Jahre 1983 – aufgrund der Ablösung gewerblicher durch Wohnnutzung insbesondere auf dem ehemaligen Stollwerckgelände zu einem Bevölkerungszuwachs. Gleichzeitig geht die ausländische Bevölkerung nur dort in absoluten Zahlen nicht zurück, lediglich ihr relativer Anteil vermindert sich auf 30,9% der 10244 Bewohner. Beide Entwicklungen stehen dem innerstädtischen Trend in Köln während dieser Zeit entgegen.<sup>43</sup>

In Folge der infra- und sozialstrukturellen Entwicklung zeichnet sich 1988 eine noch deutlichere Übereinstimmung der alten Arbeitergebiete mit dem Schwerpunkt der Ausländer ab. *Außerhalb* des Sanierungsgebietes zeigt sich insbesondere in der Neustadt von 1983 nach 1988 ein im innerstädtischen Vergleich überproportionaler Rückgang ausländischer Bevölkerung, die offenbar nach einer Phase der Zwischenutzung im Laufe der Modernisierung des Wohnungsbestands diesen Bereich wieder verläßt. Dort verringert sich die Zahl der Ausländer um ein Fünftel, die der Türken sogar um gut ein Drittel. Das entsprechende Gebiet ist weitgehend identisch sowohl mit dem Schwerpunkt der Grüne-Wähler, deren Anteil für 1987 über dem Durchschnitt der Südstadt von 22,3% lag, als auch der Konzentration der Eigentumswohnungen.<sup>44</sup>

Die Ergebnisse der Volkszählung von 1987 bestätigen dieses Bild. Während der Altstadtteil der Südstadt durch eine deutliche Konzentration von Arbeitern und Volksschülern in den traditionellen Arbeitergebieten rund um die Severinskirche gekenn-

nung der Lebenslage in Betrieb und Quartier, Institut zur Erforschung sozialer Chancen Bericht Nr. 18, Köln 1978; W. Nelles und R. Oppermann, Stadtsanierung und Bürgerbeteiligung, Göttingen 1979.

<sup>43</sup> Das Sanierungsgebiet erscheint so zumindest bislang als eine Insel gegen die Entwicklung hin zur Verdrängung ausländischer Bevölkerung. Nach Expertenmeinung ist ein Verbleib der alten Bewohnerschaft insgesamt allerdings nur bis zum Auslaufen der sozial schützenden Sanierungsbestimmungen gesichert.

<sup>44</sup> Eine sich abzeichnende Schwerpunktverlagerung innerhalb der Alternativen von »Pionieren« zu »Gentrifiern« ist jedoch keineswegs immer als Bewohneraustausch zu verstehen. Vielmehr handelt es sich oft um einen lebensgeschichtlichen Statuswechsel, etwa von der studentischen Wohngemeinschaft zur (spät gegründeten) akademischen Kleinfamilie.

zeichnet wird, ist der Neustadtteil heterogen: Ausgeprägte Anteile von Abiturienten und Hochschulabsolventen charakterisieren vor allem das Umfeld der ehemaligen Universität, etwas abgeschwächt den Bereich entlang der Alleestraße sowie in geringerem Maße das Gebiet westlich des Sanierungsgebietes. Damit kontrastieren hohe Arbeiter- und Volksschüleranteile im traditionellen Arbeitergebiet rund um die Elsaßstraße sowie, teils abgeschwächt, im Bereich des Bahndamms.

Insgesamt bestätigt sich die Annahme über die Einwanderung von Ausländern vornehmlich in alte Arbeitergebiete sowie von alternativer Bevölkerung schwerpunktmäßig in traditionelle bürgerliche Gebiete zumindest tendenziell. Es zeichnet sich so eine hohe Kontinuität der, heute durch Ausländer geprägten, traditionellen Arbeitergebiete sowie eine Wiederentstehung der ehemals bürgerlichen, nunmehr alternativen Bereiche ab.

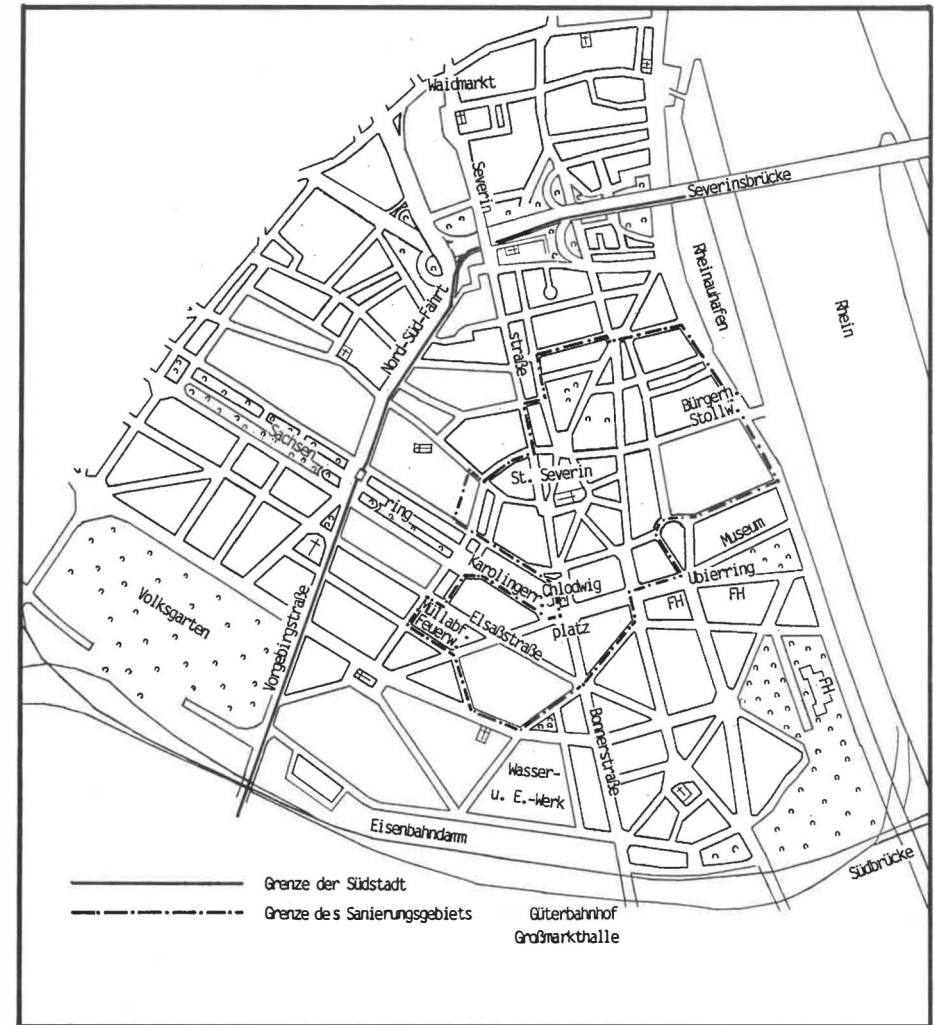
#### 4.5 Multikulturelle Urbanität

Die gegenwärtige Heterogenität der Südstadt wird im Straßenbild deutlich markiert durch die differenzierte Infrastruktur der Langanässigen und der verschiedenen Einwanderer, welche das spezifische »Flair« des Viertels bestimmt. Ausländische und alternative Betriebe und Einrichtungen traten teilweise an die Stelle traditioneller.

Alternative Infrastruktur, vorwiegend Gaststätten, sowie künstlerische bzw. bildungsbürgerliche Angebote wie Galerien, Theater oder Buchhandlungen sind vorwiegend auf die eigene Gruppierung orientiert und indizieren die zunehmende Etablierung und (Wieder-)Einwanderung ökonomisch potenter bzw. sozialstrukturell gehobener Bevölkerung. Darüber hinaus sind an die Stelle der ehemaligen Universität mittlerweile Fachhochschulen zusätzlich zu denen getreten, die die Kölner Werkschulen und die Ingenieurschule ablösten (Karte 2). Anders als alternative Betriebe richten sich ausländische teils an die jeweils eigene Ethnie – wie türkische Kaffeehäuser, italienische Bars oder Videotheken dieser beiden Gruppen – und teils an die übrige Bewohnerschaft. Insbesondere gastronomische Angebote – vorwiegend Restaurants, Imbisse und Cafés –, Handwerksbetriebe und kleine Lebensmittelläden zählen hierzu. Letztere werden fast nur noch von Ausländern betrieben.

Der Wandel des sozialen Raums zeigt sich auch in der Besetzung mit Einrichtungen sozialer Infrastruktur. So nahm die überragende Stellung der Kirchen, insbesondere der katholischen, als Träger erst von 1973 nach 1987 ab, vornehmlich zugunsten städtischen Engagements, in der Neustadt auch aufgrund der Etablierung von Einrichtungen insbesondere zur Kinderbetreuung, die von alternativer Seite getragen werden oder mit der Zielsetzung städtischer Trägerschaft erfolgreich initiiert wurden.

Soziale Infrastruktur für Ausländer hingegen entstand im gleichen Zeitraum vorwiegend in der Altstadt. Diverse Einrichtungen verschiedener Träger, vornehmlich für Kinder und Jugendliche, wurden auch im Zusammenhang mit der Sanierung eröffnet. Dazu gehören u. a. Angebote des städtischen Bürgerhaus Stollwerck, welches an



Karte 2: Die Südstadt 1987.

die Stelle eines alternativen Kulturzentrums trat, das zwischenzeitlich bis zu ihrem Abriß in ehemaligen Fabrikgebäuden und dem alten Festsaal der Firma existiert hatte (Karte 2).

#### 5. Der soziale Raum: Vom Quartier zum Stadtteil?

Trotz der Binnendifferenzierungen im sozialen Raum Südstadt finden sich Indikatoren von Verhaltens- und Sinnstrukturen, die die allmähliche Ablösung einer kleinräu-

migen Quartiersorientierung durch eine großräumigere Stadtteilorientierung in der »natural area« anzeigen, erstere jedoch nicht aufheben. Gleichzeitig läßt sich ein wenig durchlebtes Randgebiet erkennen. Ein gemeinsamer sozialer Raum Südstadt wird auf der Grundlage je spezifischer Raumnutzung öffentlicher Bereiche aus der Verflechtung mehrerer variabler »Quartiere« gebildet. Letztere werden in unterschiedlichen Raumwahrnehmungen sichtbar.

#### 5.1 Lockerung der traditionellen Orientierung und Neubildung sozialer Grenzzonen

Im Jahre 1925 gliederten 731 zu kleinen Zentren gruppierte Läden des täglichen Bedarfs das Untersuchungsgebiet kleinräumig, ohne immer eine scharfe Grenzziehung erkennen zu lassen. Ihre Verteilung zeigte fünf größere Verdichtungen im Bereich von Arbeiter- bzw. gemischten Straßen sowie einige kleinere Zentren ganz überwiegend ebendort, hingegen fast gar keine Läden im bürgerlichen Villenviertel.<sup>45</sup> Während ein beginnender Rückgang der Läden bis 1941 keine grundlegenden strukturellen Veränderungen mit sich brachte, lag 1958 eine drastische Reduzierung einerseits und eine veränderte Verteilung andererseits vor. Analog der Zerstörung alter Arbeiterstraßen im äußeren Altstadtteil um Perlengraben und Follerstraße waren von zwei der genannten Verdichtungen nur noch wenige Läden verblieben.

Der Konzentrationsprozeß setzte sich fort, indem die Zahl der Läden weiter kontinuierlich auf schließlich 98 im Jahre 1987 sank. Kleinere Zentren verschwanden fast völlig. Es verblieben nur stark geschrumpfte Verdichtungen am äußersten Rand, während sich die drei großen Verdichtungen des inneren Gebietes im wesentlichen in Form dreier Hauptgeschäftsstraßen erhielten. Mit diesem Niedergang der dezentralen Geschäftseinheiten entfiel eine wesentliche strukturelle Voraussetzung der kleinräumigen Orientierung und Gliederung des sozialen Raumes in kleine Quartiere in den stärker von Arbeitern geprägten Gebieten.<sup>46</sup>

Denn die Befragung langansässiger Bewohner der Südstadt erwies die kleinen Läden – zusammen mit den Räumen Kneipe und Straße – als zentrale Orte der sozialen Netze. Sie bild(et)en Knotenpunkte der lokalen Kommunikation und sozialfürsorgischen Verflechtungen im traditionellen kölschen Milieu. Ihr nahezu völliges Verschwinden ist ein wesentliches Moment der generell festgestellten und beklagten Auflösung vertrauter sozialer Beziehungen.<sup>47</sup>

<sup>45</sup> Vgl. P. H. Chombart de Lauwe, Paris et l'agglomération parisienne, in: ders., Paris. Essais de sociologie 1952–1964. Paris 1965, S. 67 und ders. (s. A 18), S. 33ff.

<sup>46</sup> Dieser Wandel spiegelt sich im Fortfall des statistischen Zusammenhangs von sozialstruktureller Gliederung und Ausstattung mit Läden des täglichen Bedarfs in der Nachkriegszeit.

<sup>47</sup> Gleichwohl erhielt sich eine oft generationenübergreifende Bindung an das Quartier, vgl. W. Hipfel, Stadtentwicklung und Stadtteilbindung in einer Industrieansiedlung des 19. Jahrhunderts: Ludwigshafen am Rhein 1853–1914, in: H. J. Teuteberg (Hrsg.), Urbanisierung im 19. und 20. Jahrhundert. Historische und geographische Aspekte, Köln / Wien 1983; S. Bleek, Das Stadtviertel als

Ergänzend seien zwei weitere empirische Ergebnisse angeführt, die eine spezifische kleinräumige Orientierung im Arbeitermilieu der Vorkriegszeit indizieren und auf die entsprechende Dichte der sozialen Verflechtungen im alten Arbeiterquartier als »Lebensraum«<sup>48</sup> hinweisen, welche sich im Laufe der Nachkriegszeit lockern. So zeigt sich die traditionelle Nutzung der Häuser in der Kölner Altstadt durch ihre Eigentümer als Wohnsitz und Betriebsstätte in Straßen mit niedrigerem sozialen Status am Beispiel der Laden- und Gaststättenbesitzer.

Diese verweist auf eine spezifische enge soziale Verflechtung zwischen der Arbeiterbevölkerung einerseits und den Wirten und Händlern<sup>49</sup> andererseits in einer Doppelrolle als selbst ansässige Vermieter von Arbeiterkleinwohnungen und Anbietern einer Infrastruktur, die zugleich als öffentlicher Raum und Kommunikationsort dient, welche in den baulichen Strukturen des 19. Jahrhunderts bis in die Vorkriegszeit überdauerte.

Die so gegebenen Möglichkeiten sozialer Kontrolle seitens der lokalen Kleingewerbetreibenden liegen auf der Hand und spiegeln sich noch in den lebensweltlichen Darstellungen von Vergangenheit und Gegenwart durch traditionelle Bewohner, die zwar ein zusammengehöriges kölsches Milieu zeigen, innerhalb dessen jedoch eine klare Grenzziehung zwischen einer lokalen Elite aus selbst ansässigen Hauseigentümern und Betreibern von Gaststätten, Geschäften und Handwerksbetrieben und Vertretern unterer sozialer Schichten erkennbar ist. Diese Grenzziehung wird aus den komplementären Perspektiven beider Gruppierungen gleichermaßen deutlich. Klarer Ausdruck dieser Beziehung wie auch Indikator einer kleinräumigen Orientierung im sozialen Umfeld war bis in die Nachkriegszeit hinein die Funktion der Geschäftsleute als lokale Kreditgeber für die proletarischen Nachbarn.

Die Verfügung über einen Telefonanschluß ist ein weiterer Indikator für eine zumindest potentielle Orientierung über den Nahraum hinaus. Während 1925 nur jeder 25ste Haushalt in Arbeitergebieten über einen Telefonanschluß verfügte, galt dies im Villenviertel für etwa jeden zweiten, ein Anteil der bis 1973 nirgendwo übertroffen wurde. Zu diesem Zeitpunkt kamen im Bereich um die Elsaßstraße immer noch auf ein Telefon etwa fünf, im Umfeld der Severinskirche etwa sieben Haushalte. Dennoch war eine Erweiterung der Möglichkeiten großräumiger Orientierung im Untersuchungsgebiet insbesondere durch die Anstiege in gemischten und Arbeitergebieten verursacht.

Sozialraum. Innerstädtische Mobilität in München 1890 bis 1933, in: W. Hardtwig und K. Tenfelde (Hrsg.), Soziale Räume in der Urbanisierung, München 1990; B. Fritzsche, Mobilität im Stadtviertel: Zürich um 1870, in: ebda.

<sup>48</sup> B. Fritzsche, Das Quartier als Lebensraum, in: W. Conze und U. Engelhardt (Hrsg.), Arbeiterexistenz im 19. Jahrhundert. Lebensstandard und Lebensgestaltung deutscher Arbeiter und Handwerker, Stuttgart 1981.

<sup>49</sup> Vgl. P. H. Chombart de Lauwe (s. A 17), S. 96ff.

Auch die Schilderungen der langansässigen Kölschen lassen eine allgemeine Lockerung traditioneller lokaler Verflechtungen erkennen und aufgrund der Hinweise, in welchen räumlichen Einheiten das Viertel wahrgenommen bzw. genutzt wird, Schlüsse auf die Entwicklung einer großräumigeren Orientierung zu. Detaillierter, manchmal sogar ausschließlich, berichten die Befragten in der Regel nur über ihr näheres Wohnumfeld. Dies zeigt sich etwa an unterschiedlichen Beschreibungen der früheren Gewerbestruktur der Südstadt durch Bewohner des Alt- bzw. Neustadtteils. Auch die Darstellung sonstiger Strukturelemente und die berichtete Raumnutzung weisen in diese Richtung. Dazu zählen die durch die Verkehrsachsen begrenzten Bewegungsräume der Kinder ebenso wie die bevorzugte Benutzung von Läden und Kneipen im Nahbereich. Jedoch haben letztere als alltägliche Treffpunkte der Nachbarschaft an Bedeutung verloren. Schließlich spielen die Pfarreien eine Rolle bei der kleinräumigen Gliederung des Viertels, insbesondere der Trennung von Alt- und Neustadt.

Eine Orientierung im gesamten Viertel hingegen zeigt sich in der nicht alltäglichen Nutzung bürgerlicher Gaststätten beispielsweise bei Familienfeiern, bei der die Grenze zwischen Alt- und Neustadt überschritten wird. Der Fortfall der kleinen Läden macht großräumigere Bewegungen im Alltag zwangsläufig, wobei die Geschäftsstraße auch zur Kommunikation genutzt wird, die jedoch ebenfalls weniger intensiv als im ehemaligen Straßenleben ist. Eine Ablösung von eher nachbarschaftlich orientierten Straßenfesten<sup>50</sup> durch solche, die das ganze Viertel ansprechen, kommt hinzu. Insgesamt dürfte somit tendenziell eine allmähliche Orientierung in und Nutzung von größeren Raumeinheiten, das heißt von kleineren Quartieren hin zum Stadtteil gegeben sein.

Schließlich zeigen die Ergebnisse einer Zeitungsanalyse zum Wandel der Gebietsbezeichnungen in der Lokalberichterstattung, wie der 1958 noch ganz und 1973 fast ausschließlich für die Bezeichnung des Neustadtbereichs verwendete Begriff Südstadt 1983 zu einem Etikett für den großen, Alt- und Neustadtteile umfassenden sozialen Raum geworden ist. Während Bezeichnungen für kleinere, teilweise als »typisch« kölsch charakterisierte Räume verschwanden, erscheinen Artikel über die »kölsche« Lebensart ab 1973 allein unter den Etiketten Severinsviertel oder Vringesveedel, welches letzteres symbolhaft für diese Lebensweise steht. Betrafen sie zunächst nur die Altstadt, so wird Ende der 80er Jahre die Elsaßstraße als Arbeiterstraße der Neustadt dem Severinsviertel zugeordnet.<sup>51</sup>

Parallel zur Abnahme der eng geknüpften kleinräumigen Netzwerke, die sich um

<sup>50</sup> Noch Ende der 50er Jahre fanden z. B. innerhalb der Pfarrei St. Severin in zwei verschiedenen traditionellen Arbeiterstraßen Kirmesfeiern statt.

<sup>51</sup> Auch aus der Perspektive der traditionellen Lebenswelt bezeichnet der eigentlich nur für den Pfarrbezirk St. Severin zutreffende Begriff Severinsviertel heute ebenfalls ein großräumiger definiertes Viertel, was zum Teil mit der Verwendung des erst im Laufe der 70er Jahre etablierten Begriffs Südstadt einhergeht.

die Besitzer von Läden, Gaststätten und anderen Kleinbetrieben gruppierten, kam es in der Nachkriegszeit zu einer deutlichen Markierung sozialer Grenzbarrieren im Bereich der neu errichteten Verkehrsanlagen. Hier entwickelte sich eine relativ weniger durchlebte Zone, die die Südstadt von ihrem Umfeld trennt. Vor allem die Konzentration der Läden des täglichen Bedarfs auf wenige Geschäftsstraßen im Zentrum ist deutlicher Beleg. Diese Entwicklung wird durch den Wandel der räumlichen Verteilung von Volks- bzw. Grundschulen unterstrichen. In der Nachkriegszeit sank ihre Zahl um zwei Drittel auf vier, die sich nun alle im inneren Teilgebiet konzentrieren. Da sich andererseits Schulen unmittelbar jenseits der Grenzen des Untersuchungsgebietes befinden, ist eine entsprechend gegenläufige schulische Orientierung im Primarbereich in der Südstadt gegenüber ihrem Umfeld anzunehmen. Gleichzeitig bedeutet die Konzeption von drei Schulen als Angebotsschulen mit sich überschneidenden Einzugsgebieten in Alt- und Neustadt die Möglichkeit – und Notwendigkeit – einer großräumigeren Orientierung und Verflechtung in der Südstadt insgesamt.<sup>52</sup> Wie bei der Verteilung der Läden und der Primarschulen ist schließlich bei der Ausstattung mit Gastronomiebetrieben in den 80er Jahren die Grenzzone zwischen der Südstadt und ihrem Umfeld zu erkennen.

## 5.2 Südstadt und Südstadtdörfer. Zur Verflechtung sozialer Räume

Vor allem die Ausrichtung der innerhalb der Südstadt konzentrierten gastronomischen Betriebe auf verschiedene Zielgruppen deutet auf sich überlagernde soziale Räume innerhalb des einen geographischen. Unterschiedliche Zielgruppen der Gastronomiebetriebe des Untersuchungsgebietes lassen sich auch für 1925 vermuten, denn einerseits wurde als ein zentraler Ort der lokalen Verflechtung und Fortsetzung der Nachbarschaft unter den kölschen Langansässigen die Kneipe sichtbar. Gleichzeitig hatten andererseits 1925 insgesamt 21 studentische Vereinigungen in 14 Gaststätten des Untersuchungsgebietes ihren Sitz. Die Schilderungen der traditionellen Bewohner zeigen ein differenziertes Spektrum gastronomischer Betriebe, das von ausgesprochenen Arbeiterkneipen, welche schon von den Vertretern der lokalen Elite mißtrauisch betrachtet werden, bis zu bürgerlichen Speisegaststätten reicht.

227 gastronomische Betriebe befanden sich 1925 im Untersuchungsgebiet. Neben der Existenz von Eckkneipen, die – wiederum mit Ausnahme des Villenviertels – das gesamte Gebiet kennzeichnete, war die Nord-Süd-Achse besonders durch Gaststätten geprägt. Außerdem hob sich in Hafennähe der Bereich um die Follerstraße vor allem durch Schenken ab. Wenig Veränderung zeigte sich bis 1941 mit Ausnahme eines deutlichen Rückgangs von Cafés im Umkreis der früheren Universität. Ein Zusammenhang mit deren Fortzug kann angesichts ihres Einflusses auf die lokale Dienstleistungsinfrastruktur durch die ansässigen Studenten vermutet werden.

<sup>52</sup> Eine entsprechende Entwicklung wird aus den Befragungen deutlich.

Maßgeblich beeinflußt durch die infrastrukturelle Entwicklung im äußeren Bereich der Altstadt halbierte sich bis 1958 die Zahl der Betriebe. Nach einem erst langsamen Wiederanstieg bis 1973 kam es bis 1987 zu einer sprunghaften Zunahme auf 231 und damit auf den Vorkriegsstand, bei um mehr als die Hälfte reduzierter Bevölkerung. Es entwickelte sich eine Konzentration innerhalb der Südstadt, schwermächtig südlich der Severinskirche. Dieser besonders ausgeprägte Zuwachs, welcher vor allem ausländische und alternative Betriebe umfaßt, knüpft mit seiner starken Ausrichtung auf studentisches bzw. akademisches Publikum an die Situation der 20er Jahre an, welche durch die Universität geprägt gewesen war.

Insgesamt betrachtet, kam es somit durch den kontinuierlichen Konzentrationsprozeß der Läden des täglichen Bedarfs einerseits und die Wiederetablierung gastronomischer Betriebe andererseits zu einer Schwerpunktverlagerung innerhalb des öffentlichen Raumes vom Laden zur »privateren«, das heißt sozial spezifischer<sup>53</sup> genutzten Gaststätte und damit allgemein zu einer Erweiterung der Möglichkeiten einer Überlagerung sozialer Räume, die in der gegenwärtigen Auffächerung der gastronomischen Betriebe in traditionelle, alternative und diverse ausländische in der Südstadt ihren spezifischen Ausdruck findet: innerhalb des größeren geographischen Raumes steht eine relativ zur gesunkenen Bevölkerung erhöhte Zahl sozial segregierter Räume zur Verfügung.

Nach den Befragungsergebnissen zeichnen sich innerhalb der Grenzen der Südstadt sowohl ein gemeinsam von allen Gruppierungen der Bewohnerschaft gebildeter sozialer Raum im Sinne des Eliasschen »Community«-Begriffs, als auch nach ethnischen oder kulturellen Kriterien segregierte soziale Räume ab. Zu einer Verflechtung der letzteren und damit zur Konstruktion des ersteren kommt es um so eher, je öffentlicher der Begegnungsort ist.

So werden engere soziale Kontakte zwischen den verschiedenen Gruppierungen im privatisierten Raum der Kneipe vergleichsweise selten berichtet. Die Abgrenzung zwischen alternativen und traditionellen Kneipen ist strikt. Türkische Cafes und italienische Bars werden nur von (männlichen) Landsleuten besucht. Dennoch finden sich Hinweise auf interethnische Beziehungen. Insbesondere einige Italiener zeigen sich in die traditionelle kölsche, andere in die alternative Kneipenszene verflochten. Dazu kommt das zwangsläufige Aufeinandertreffen der Gruppierungen in der Institution Schule. Hier, wie auch im Fall von Arbeitsplatz und Verein, berichten wiederum Italiener, anders als Türken, von einer Ausweitung obligatorischer Beziehungen zu darüber hinausgehenden freiwilligen. Außerdem ist die Kirche ein Begegnungsort katholischer Ausländer und Deutscher.

Die Läden erscheinen generell als eher gemeinsam genutzte Räume. Das Verschwin-

<sup>53</sup> L. H. Lofland, A World of Strangers. Order and Action in Urban Public Space, New York 1973, S. 67 u. 177.

den der kleinen, traditionellen Läden bedauern die Traditionellen und Alternativen gleichermaßen, eine der wenigen Übereinstimmungen zwischen diesen. Zur berichteten Hilfeleistung für italienische Kinder im traditionellen Laden findet sich als Pendant die soziale Betreuung älterer Deutscher im türkischen Geschäft. Dazu tritt vor allem die Konsumfunktion, die insbesondere die ausländischen Betriebe für die Deutschen und hier vor allem für die Alternativen haben. Auch die Nutzung der ausländischen Gastronomiebetriebe wie Restaurants und Cafes ist weitgehend unter diesem Aspekt zu sehen. Grußkontakte und Wahrnehmungen im Park oder auf Straßen und Plätzen schließlich werden praktisch von allen berichtet.

Die vorhandenen mehr oder weniger intensiven sozialen Beziehungen erlauben es somit von der Südstadt als *einem* Stadtviertel zu sprechen. Gleichzeitig werden insbesondere in den unterschiedlichen lebensweltlichen Orientierungen und Wahrnehmungen dieses Viertels seine »Quartiere« sichtbar. Die je gruppenspezifische Bedeutung oder Sinnhaftigkeit des Raumes<sup>54</sup> zeigt sich exemplarisch an zwei zentralen Infrastrukturelementen, der Stollwerck-Fabrik und der Markthalle.

Während letztere in den Schilderungen der Alternativen nicht vorkommt, sind in den Erzählungen und Erinnerungen der traditionellen Bewohner zahlreiche Spuren der materiellen wie symbolischen Prägekraft dieser Einrichtung enthalten. Nicht nur finden sich immer wieder Hinweise auf ökonomische Verflechtungen, sondern die Tatsache, mit »d'r Maathall« zu tun zu haben, ist vor allem ein besonderer Ausweis der Zugehörigkeit zum traditionellen kölschen Milieu. Die Verflechtung mit ihr eröffnet auch ausländischen Bewohnern einen Zugang, nicht zuletzt durch die Anknüpfung an überlieferte Formen nachbarschaftlicher Solidarität in der Versorgung mit Naturalien, welche der Markthalle einen augenzwinkernd registrierten Geruch von Kleinkriminalität verleihen.

Demgegenüber wird die Stollwerck-Fabrik von Traditionellen wie Alternativen thematisiert, jedoch in völlig konträrer Weise. In ihrer zeitweiligen Funktion als alternatives Kulturzentrum, dessen Abriß als Verlust für die Südstadt kritisiert wird, war »Stollwerck« insbesondere für die Pioniere der alternativen Einwanderer *das* Symbol »ihrer« Südstadt gewesen. Deutlichster Beleg dafür sind die Spontaneität und Ausführlichkeit, mit der Alternative über das Kulturzentrum als zentralem Kapitel der Südstadtgeschichte berichten, wohingegen in den Erzählungen der Kölschen praktisch nur die Fabrik thematisiert wird und die alternative Nutzung – sofern überhaupt wahrgenommen – allenfalls als Fußnote der Geschichte »ihres« Viertels erscheint.<sup>55</sup>

<sup>54</sup> M. Halbwachs, Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen, Berlin / Neuwied 1966 und ders. (s. A 17).

<sup>55</sup> Die enge Verbindung von sozialer Verflechtung und lebensweltlicher Orientierung macht es methodisch erforderlich, eine »oral history« durch »hard facts« über strukturelle Aspekte zu ergänzen, deren vorgängige Kenntnis oft erst das volle Verständnis der Erzählungen ermöglicht, die viele In-

Diese Beispiele verdeutlichen den einleitend erwähnten vielschichtigen Symbolgehalt des Begriffs »Südstadt«: Der allmählich entstandene großräumigere Stadtteil löste die kleinen Quartiere nicht einfach ab, sondern verbindet mehrere sich überlagernde, ethnisch oder kulturell definierte soziale Räume.

Innerhalb des Viertels bilden türkische und italienische Bewohner eigene soziale Netze oder »Quartiere«. Die starke Orientierung ersterer auf die eigene Gruppierung hat ihr Pendant in einem klaren Außenseiter-Status, der sich in der weitgehenden Unkenntnis der informellen Viertelsbezeichnungen spiegelt. Bei letzteren sind demgegenüber zum einen die internen Verflechtungen schwächer ausgeprägt und zum anderen die Beziehungen zu Deutschen intensiver. Sie haben an deutschen Viertelsbezeichnungen sowie an traditionellen Symbolisierungen teil und identifizieren sich außerdem mit italienischen Aspekten der Südstadt.

Die Deutschen leben jeweils in »ihrem« Viertel, in dem »die anderen« als Randgruppen wahrgenommen werden. Die kölschen Traditionellen identifizieren sich mit einem – geographisch variablen – sozialen Raum Severinsviertel (bzw. Vringesveedel), der traditionelle Arbeiter- und gemischte Straßen in Alt- und Neustadt umfaßt und benutzen darüber hinaus die Bezeichnung Südstadt zur großräumigeren geographischen Orientierung. Symbole wurzeln in Historischem, in alten Bauten und überlieferten Erinnerungen. Die deutschen und ausländischen Einwanderer sind ihnen in das vertraute Viertel eindringende Immigranten, wobei langansässige Italiener am ehesten als zugehörig akzeptiert werden.

Die Mitglieder der alternativen Szene schließlich leben in ihrer »Südstadt«, weitere Symbolisierungen finden sich heute nicht. Sozial ähnlich abgegrenzt wie die Türken, können sie als »etablierte Outsider« betrachtet werden, deren überlegener Status sich in ihrer lebensweltlichen Orientierung und der materiellen Prägung des Viertels durch sie zeigt. Ihnen bieten Eingeborene und – mit ihrer Infrastruktur – vor allem Ausländer eine attraktive Kulisse sowie gelegentliche Ausflugsziele für den präferierten alternativ-urbanen Lebensstil.

formationen nur implizit oder symbolisch enthalten. Vor allem aber erbringt die Analyse des nicht Wahrgenommenen oder nicht Thematisierten oft die klarsten Hinweise auf unterschiedliche kollektive Gedächtnisse und somit differente Gruppierungen.

Johann Paul

## Wie überall im Reich war auch in...?

*Ein Vergleich stadtgeschichtlicher Darstellungen über Stuttgart, Leverkusen und Düsseldorf in der NS-Zeit*

»Die Stadt Stuttgart war nach 1933 eine »braune Stadt«, (...) fest eingefügt in den totalitären Führerstaat. Indes bewahrte sie sich auch unter dem Nationalsozialismus manche Besonderheit, manche Eigenheit. Die Männer, die den maßgeblichen politischen Einfluß ausübten, (...) unterschieden sich von den »NS-Potentaten« anderer deutscher Großstädte.« So schreibt Oberbürgermeister Manfred Rommel in seinem Geleitwort zur Studie von Roland Müller über Stuttgart in der NS-Zeit.<sup>1</sup>

In dieser Aussage, von der sich allerdings noch erweisen muß, inwieweit sie zutrifft, wird das Spannungsfeld deutlich, in dem sich jede Stadtgeschichte zum Nationalsozialismus bewegt. Auf der einen Seite wird es begrenzt durch die übergeordneten Strukturen und allgemeinen Entwicklungen, auf der anderen durch die konkreten Verhältnisse vor Ort. Die Verknüpfung beider Pole ist mit Risiken verbunden. Wird das allgemeine Geschehen überbetont, verkümmert die Anschaulichkeit. Die Untersuchung wird langatmig und rasch uninteressant, weil sie längst Bekanntes nur wiederholt. Borden hingegen die lokalen Ereignisse über, können die Befunde banal werden, verdampfen womöglich die nationalsozialistischen Greueltaten und besteht besonders, wenn Honoratioren und Institutionen auf die eine oder andere Art mit dem Nationalsozialismus im lokalen Umfeld verwoben waren, die Gefahr der Abschwächung oder gar des Verzichts auf eine kritische Beurteilung.

Stadtgeschichten über die Zeit des Nationalsozialismus wenden sich, erst recht, wenn sie aus dem kommunalen Haushalt gefördert werden, an einen breiten Leserkreis. Deshalb müssen sie

lesbar sein. Dies setzt ein Mindestmaß an schriftstellerischem Rüstzeug voraus, unter dem keineswegs der Anspruch auf Wissenschaftlichkeit leidet. Weitschweifigkeit und Abgehobenheit deuten auf ein Desinteresse am Leser hin und konterkarieren das Hauptanliegen solcher Arbeiten, ein größeres Publikum, insbesondere die vielbeschworene jüngere Generation, über das lokale Geschehen zu informieren.

Wenn es stimmt, daß die lokalen Verhältnisse im nationalsozialistischen Deutschland nicht uniform waren, müßten Abweichungen, aber auch Übereinstimmungen durch einen Vergleich verschiedener Stadtgeschichten erkennbar werden. Diese Frage soll anhand der Darstellungen von Roland Müller über Stuttgart, Eva Wolff über Leverkusen<sup>2</sup> und Peter Hüttenberger über Düsseldorf<sup>3</sup> untersucht werden.

Zwei der drei Objekte, Stuttgart und Düsseldorf, sind sich relativ ähnlich. Beide Städte sind alte Residenzstädte, die sich im 19. Jahrhundert zu modernen Großstädten mit großbürgerlichem Einschlag entwickelten. Beide wurden bedeutende Industriestandorte, ohne daß jedoch einzelne Unternehmen dominierten. Leverkusen, das dritte Beispiel, hebt sich von den beiden anderen deutlich ab. Ebenso wie in zahlreichen

<sup>2</sup> E. Wolff, Nationalsozialismus in Leverkusen, Leverkusen 1988. Die Untersuchung erstreckt sich auf das heutige Stadtgebiet und schließt früher selbständige ländlich-kleinstädtische Nachbargemeinden ein. Diese werden im vorliegenden Aufsatz nicht betrachtet; es interessiert allein die Entwicklung in (Alt-)Leverkusen, eine Chemiarbeiterstadt unter dem Bayerkreuz.

<sup>3</sup> P. Hüttenberger, Die Industrie- und Verwaltungstadt (20. Jahrhundert), als Band 3 in: Düsseldorf. Geschichte von den Anfängen bis ins 20. Jahrhundert, im Auftrag der Landeshauptstadt Düsseldorf, hrsg. von H. Weidenhaupt, Düsseldorf 1989.

<sup>1</sup> R. Müller, Stuttgart zur Zeit des Nationalsozialismus, Stuttgart 1988.



Ruhrgebietsstädten jüngerer Typs (z.B. Herne und Bottrop) war hier die Stadtentwicklung bis in die NS-Zeit rudimentär und wurde wesentlich durch ein Großunternehmen, das Werk Leverkusen der I. G. Farben, beeinflusst.

Die Fallbeispiele sind so gewählt, daß sowohl strukturelle Unterschiede als auch solche Besonderheiten des Nationalsozialismus auf lokaler Ebene zu erkennen sein dürften, die auf dem Einfluß Einzelner oder von Gruppen beruhen. Untersucht wird dies an einem Fächer von Themenbereichen, die inzwischen zum Standardrepertoire stadthistorischer Arbeiten über den Nationalsozialismus gehören. Aus Platzgründen handelt es sich nur um eine Auswahl. Anschließend soll verglichen werden, wie urteilsfreudig die Verfasser und wie lesbar ihre Arbeiten sind. Dies leitet schließlich über zu der Frage der Abgrenzung von Gesamtdarstellung und Spezialstudie.

### 1. Themen

#### *Entwicklung der NSDAP bis zur »Machtergreifung«*

Beschrieben werden Anfänge, Aufstieg und Wählerschichten der NSDAP auf Stadtebene bis 1933. Diese Entwicklungsgeschichte ist eingebettet in die Schilderung der sich gleichzeitig vertiefenden wirtschaftlichen und politischen Krise am Ende der Weimarer Republik.

Hüttenberger gliedert die Anfänge der Düsseldorfer NSDAP in drei Abschnitte. Von 1920 bis 1926 prägten »sektiererische Figuren« (S. 353), die vor allem aus der Bahn geworfene jüngere Anhänger um sich scharten, das Erscheinungsbild der Partei. Sie predigten einen diffusen »Führer-Erlöser«-Glauben. Im ganzen machte die frühe Düsseldorfer NSDAP den Eindruck »eines antisemitischen Geselligkeitsvereins von großmäuligen, wenig ausgelasteten Jugendlichen« (S. 357). In den nächsten drei Jahren erschütterten ständig Intrigen und Rivalenkämpfe die örtliche NSDAP. 1929 begann schließlich die Phase ihrer »Bürokratisierung und organisatorischen Ausfächerung« (S. 361). Düsseldorf wurde Gauhauptstadt. Es entstand der Typ des fanatischen Parteifunktionärs, dessen lokale In-

karnation der aus undurchsichtigen Machtkämpfen siegreich hervorgegangene Gauleiter Friedrich Florian war. Hüttenberger gewährt diesen gläubigen »alten Kämpfern« keinen Irrtumsrabatt. Sie hätten ihn auch nicht verdient.

Die Anfänge der Leverkusener NSDAP sind eng mit dem späteren Leiter der Deutschen Arbeitsfront, Robert Ley, verknüpft. »Frontkämpfer« Ley stieß nach dem Putschversuch von 1923 zu den Nationalsozialisten und gründete zusammen mit anderen Chemikern des I. G. Farbenwerks Leverkusen, das ist das heutige Bayer-Unternehmen, eine Ortsgruppe des Völkisch-Sozialen Blocks. Dies war eine Tarnorganisation der vorübergehend verbotenen NSDAP. Zunächst einer der Brennpunkte der NS-Bewegung im Kölner Raum, fiel die Leverkusener NSDAP 1927 in die Zweitklassigkeit zurück, als das Farbenwerk den Arbeitsvertrag mit Ley nach einer antisemitischen Tirade gegen das Aufsichtsratsmitglied Max Warburg auflöste und Ley ins Oberbergische Land verzog, wo er nun für Furore sorgte.<sup>4</sup>

Für die Stuttgarter Nationalsozialisten setzte Müller zufolge 1930 eine »erstaunliche Aufwärtsentwicklung« (S. 22) ein. Zuvor dümpelten sie in den relativ ruhigen Jahren der Weimarer Republik als unbedeutende Splittergruppe vor sich hin. In deutlicher Abgrenzung zum Raubkult der SA warb der Stehkragen-Nationalsozialist Dr. Karl Strölin, Amtmann beim städtischen Gaswerk, für eine angeblich grundlegende NS-Mittelstandspolitik.

Bei der Bewertung der Wahlergebnisse zwischen 1930 und 1933 weisen Müller und Wolff darauf hin, die örtlichen NSDAP-Resultate hätten zum Teil kräftig unter dem »Reichsdurchschnitt« gelegen. Der Gebrauch dieser magischen Meßlatte will nicht recht überzeugen. Das Entscheidende ist, wie Hüttenberger für Düsseldorf darlegt, daß die NSDAP schon 1930 aus dem Getto einer Splitterpartei ausbrechen und zu etablierten Parteien aufschließen konnte. In Stuttgart arbeitete sie sich an das Zentrum und

<sup>4</sup> H.-W. Brandenburger, Ley-Land. Dr. Robert Ley und der Nationalsozialismus im Oberbergischen, Köln 1988.

die Deutschnationale Volkspartei (DNVP), in Leverkusen, wie in Düsseldorf, an die SPD heran. In der Chemiestadt waren die Nationalsozialisten deutlich vor der Deutschen Volkspartei (DVP) und DNVP stärkste Partei auf dem rechten Flügel. Laut Hüttenberger wählten bereits 1930 »offensichtlich (...) in besonderem Maß Geschäftsleute und Beamte vorwiegend evangelischer Konfession den Nationalsozialismus« (S. 429) aus »Republikverdrossenheit«, »Zukunftsangst« oder Furcht vor dem Kommunismus (S. 427). Müller kommt für Stuttgart zu einem ähnlichen Befund.

Wie stabil waren die Arbeiterparteien und – im Rheinland – das Zentrum? In Düsseldorf mußten KPD und SPD 1932 beträchtliche Verluste hinnehmen; auch der Zentrumssturm zeigte erste Risse. Die NSDAP ging dort aus der Juliwahl als stärkste Partei hervor, nach der Reichstagswahl im November 1932 wurde sie es in Stuttgart. In Leverkusen konnten KPD, Zentrum und SPD ihre Stellung halten oder ausbauen. Aber auch hier wurde die Arbeiterschaft anfällig für nationalsozialistische Parolen. Bei der Betriebsratswahl von 1931 erreichte die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO) im I. G. Farbenwerk Leverkusen beachtliche 13,2 Prozent der Stimmen. Leider verbannt die Verfasserin dieses interessante Ergebnis in die Fußnoten am Schluß der Arbeit und erwähnt statt dessen im Hauptteil nur den »reichsweit sehr geringe(n) (NSBO-) Stimmenanteil von 0,5%« (S. 187). Zweifelhafte erscheint daher, ob es den Nationalsozialisten in Leverkusen, wie behauptet, nicht gelang, in die katholische Arbeiterschaft einzudringen. Diese sei durch die »Arbeit der christlichen Gewerkschaften« und »vor allem durch die Sozialpolitik der I. G. Farben« (S. 57) immunisiert worden. Immerhin verloren die christlichen Gewerkschaften 1931 im Bayerwerk gegenüber den letzten Betriebsratswahlen etwa ein Drittel ihrer Stimmen.<sup>5</sup> Gemessen an den Erfolgen der NSBO und der kommunistischen Revolutionären Gewerk-

schaftsopposition (RGO), letztere erzielte aus dem Stand 32,6 Prozent, muß die Unzufriedenheit in der Belegschaft des Bayerwerks erheblich gewesen sein.

#### *Eroberung der Rathäuser und nationalsozialistische Stadtverwaltung*

Zwar wiesen sich die Nationalsozialisten in keiner der drei Städte durch kommunalpolitische Kompetenz aus, doch tat dies ihrem Vormarsch keinen Abbruch. Die Politiker der Weimarer Republik hatten in den Augen vieler Zeitgenossen völlig abgewirtschaftet. Vor 1933 habe »man geredet, geschwätzt, aber es wurde nichts getan«, und »es wurde schlimmer und schlimmer«, meinte ein Leverkusener Einwohner rückblickend (E. Wolff, S. 71).

Hüttenberger zeigt, daß die sogenannte Machtergreifung kein Betriebsunfall war, sondern sich lange vorher durch einen »anhaltende(n) Verfall politischer Begriffe« (S. 422) ankündigte. Auch kirchliche Kreise vergötterten in erschreckender Weise die Führervorstellung. Für den Präses der rheinischen Provinzialsynode der evangelischen Kirche, Wolff, war schon 1927 »der Führer (...) ein Führer, der das Ahnungsvermögen hat, zu horchen, wohin die heiligen Ströme in der Welt des Geistes und der Geister rauschen wollen« (S. 423). »Der Jugendpräses«, die Zeitschrift der Düsseldorfer Zentrale des katholischen Jungmännerverbandes, blies im Mai 1932 »aus dem »Hauptquartier« (...) für das ganze Reich zum Sturm«, Dazu werde »jeder Präses (...) die »Waffenrüstung« Gottes anziehen, seine Seele mit geistiger Munition füllen«. Auf fatale Art spielte diese »unfriedliche, militaristische Formel« (S. 425) den Nationalsozialisten in die Hände und beleuchtet den kritischen inneren Zustand kirchlicher Organisationen am Ende der Weimarer Republik.

Beim Sturm auf die Rathäuser gingen die Nationalsozialisten unterschiedlich zu Werke. In Düsseldorf verhafteten sie am 12. April den konservativen Oberbürgermeister Robert Lehr und bezichtigten ihn, er habe am Erwerb städtischer RWE-Aktien auf verschlungenen Wegen mitverdient. Für eine Anklage waren die Beschuldigung-

<sup>5</sup> H. A. Winkler, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, Berlin 1987, Anhang.

gen zu dünn. Der Gauleiter als treibende Kraft blamierte sich. Insgesamt verlief die Machtübernahme in Düsseldorf »weitgehend reibungslos« (S. 447). Größere Neubesetzungen gab es nur bei den leitenden städtischen Beamten. Doch nahm allgemein die Angst um den Verlust des Arbeitsplatzes zu. Im Sommer 1933 durchlief eine Denunziationswelle die Stadtverwaltung, von den Nationalsozialisten skrupellos geschürt und benutzt, um vor allem »persönliche Feinde« (S. 472) zu erledigen. Ihre Propaganda von der neuen städtischen Sparsamkeit durchkreuzten sie selbst, indem sie mehrere hundert »Alte Kämpfer« einstellten. Dies stand nicht nur im Widerspruch zu den seit 1930 betriebenen Spar- und Rationalisierungsanstrengungen, sondern brachte, weil die Günstlinge des neuen Regimes meist gar nicht richtig arbeiten konnten, viel Sand ins Getriebe einer Verwaltung, deren Führung, so Hüttenberger, außerstande war, »eine stabile Ordnung zu schaffen« (S. 516). Offenkundig wurde dies spätestens 1937, als ein schwerer Korruptionsfall die Stadtverwaltung erschütterte und mehrere Nazigrößen einschließlich des Oberbürgermeisters mit sich riß. Das anschließende Ränkespiel zwischen dem Düsseldorfer Gauleiter, seinem Erzrivalen, dem Essener Gauleiter, der gleichzeitig Oberpräsident der Rheinprovinz war, und dem Regierungspräsidenten bei der Besetzung des Oberbürgermeisterpostens macht deutlich, daß die Düsseldorfer Verwaltung Ende der dreißiger Jahre »verkommen (...), ja zerstört« war (S. 526). Machtzentrum in der Stadt war die korrupte »Gauclique« um Gauleiter Florian. Ihre Mitglieder entwickelten eine Form von »Bandenmentalität« und verfügten über gute Beziehungen zu vielen Institutionen (S. 498 f.).

In Stuttgart jagten die Nationalsozialisten den altgedienten Oberbürgermeister Karl Lautenschläger nicht aus dem Amt. Offenbar machte seine bevorstehende Pensionierung, die etwas vorverlegt wurde, einen Eklat überflüssig. Sein Nachfolger wurde im Mai 1933 der städtische Beamte Strölin. Er blieb bis zum Ende der NS-Zeit Verwaltungschef. Auch in Stuttgart regierte der Gauleiter in die Stadtverwaltung hinein. Bevorzugtes Gebiet war die Personalpolitik.

Die Haltung des Oberbürgermeisters bleibt undurchsichtig. Möglicherweise beruht dieser Eindruck auf Müllers Darstellung, die hier konzentrierter hätte sein können. Einerseits soll der Verwaltungschef der Auffassung gewesen sein, »die Personalpolitik liege (...) ausschließlich in der Hand des Stadtvorstands, und er werde alle Einflüsse ausschalten« (S. 207). Eine derartige Ankündigung hätte sich nur gegen die Partei richten können. Andererseits sagte er aber wörtlich, im Konflikt »über die Aufgabenverteilung zwischen Partei, Staat und Behörde« sei »die Partei in jeder Weise richtungsgebend« (R. Müller, S. 207 f.). Der Oberbürgermeister, ein Alt-Nationalsozialist, hat trotz gelegentlichen Unwillens am Primat der NSDAP in der Gemeindeverwaltung keinen Zweifel aufkommen lassen.

Der Leverkusener Bürgermeister gehörte zu den Wendehälsen. Er trat aus dem Zentrum aus und versuchte, als Instrument der Nationalsozialisten beruflich zu überleben. Doch schon im Mai 1933 wurde er beurlaubt. »Alte Kämpfer« in SA und NSDAP wurden, wenn sie nicht in der Stadtverwaltung untergebracht werden konnten, Bayer ohne durchschlagenden Erfolg angeordnet. Ebenso wie in Stuttgart und Düsseldorf war die soziale Zusammensetzung des NS-Stadtrats in Leverkusen unausgewogen. Hier war die Schlagseite besonders kraß. Unter den Ratsherren war nur ein halber Arbeiter, der sich inzwischen als SA-Führer betätigte. Dagegen bevölkerten mehrere Bayer-Angestellte den Rat. Die Beziehungen zwischen der Stadt und dem Chemiewerk dürften, auch wenn die Verfasserin nicht viel darüber schreibt, nicht die schlechtesten gewesen sein. Zwar degenerierten die Gemeinderäte nach 1933 zum Akklamationsorgan und Transmissionsriemen nationalsozialistischer Politik, doch sollte der Einfluß der Ratsmitglieder »aufgrund ihrer Parteiämter, ihrer Beziehungen zur Gauleitung und zur Kreisleitung und ihrer Positionen in Wirtschaft und Kultur« nicht unterschätzt werden (P. Hüttenberger, S. 514).

Frau Wolff schreibt, der »neue Verwaltungsstil« habe sich nicht zuletzt durch eine »in strikter Abgrenzung zur Politik der Weimarer Republik exzessiv betriebene »äußerste Sparsamkeit«

bemerkbar gemacht. (S. 109) Haben die Weimarer Politiker, allen voran Brüning, das Geld zum Fenster hinausgeworfen? Dies behaupteten jedenfalls die Nationalsozialisten, als sie stereotyp über die »Schuldenwirtschaft des Weimarer Systems« geiferten. Das NS-Regime hat bekanntlich vor allem fürchterlich im Wohlfahrtssetat geholt. Der Leser fragt sich, wie sparsam eine Verwaltung war, in deren Dienststellen manche unbrauchbaren »Alten Kämpfer« ihre Zeit totschlugen. Außerdem flossen auch in Leverkusen städtische Gelder in diverse Parteikassen. Sonderbar wirkt auch die Behauptung, in der NS-Stadtverwaltung habe es eine »strikte (...) Trennung von Dienstlichem und Privatem« gegeben (S. 114). War Parteiarbeit Dienst? Und wer bezahlte die für Parteiveranstaltungen freigestellten städtischen Mitarbeiter? Etwa die Partei? Diese Parteiaktivitäten wurden für die Kommunalverwaltungen zu einer schweren Belastung, wie Hüttenberger für Düsseldorf anschaulich beschreibt: »Schließlich schickten Partei, SA, SS, NSV, DAF die Beamten und Angestellten ab 1934 unentwegt zu Führerkursen, Sportlehrgängen und Führerschulen. Sie nahmen dabei keine Rücksicht auf die Stadtverwaltung, die bald nicht mehr wußte, wieviel sie die zahlreichen Beurlaubungen kosten würde« (S. 476).

Wie durch und durch korrupt das NS-Regime war, verdeutlicht eine Anordnung des württembergischen Gauleiters und Reichsstatthalters Murr von 1936. Es sei nicht Aufgabe »eines nationalsozialistischen Beamten (...), daß er hundert Paragraphen auskramt, um Wünschen von Parteidienststellen zu begegnen, sondern (...), daß er nach einem gangbaren Weg durch das Gestrüpp von Paragraphen und Bedenken sucht, um Wünsche zu erfüllen«. Dies sei eine »selbstverständliche Anstandspflicht« der Behörden (R. Müller, S. 217).

### *Selbstdarstellung und Stadtentwicklung*

Ähnlich wie München (»Hauptstadt der Bewegung«) und Nürnberg (»Stadt der Reichsparteitage«) buhlten auch Stuttgart und Düsseldorf mit Beinamen um die Gunst Hitlers und seiner Paladine in Berlin. Die württembergische Lan-

deshauptstadt nannte sich »Stadt der Auslandsdeutschen«, die niederrheinische Metropole firmierte mit dem Zusatz »Schlageterstadt«.

Ziemlich an den Haaren herbeigezogen, mußte in Stuttgart die Existenz eines 1917 gegründeten Deutschen Auslands-Instituts für die Wahl des »Ehrentitels« erhalten. Die Stadtverwaltung rührte zwar mächtig die Werbetrommel und inszenierte großzügige Veranstaltungen. Doch war das ganze wohl ein teurer Flop. Aus Berlin flossen keine zusätzlichen Finanzmittel ins Schwabenzentrum, das viel Geld zur Verbesserung seiner Infrastruktur brauchte. Die Stadt war nämlich ein vitales Industriegebiet, das nach Überwindung der Wirtschaftskrise immer mehr Arbeitskräfte anzog. Mit der wachsenden Wohnungsnot wurde Stuttgart jedoch nicht fertig.

Zwar plante die Stadtverwaltung, Stuttgart rigoros umzukrempeln. In der Altstadt sollten ganze Quartiere abgerissen und die nach Meinung des Oberbürgermeisters hier wohnenden »asozialen Elemente (...) dorthin gebracht werden, wo sie entweder erzogen oder, wenn das nicht mehr möglich ist, auf die Dauer verwahrt werden, also in Beschäftigungshäuser, Arbeitshäuser u. dgl. geschlossene Einrichtungen« (R. Müller, S. 256). Für die »rassisch wertvollen Volksgenossen«, unter ihnen viele SS- und SA-Mitglieder, waren »Kleineigenheimsiedlungen« am Stadtrand vorgesehen. Die meisten hochfliegenden Pläne verschwanden in den Schubladen. 1939 fehlten mehrere tausend Wohnungen. Hauptverantwortlich dafür war die rücksichtslose Aufrüstungspolitik des Regimes, die immer größere Ressourcen verschlang. Müller beschreibt anschaulich, mit welchen Mitteln die NS-Reichsregierung den Gemeinden die Luft abschnürte. Investitionen mußten zurückgestellt und kommunale Darlehen forciert getilgt werden, damit der Kapitalmarkt zusätzliche Mittel zur Finanzierung der Remilitarisierung Deutschlands anbieten konnte.

Die Düsseldorfer Nationalsozialisten vernahmten Albert Leo Schlageter, einen Freikorpssmann, den die französische Besatzungsmacht 1923 nach einem Anschlag zum Tode verurteilt und hingerichtet hatte, als einen der ihren. Vor

dem schon 1931 an der Hinrichtungsstätte errichteten riesengroßen Kreuz veranstalteten sie zwei Jahre später eine bombastische Totenfeier, die mehr war als eine »verlogene Propagandaschau«. Es war der nicht vergebliche Versuch, »unter den Düsseldorfern Identität mit dem Nationalsozialismus zu stiften«. Dabei berührt es unangenehm, »daß beide Kirchen, die sonst so empfindlich gegenüber Ketzereien und Verunstaltungen des Glaubens reagierten, nicht vor Entsetzen und Abscheu protestierten und die Zusammenarbeit sogleich aufkündigten«. Düsseldorf sollte ein nationaler Wallfahrtsort für den »deutschen Johannes der Täufer« werden (P. Hüttenberger, S. 484 f.).

Düsseldorfs Stadtentwicklung läßt sich in zwei Phasen gliedern. Zwischen 1933 und 1937 standen die »Folgeprobleme der Wirtschaftskrise und der Ideologie der Volksgemeinschaft« im Vordergrund. Von 1938 bis 1942/43 lebte das Regime »triumphale Herrschaftsgefühle« aus (S. 527). Ging es zunächst um die Beseitigung von Slums und den Siedlungsbau, drohte die Stadt Ende der dreißiger Jahre ebenso wie Stuttgart und andere Gauhauptstädte durch gigantische Bauten und Anlagen, ihr historisches Gesicht zu verlieren. Auf dem Reißbrett kündigte sich auch schon die Verkehrsplanung der Nachkriegszeit an.

Gegen die jüngst von Rainer Zitelmann wieder entfachte Debatte über das Modernisierungspotential der NS-Diktatur<sup>6</sup> läßt sich für die Stadtebene mit Hüttenberger entgegenhalten, daß 1933, abgesehen von der Entstehung einer neuen Politiker- und Funktionärskaste, »lediglich Entwicklungen, die schon vor 1914 in Düsseldorf längst in Gang gekommen, dann durch den Krieg und die Armut der Nachkriegszeit angehalten worden waren, wieder belebt und fortgeführt« wurden. »Düsseldorf war schon vor 1914 eine technisierte Stadt gewesen« (S. 563).

<sup>6</sup> M. Prinz / R. Zitelmann (Hrsg.), *Nationalsozialismus und Modernisierung*, Darmstadt 1991.

### *Wirtschaftliche Entwicklung und soziale Lage*

Der nationalsozialistische Staat sei ein »Arbeitsstaat und kein Wohlfahrtsstaat (...). Wer nicht will arbeiten, der soll auch nicht essen«, verkündete Stuttgarts neuer Wohlfahrtsreferent, ein früherer Pfarrer, im Juni 1933 mit alttestamentarischer Strenge (R. Müller, S. 83). Ledige und verheiratete kinderlose Frauen unter den Arbeitslosen waren in Stuttgart die ersten, die zu Pflichtarbeiten herangezogen wurden. Wer nicht zu »positiver Arbeit« bereit war, sollte nach Meinung des Stuttgarter Oberbürgermeisters »zum mindesten für die Volksgemeinschaft unschädlich« gemacht werden (R. Müller, S. 86). Gleichzeitig setzten vor allem jüngere Menschen große Hoffnungen in die NS-Regierung. In Düsseldorf stieg 1933 die Zahl der Eheschließungen um ein Drittel. In Leverkusen wurden 1934 36 Prozent mehr Kinder als im Vorjahr geboren. 1936/37 herrschte nahezu überall Vollbeschäftigung. Doch hatten »zahlreiche junge Männer einen Arbeitsplatz lediglich auf den Autobahnbaustellen in primitiven, wandernden Barackenlagern« (P. Hüttenberger, S. 555). Und Frauen wurden oft aus dem Berufsleben beispielsweise durch die sogenannte Heiratsbeihilfe hinausgedrängt.

Einkommenssteigerungen beruhten hauptsächlich auf verlängerten Arbeitszeiten. Ein großer Teil der Beschäftigten lebte weiterhin »am Rande des Existenzminimums« (P. Hüttenberger, S. 555). Über die Deutsche Arbeitsfront (DAF), die Amüsement und Fortbildung anbot, und die Verheißung, auch sie gehörten zu den arischen Herrenmenschen, sind die Nationalsozialisten tief in die Arbeiterschaft vorgedrungen. Wer nicht spürte, mußte auch am Arbeitsplatz mit Repression rechnen. So baute die Gestapo beispielsweise im I.G. Farbenwerk Leverkusen »unter Mithilfe verschiedener Betriebsorgane ein perfektes Überwachungssystem« auf (E. Wolff, S. 201). Aber da gab es einen Werkschutz, und die Verfasserin stellt sich die »Frage, ob der Werkschutz generell alle ihm zur Kenntnis gebrachten Fälle meldete oder nur die, von denen NS-Dienststellen bereits erfahren hatten, und ein Versäumnis der Meldung eher einen

noch stärkeren Zugriff der Gestapo auf den Betrieb provoziert hätte«. Eine reichlich spitzfindige Frage, die, wen wundert's, »aufgrund der vorliegenden Quellsituation nicht beantwortet werden kann« (S. 202). Ist deshalb der Werkschutz aus dem Schneider?

### *Anpassung, Resistenz und Unterdrückung*

Alle drei Untersuchungen bestätigen die Forschungsergebnisse zum Widerstand der Arbeiterparteien. Die KPD verheizte ihre Untergrundkämpfer, weil sie nicht begriff, daß es in der Arbeiterschaft keine Basis für einen Aufstand gegen das NS-Regime gab. Die SPD-Mitglieder zogen sich, soweit sie nicht abfielen, in die Privatheit zurück oder versuchten, in Freundeskreisen, Skatrunden u. ä. zu überwintern. An illegalen Aktivitäten beteiligten sie sich selten.

Freiwillige Unterwerfung und opportunistische Anpassung haben den Siegeszug der Nationalsozialisten 1933 wesentlich erleichtert. Beide Kirchen bemühten sich, ihren Standpunkt in Glaubensfragen und ihre Organisationsstrukturen zu verteidigen. Durchaus sympathisch nahm das Kirchenvolk hingegen den nationalsozialistischen Kampf gegen den atheistischen Marxismus und für die »nationale Sache« auf. Vor allem gegen die festgefügte katholische Kirche führten die Nationalsozialisten ihre Angriffe meist auf »Umwegen« (P. Hüttenberger, S. 613). Ihre Vorhut bildete die HJ.

Als nützliche ideologische Handlanger erwiesen sich viele Lehrer. Bei dem Versuch, ein ausgewogenes Bild von einem Schulleiter zu geben, stützt sich die Leverkusener Autorin auf problematische Quellen, ohne dies zu erörtern. Sie zitiert aus einer Festschrift von 1956, die diesen Schulmann in den hellsten Farben zeichnet: »Sein ausgleichendes, kollegiales Wesen in den verworrenen Zeiten (sei) bei denen, die mit ihm leben und erziehen durften, in dankbarer Erinnerung« (E. Wolff, S. 235). Dieser Satz sagt vermutlich mindestens genauso viel über den Geist der Nachkriegszeit wie über den Lehrer aus. Es waren dies bekanntlich, wie Hermann Lübke einmal sagte, die Jahre des »kommunikativen Beschwiegens«, in denen die Erinnerung an die

»verworrenen Zeiten« verkleistert wurde. Darauf geht die Verfasserin nicht ein.<sup>7</sup> Nicht nur die Festschrift, sondern auch die Aussage eines Zeitzeugen wird dem Leser unkritisch präsentiert. Ein früherer Kollege, von dem der Leser nicht weiß, wie dieser sich in der NS-Zeit verhalten hat, sagte 1966 über seinen Direktor, daß er »die gesamte Arbeit der Schule gegen die Partei abgedeckt« habe. Das kann sein; es kann aber genauso gut auch anders gewesen sein. Immerhin wurde der Schulleiter 1936 Gaupressereferent. Dies teilt die Verfasserin nur in dem sehr schwer handhabbaren Anmerkungsapparat ihrer Arbeit mit. Im Hauptteil heißt es vage: »Gleichzeitig scheint Dr. (...) aber auch in hoher Gunst bei den Nationalsozialisten gestanden zu haben.« Er war doch selbst Nationalsozialist! Nicht recht in das milde Bild der Erinnerung scheint das von der Verfasserin angeführte 1940 herausgegebene Lesebuch des Lehrers »Saat in die Zeit« zu passen. Doch hier greift sie ein und »stellt (...) erstaunt fest«, daß darin neben Klassikern zwar völkisch-nationale, aber »eindeutig nationalsozialistische Autoren (...) kaum berücksichtigt« wurden (S. 235). Dies ist nun alles andere als erstaunlich. »Die nationalsozialistische Literatur aus dem Ensemble der regressiven Literatur der Weimarer Republik zu lösen, ist«, worauf der Germanist Uwe-K. Ketelsen hinwies, »eine sinnlose Aufgabe.« Die Nationalsozialisten »reklamierte(n) (...) nach 1933 fast die gesamte völkisch-nationalkonservative Literatur, während (sie) mit den eigentlichen Partei- und Gesinnungsautoren z. T. ins Gericht ging(en)«.<sup>8</sup> Wenn die Verfasserin den Eindruck zu erwecken versucht, bei diesen national-völkischen Literaturprodukten habe es sich um ideologisch weitgehend unbelastete Ware gehandelt, ist diese Auffassung entschieden zurückzuweisen.

<sup>7</sup> Zur Problematik von Festschriften: O. Geudtner / H. Hengsbach / S. Westerkamp, »Ich bin katholisch getauft und Arier«. Aus der Geschichte eines Kölner Gymnasiums, Köln 1985, S. 207 f.

<sup>8</sup> U.-K. Ketelsen, *Völkisch-nationale und nationalsozialistische Literatur in Deutschland 1890–1945*, Stuttgart 1976, S. 64.

*Judenverfolgung*

Über die Ursache des im Frühjahr 1933 von den Nationalsozialisten verhängten Boykotts gegen jüdische Geschäfte lesen wir in der Leverkusener Arbeit folgendes: Vielerorts sei die SA im März eigenmächtig gegen jüdische Ladenbesitzer vorgegangen. Dies habe die »Reichsregierung mit dem Runderlaß des Reichsinnenministers« vom 14. d. M. zu unterbinden versucht. Die Parteiaktivisten hätten sich nicht um diese Anordnung geschert und weiter Juden drangsaliert, »was zu Protesten des Auslandes, Gegenkundgebungen und zunächst in den USA, dann auch in England, Frankreich, Belgien, Holland und Polen zu einzelnen Boykottmaßnahmen gegen deutsche Waren führte.« Soweit kann man der Darstellung folgen. Doch dann heißt es: »Derart provoziert, sah sich (...) Goebbels zur Offensive veranlaßt. Als Abwehrmaßnahme proklamierte er (...) einen reichsweiten Judenboykott« (S. 471). Wurde das NS-Regime »provoziert« und ordnete deshalb eine »Abwehrmaßnahme« an?<sup>9</sup> Der Leser wird hellhörig und entdeckt weitere Merkwürdigkeiten. Beispielsweise, daß die »Veräußerung des (jüdischen) Besitzes (...) unter einem gewissen (!) Druck« erfolgte und daß die »Reichsregierung unter Maßgabe einer gewissen (!) finanziellen Entschädigung für die Minderung des deutschen Steueraufkommens in Form der »Reichsfluchtsteuer« (...) der Abwanderung der Juden aus Deutschland grundsätzlich positiv« gegenübergestanden habe (S. 484). Soll der Leser Verständnis für die Erhebung dieser pervertierten Steuer aufbringen? Anselm Faust spricht zu Recht von einer »prohibitiv wirkenden Ausplünderung der Ausreisenden«.<sup>10</sup>

Der Judenpogrom im November 1938 demonstrierte die Verkommenheit und Brutalität der NS-Funktionäre. In Düsseldorf waren die Ausschreitungen besonders grausam, weil hier ein

angeschlagener Gauleiter seine Härte beweisen wollte. Unter denen, die die Synagoge in Brand steckten, waren Landgerichtsräte und Ärzte. Die Stuttgarter Synagoge brannten Feuerwehrleute nieder. Hüttenberger deutet den Pogrom, der viele Einwohner schockiert und empört habe, nicht zuletzt, weil ihr »Ordnungssinn« und »Ruhebedürfnis« gestört worden seien, als einen »okkulten nächtlichen Reinigungsakt« auf dem Weg in den Krieg (S. 622). Im Zweiten Weltkrieg betrieb ein gnadenlos arbeitendes Räderwerk, in das auch die Stadtverwaltungen eingespannt waren, mit bürokratischer Gründlichkeit den Völkermord an den Juden. Für die Deportation in den Tod verlangte die Stuttgarter Gestapo von den Opfern 57,65 RM.

*Krieg und militärischer Zusammenbruch*

In den großen westdeutschen Städten begannen Blitzkriegseuphorie und rauschhafte Vergötterung Hitlers schon vor der Kriegswende bei Stalingrad wachsender Ernüchterung zu weichen. Der im Sommer 1942 mit ungeheurer Wucht losbrechende Feuersturm der alliierten Bomberflotten verwandelte rasch ganze Innenstadtviertel, beispielsweise in Köln und Düsseldorf, in rauchende Trümmerhaufen. Dagegen war das wie auf einem Präsentierteller liegende Leverkusener I. G. Farbenwerk bei Kriegsende nur zu einem Fünftel zerstört. Das Daimler-Benz-Werk in Untertürkheim wurde erst im September 1944 schwer getroffen. Offensichtlich stand die Vernichtung von Wohnraum und Infrastruktureinrichtungen im Vordergrund. Diese Strategie hat zweifellos die Sympathien der Bevölkerung für die künftigen Besatzer nicht verstärkt.

Die Einstellung der Deutschen gegenüber Fremdarbeitern und Kriegsgefangenen bringt Hüttenberger auf den Punkt, wenn er schreibt: Sicherlich hätte die Düsseldorfer Bevölkerung differenziert, aber sie hätte »die Ausländer grundsätzlich unter den Gesichtspunkten des Futterneids« betrachtet und »in der Regel für Bummelanten, Faulenzer und Drückeberger gehalten, wobei alte nationale Vorurteile eine Rolle spielten«. Und vor allem dünkten sie sich den Ausländern überlegen (S. 639).

Mit der Lage der ausländischen Arbeiter beschäftigt sich die Leverkusener Studie ausführlich. Auf S. 560 schreibt die Verfasserin im Anschluß an die Skizzierung der Verhältnisse in anderen Leverkusener Fabriken, wo nach ihrer Ansicht »mit ungeheurer Brutalität« gegen Fremdarbeiter vorgegangen worden sei: »Aber auch die Fälle von Selbstverstümmelung, -verletzung und -verätzung nahmen im Leverkusener Werk der I. G. Farben zu, vor allem unter den Ostarbeiter(innen)«, weil sie sich davon eine Rückkehr in die Heimat erhofft hätten. Solche Verzweiflungstaten hat es sicher gegeben. Der Leser wird indes nachdenklich, wenn er sich den Beleg für die angeblich selbstverschuldeten Verletzungen und Verätzungen ansieht: Bayer-Archiv, Betriebsleiterbesprechung, 20. 10. 1943. Hat die Verfasserin überzeugende Gründe, sich die Aussage des Unternehmens zu eigen zu machen? Würden ehemalige Fremdarbeiter sie auch teilen? Wie stand es um die Arbeitssicherheit im Werk? Was produzierte das Farbenwerk? Wo wurden die Fremdarbeiter eingesetzt? Waren ihre Tätigkeiten mit gesundheitlichen (Langzeit-)Risiken verbunden? So lange solche grundlegenden Fragen nicht beantwortet sind, ist die Geschichte der Fremdarbeiter im I. G. Farbenwerk Leverkusen als Teil des I. G. Farbenimperiums nicht geschrieben.

Das Gros der Amtsinhaber funktionierte trotz gelegentlich aufkeimender Zweifel bis zum Ende des NS-Regimes zuverlässig. Stuttgarts Oberbürgermeister Strölin wußte durch Goerdeler und Rommel, daß Hitler abgesetzt werden sollte, war aber selbst an den Planungen offenbar nicht beteiligt und verdammt später dienstbeflissen das Attentat »mit großem Pathos« (R. Müller, S. 517). Noch am 10. April 1945 rief er die städtischen Bediensteten zu Schanzarbeiten auf. Ganz am Schluß sei er indes »befehlswidrig« in der Stadt geblieben, und »der Einsatz von Bürgern, das Bemühen aus den Reihen der Stadtverwaltung und vor allem (!) die Einsicht der zuständigen Militärs, aber auch wohl glückliche Umstände ersparten der Stuttgarter Bevölkerung sinnlose Opfer« (S. 535). Ein ärgerlicher Satz. Hatte das Sterben bis dahin Sinn?

Mancherorts haben Bürgermeister, sofern sie

nicht zu den verbohrten Nazis gehörten, Zerstörungsbefehle nicht mehr ausgeführt, als die alliierten Truppen vor der Stadtgrenze standen. Allerdings ist es oft schwierig, Wirklichkeit und Legende auseinanderzuhalten. Daß sich diese belasteten Amtsträger später als mutige Beschützer der Bevölkerung darstellten, liegt auf der Hand. Ohne andere Zeitzeugenaussagen sind ihre Berichte in eigener Sache nicht kontrollierbar.<sup>11</sup>

*2. Stadtgeschichte gleich Stadtgeschichte?*

Ja und nein. In den letzten Jahren hat sich ein Kanon von Fragestellungen herausgebildet, der sich in den meisten lokalgeschichtlichen Studien wiederfindet. Vielfach spannt sich der Untersuchungszeitraum von den Anfängen der NSDAP bis zum Einmarsch der alliierten Truppen. Günstiger wäre es indes, die Darstellung wenigstens bis zur Währungsreform fortzusetzen, um die fragwürdige Vorstellung von der »Stunde Null« bei Kriegsende nicht zu zementieren. Die Düsseldorfer Untersuchung, die im 19. Jahrhundert einsetzt und um 1950 endet, gehört hier zu den Ausnahmen.

Trotz methodischer Ähnlichkeiten fallen die verglichenen Studien recht unterschiedlich aus. Natürlich variiert das Quellenmaterial von Stadt zu Stadt. Vor allem setzt aber der jeweilige Bearbeiter unterschiedliche Schwerpunkte und bestimmt seine Erzählkunst Form und Inhalt der Untersuchung. Wenn der Hinweis, Lokalstudien über den Nationalsozialismus seien nicht nur für den Historiker, sondern auch für den interessierten Bürger geschrieben, mehr als eine verkaufsstimulierende Leerformel sein soll, kann der Leser ein Produkt erwarten, das sich durch Anschaulichkeit, Verständlichkeit und Urteilkraft auszeichnet.

In Leverkusen wurden zwar in einer wahren Kärnerarbeit Fakten gesammelt und Forschungsmeinung auf Forschungsmeinung ge-

<sup>9</sup> Zu den Hintergründen des Boykotts vom 1. 4. 1933 siehe H. Graml, Reichskristallnacht. Antisemitismus und Judenverfolgung im Dritten Reich, München 1988, S. 108 ff.

<sup>10</sup> A. Faust, Die »Kristallnacht« im Rheinland. Dokumente zum Judenpogrom im November 1938, Düsseldorf 1987, S. 29.

<sup>11</sup> Zum Umgang mit Zeugenschrifttum über das Kriegsende: H. Troll, Aktionen zur Kriegsbeendigung im Frühjahr 1945, in: Bayern in der NS-Zeit, Bd. IV, hrsg. v. M. Broszat u. a., München 1981, S. 645-689, hier S. 645 f.

türmt. Man liest und liest und kämpft doch oft gegen das Gefühl an, auf der Stelle zu treten. Vor einer Veröffentlichung als Buch hätte die Arbeit wesentlich gestrafft werden müssen. In Stuttgart ist dies geschehen. Forschungsgeschichtlicher Ballast wurde abgeworfen. Jedoch gerät die Darstellung verschiedentlich in die Nähe einer Chronik. In beiden Arbeiten wird meist sparsam und vorsichtig gedeutet und beurteilt. Anders Hüttenberger: Er erzählt anschaulich und spannend. Der Leser weiß, wo der Autor steht. Manche seiner Interpretationen mögen im juste milieu Verstimmung auslösen. Doch regen sie zur Auseinandersetzung an. Hüttenberger schreibt straff und zerredet nichts. Die beiden anderen Autoren locken hingegen den Leser bisweilen in ein Dickicht von Details, aus dem er nur schwer wieder herausfindet oder gewaltsam herausgezerrt wird. So mutet Müller seinem Leser den abrupten Übergang von der »kommunale(n) Energiewirtschaft während des Kriegs« zum Kapitel über »die Vernichtung »lebensunwerten Lebens« zu.

### 3. Gesamtdarstellung und Spezialstudie

Die lokale NS-Geschichtsschreibung droht zum Packesel der Nationalsozialismusforschung zu werden. Ein großer Teil der Themen, die in anderen Zusammenhängen erforscht wurden, wird im Nachhinein von der lokalen Nationalsozialismusforschung übernommen. Auch in den Gemeinden war der Nationalsozialismus unter dem Chiffre: die »verworrenen Zeiten« viele Jahre tabu. Pionierarbeit leisteten dann in den sechziger Jahren jüngere Historiker, die Widerstand und Verfolgung der Arbeiterparteien in Industriestädten erforschten. Dieser Forschungsansatz ist, wenn er sozialgeschichtlich erweitert wird, keineswegs obsolet. Dies beweist Klaus Tenfeldes Studie über eine Bergarbeitergemeinde in Oberbayern.<sup>12</sup> Ein anderes frühes Untersuchungsgebiet war die sogenannte Machtergreifung und ihre Vorgeschichte. Immer noch le-

senswert ist das Buch des amerikanischen Historikers William Sheridan Allen von 1966: »Das haben wir nicht gewollt!« Die nationalsozialistische Machtergreifung in einer Kleinstadt 1930 bis 1935.

Seit den siebziger Jahren wird die Forschungslage zum Nationalsozialismus für den Lokalhistoriker zunehmend unübersichtlich. Eine Flut neuer Themen stürzt auf ihn herein. Sie reichen von der Untersuchung des Verhaltens der Kirchen, der Judenverfolgung und sogenannten Euthanasie, des Fremdarbeiter- und Kriegsgefangeneneinsatzes, der Geschichte der NSDAP, SA und anderer NS-Organisationen, über Schule, Erziehung und Jugendprotest bis zur Beschreibung des (Kriegs-)Alltags und der Rolle der Frau im Nationalsozialismus. Kurz gesagt, die Untersuchungsfelder sind inzwischen Legion geworden.

Der Autor einer lokalgeschichtlichen Darstellung über die NS-Zeit wird unweigerlich Schwerpunkte setzen müssen, will er es nicht bei einer unbefriedigenden Kompilation bewenden lassen. Er muß dies auch gegenüber seinem Auftraggeber, der ihn meist nur eine begrenzte Zeit bezahlt, vertreten; denn schließlich steht er nachher für die Qualität seines Produkts gerade. Neben den klassischen Themen Machtübernahme, Anpassung, Resistenz, und Verfolgung erscheinen mir auf kommunaler Ebene Fragen der Stadtentwicklung und der Kommunalpolitik und -verwaltung in der NS-Zeit lohnend. Indes sollten keine Bereiche bearbeitet werden, für die innerhalb einer Gemeinde nur unzulängliche oder einseitige Quellen zur Verfügung stehen.

Wenn sie sich auf das Mögliche beschränkt, wird eine lokalgeschichtliche Gesamtdarstellung ein wichtiger Baustein zur Rekonstruktion der NS-Zeit in einer Gemeinde sein. Sie wird dann »eine gesicherte Basis für weitergehende Spezialuntersuchungen« schaffen. Diese zuverlässliche Erwartung, die Oberbürgermeister Manfred Rommel im Geleitwort zu Roland Müllers Stuttgarter Studie (S. VII) äußert, kann man nur teilen und sie als Bitte an die Gemeinden weitergeben, auch solche weiterführenden Studien, möglicherweise zusammen mit anderen Trägern, zu fördern.

## Die Autoren

HEIDE BERNDT, geb. 1938. Bei A. Mitscherlich Assistentin für Stadtsoziologie von 1966 bis 1974 am Sigmund-Freud-Institut in Frankfurt. Wichtigste Veröffentlichungen: Der Verlust von Urbanität im Städtebau (1967), Das Gesellschaftsbild bei Stadtplanern (1968). 1977 Promotion über die »Natur der Stadt«. Seit 1979 Professorin an der FH Berlin für Sozialarbeit und Sozialpädagogik.

DETLEF IPSEN, geb. 1945. Studium der Soziologie, Volkskunde und Psychologie in München, Wien, Mannheim und Ann Arbor (USA). Univ. Assistent in Mannheim, Professur für Stadt- und Regionalsoziologie in Kassel. Veröffentlichungen zur Organisationssoziologie, Wohnungswesen, Stadt und Regionalentwicklung.

MECHTHILDE KISSLER, geb. 1947, und JOSEF ECKERT, geb. 1958, studierten Sozialwissenschaften an der Universität Wuppertal (Dipl.-Soz.Wiss.) und führten ein historisch-sozialwissenschaftliches Forschungsprojekt zum Thema »Stadtkultur im Wandel« durch. Arbeitsschwerpunkte: Stadt und Migrationssoziologie, Ethnizi-

tät und multikulturelle Gesellschaft: Veröffentlichung: »Multikulturelle Gesellschaft und Urbanität«.

JOHANN PAUL, geb. 1950. Studium der Geschichte und Germanistik in Köln. Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stadt Bergisch Gladbach und der Universität Köln. Arbeitsschwerpunkte: Geschichte der Arbeiterbewegung, des Nationalsozialismus und der Ökologie. Wichtigste Veröffentlichungen: Vom Volksrat zum Volkssturm. Bergisch Gladbach und Bensberg (1988), Die Siegerschmutzung im 19. und 20. Jahrhundert.

RUDOLF WURZER, geb. 1920. Em. o. Univ. Professor für Städtebau, Raumplanung und Raumordnung an der TU Wien. Studium der Architektur, DDR. hc., Dr. techn. Leiter des Ludwig-Boltzmann-Institutes zur Erforschung von Methoden und Auswirkungen der Raumplanung an der TU Wien. Forschungsschwerpunkte: Auswirkung der Raumplanung auf die Umwelt, Geschichte des Städtebaus und der Raumplanung. Zahlreiche Veröffentlichungen. Herausgeber der Schriftenreihe »Stadt und Region«.

<sup>12</sup> K. Tenfelde, Proletarische Provinz: Radikalisierung und Widerstand in Penzberg/Oberbayern 1900 bis 1945, in: ebda., S. 1–382.

## Besprechungen

KARL BOSL, *Die bayerische Stadt im Mittelalter und Neuzeit. Altbayern – Franken – Schwaben, Regensburg: Friedrich Pustet 1988, 47 Abb., 405 S., DM 72,-.*

Der Sammelband mit Beiträgen zur Geschichte der bayerischen Stadt in Mittelalter und Neuzeit, zum 80. Geburtstag Karl Bosls erschienen, vereinigt 26 Texte, die zum größeren Teil bereits an anderer Stelle im Druck herausgebracht worden sind. 8 Arbeiten werden erstmals vorgelegt. Der Wiederabdruck der Texte, von denen einige an schwer greifbarer Stelle veröffentlicht wurden, erfolgt hier ohne den wissenschaftlichen Anmerkungsapparat des Erstdrucks. Auch die bisher nicht publizierten Texte entbehren der Anmerkungen. Dagegen bietet der Band im Anhang, der Gliederung der Beiträge folgend, die Literatur der Einzelstudien als umfangreiche Auswahlbibliographie; die am Einzelnachweis Interessierten – also in erster Linie die wissenschaftlich forschenden Stadthistoriker – werden auf die Erstdruckorte verwiesen. Damit ist aber zumindest für diesen Personenkreis der Vorteil bequemer Zugänglichkeit, den der Sammelband hätte bieten können, weitgehend zunichte gemacht; das beigegebene Orts- und insbesondere das Sachregister mögen dafür entschädigen (ein Personenregister fehlt allerdings).

Karl Bosl hat die Zahl seiner Beiträge zu strukturieren gesucht und sie nach Stadttypen bezeichnete Gruppen zusammengefaßt: in Mutterstädte, damit ist die Stadt »römischen Ursprungs« gemeint, in Burgenstädte, Gründungsstädte, unter ihnen Reichs- und Residenzstädte, in Universitäts-, Main- und Donaustädte – wohl eher eine Verlegenheitslösung. Doch sind ihm typologische Feststellungen zu Recht wichtig, die deshalb in den Einzelbeiträgen, und nicht nur

als äußerliches Ordnungsprinzip, einen bedeutsamen Platz einnehmen. Gleichwohl beeindruckt der Band doch vor allem durch die Detailfülle an stadthistorischen Informationen über den jeweils behandelten Ort. Karl Bosl hat selbst betont in seinem Vorwort, daß sich zwar »idealtypisch ... die Städte in Bayern in die Entwicklungsgeschichte der Stadt in Deutschland und Europa harmonisch ... einreihen«, daß aber »Stadt und Bürgertum in bayerischen Landen« notwendigerweise vor allem »realtypisch und individualisierend ... zu sehen und zu werten sind«, wenn sie in ihrer historischen Dimension zureichend verstanden werden sollen. Die bayerische Stadt als »wirtschaftlich-gesellschaftlich-herrschaftlicher, geistig-mentaler und kultureller Kosmos«, und zwar immer die »individuelle Einzelstadt, gleich ob Groß-, Mittel- oder Kleinsiedlung«, wird so in den Beiträgen Karl Bosls zum Gegenstand eindringender Analysen. Damit aber eröffnet sich die Möglichkeit zu vergleichender Forschung, die Möglichkeit, die für die bayerische Stadt festgehaltenen »Tatsachen und Zusammenhänge« gegen lokale, regionale oder territoriale Gegebenheiten andersorts zu stellen, zu analogen oder abweichenden Feststellungen zu finden. Nicht zuletzt also durch das Vergleichsmaterial, das geboten wird, beeindruckt dieser drei Jahrzehnte Stadtgeschichtsforschung zusammenführende Band.

Freiburg i. Br.

Hans Schadek

SIEGFRIED GERLACH, *Die deutsche Stadt des Absolutismus im Spiegel barocker Veduten und zeitgenössischer Pläne (Erdkundliches Wissen 101), Stuttgart: Franz Steiner 1990, 32 S., 32 Abb., DM 38,-.*

Das vorliegende Bändchen ist die Veröffentlichung der »erweiterten Fassung eines Vortrags« – in welchem Zusammenhang, ist leider nicht zu eruieren. Die Residenzstädte absolutistischer Potentaten vorrangig des »deutschen Südwestens« sind »hier hauptsächlich ins Auge« gefaßt worden (16). »Sie sollen in ihren allgemeinen städtebaulichen Merkmalen vorgestellt und diese zugleich daraufhin befragt werden, aus welchen Motiven sie erwachsen, in welchen vorangegangenen Entwicklungen ihre Ursprünge zu finden sind« (10). Die Ausführungen sollten dabei mittels »zeitgenössischer Veduten« und »Pläne« veranschaulicht werden. Das »Wesen« dieser neuen Städte sieht Gerlach »weniger von Handel und Produktion geprägt, als vielmehr von der Wirkkraft ihrer zentralen Funktionen«, z. B. als Regierungssitz, als Ort des Hofstaates und der Verwaltung. »Ihr äußeres Bild« sei gekennzeichnet von »Weite, Klarheit, ja Einförmigkeit« und »ihre räumliche Ordnung« folge dem »Wertesystem ... der Macht und der dieser innewohnenden Neigung zur Repräsentation« (15f). Als »wesentliche Ursache für die Entstehung der neuzeitlichen Residenzstadt« werden das »Prestigebedürfnis des Souveräns« und sein Bestreben nach Zentralisierung der Macht genannt; Vorbild sei die Residenz Ludwigs XIV. Versailles gewesen. Da das »öffentliche Bewußtsein« den »Pomp« fürstlicher Selbstdarstellung und die »barocke Verschwendungssucht« als »Beweis erfolgreich-glückhafter Regierung« empfunden habe, habe sich daraus ein »historischer Zwang« zur pompösen Selbstdarstellung ergeben (17ff). Im folgenden beschreibt der Verfasser die »idealtypische Ausformung der neuen Stadt« durch das moderne Befestigungssystem und dessen historischen »Ursprünge« (21ff), die »unterschiedlichen Systeme« der »Regularität« der städtischen Grundrisse und deren Herkunft

(31ff) sowie die »Einheitlichkeit des städtischen Aufrisses« in Umsetzung rigoroser Bauordnungen und vorgeschriebener Entwürfe von Modellhäusern (53ff). Für die »reinen Reißbrettprodukte der Epoche« läßt der Autor das Verdikt der traditionellen Kunstwissenschaft gelten: »Künstlich-Gekünsteltes«, »Artifizielles«, »Sterilität« oder »freundliche Langeweile« (Dehio). Die »Musterplanungen (hätten) den Genius loci keineswegs zwangsläufig um seine Entfaltung gebracht«; »viele barocke Residenzstädte ... (böten) sich ... als ausgeprägte Stadt-Persönlichkeiten dar« (72). Als Gegenbeispiel zum »oft ermüdend« wirkenden »Schematismus« der neuen Städte wird dann Dresden vorgestellt: ein »residenzstädtischer Aus- und Umbau ohne Schematismus« (59ff). Alle hätten jedoch »– jede auf ihre besondere Weise – ... nicht unwesentlich zur Bereicherung der mitteleuropäischen Kulturlandschaft« beigetragen (73).

Für den Kenner bietet die Veröffentlichung keine neuen Erkenntnisse oder überraschende Sichtperspektiven; sie ist eine deskriptive, eher populärwissenschaftlich anmutende, mit einigen Wertungen gewürzte Kurzfassung des in der traditionellen Städtebaugeschichte offenbar Akzeptierten. Dies beginnt schon damit, daß die Stadt, »ihr äußeres Bild« und »ihre räumliche Ordnung«, in einem nur sehr eingegrenzten Sinne als Ausdruck des »Prestigebedürfnisses« und des »Machtstrebens« gesehen wird. Daß sie zugleich Medium allgemeiner und besonderer Lebenspraxen, hieraus resultierender Ansprüche und Anforderungen sowie auch äußere Bedingungen dieser Lebenspraxen ist, fällt hierbei völlig aus dem Blickfeld. Wären diese Blindfelder erschlossen worden, so wäre sicherlich deutlich geworden, daß die vom Verfasser genannten »Ursachen« und »Herkünfte« der neuzeitlichen Residenzstädte wohl kaum zur Erklärung ihres äußeren und ihrer räumlichen Ordnung genügen. Gerade in der Epoche der ungleichzeitigen und ungleichmäßigen Herausbildung von Territorialstaaten sowie eines hierarchischen Systems miteinander politisch, ökonomisch, militärisch und kulturell konkurrierender Staaten in Europa sind sowohl die Gründung von neuen Residenzstädten als auch der Umbau vorhandener

Residenzstädte nicht nur im Zusammenhang mit den innenpolitischen Bestrebungen und subjektiven Bedürfnissen der Souveräne zu interpretieren, sondern auch vor dem Hintergrund ihrer außenpolitischen Ansprüche und ihrer Position in der zwischenstaatlichen Hierarchie und Konkurrenz; vor allem hier liegen die entscheidenden Erklärungsmomente für die Ungleichzeitigkeit und Unterschiedlichkeit im Städtebau der beschriebenen Residenzen. Daß dem Städtebau im Absolutismus darüber hinaus ganz praktische Anforderungen, z. B. ökonomische, sozialdisziplinäre, bodenökonomische und bautechnische, zugrunde lagen, dürfte heute eigentlich hinlänglich bekannt sein.

Berlin

Erich Konter

HARALD BODENSCHATZ / JOHANNES GEISENHOF, *Deutschordensresidenz Ellingen. Visionen, Pläne und Bauten einer barocken Schloßlandschaft (Schriftenreihe Stadterneuerung der Stadt Ellingen 3), Ellingen/Weißenburg 1990, zahlr. Karten und Abb., 120 S., DM 29,80.*

Die »Aussteller« sahen ihre Bemühungen im Zusammenhang mit der zentralen Ausstellung »800 Jahre Deutscher Orden« in Nürnberg, die sie anhand der historischen Zeugnisse des Ordens in ihrer Stadt vertiefend zu ergänzen suchten – ein guter Anlaß für die kommunale Imagepflege. Das vorliegende Begleitbuch entstand auf der Grundlage von »Studien zur Bau- und Stadtgeschichte der Stadt Ellingen, die im Zuge der Altstadterneuerung seit 1979« von den Autoren durchgeführt worden waren (7f.). In der Ausstellung und vor allem im Buch sollten nicht nur die Pläne, Entwürfe und Karten der »barocken Schloßlandschaft« in Ellingen präsentiert werden; Interpretation, »Entschlüsselung« der realisierten wie nicht realisierten Pläne und Entwürfe stehe notwendigerweise an, da die präsentierten »Bilder ... nur partiell für sich selbst sprechen« würden. Mehr noch: Die Verfasser sahen sich sogar in der Lage, »einige bisherige Einschätzungen« in Frage zu stellen, »einige neue

Thesen zu wagen und manches bisher zu Unrecht Vernachlässigtes aus dem Dunkel der Aufmerksamkeit zu holen« (8). Dem gewählten Interpretationsrahmen mußte auch die Periodisierung der Entwicklung der »Schloßlandschaft« entsprechen – nicht eine nach Baustilen oder Baumeistern, sondern eine »nach den Amtszeiten« der Bauherren, »der in Ellingen residierenden Landkomture des Deutschen Ordens« (8). Die vorangestellte Erörterung des »Rätsels des Schloßmodells« (das übrigens nicht gelöst wird) wirkt wie eine Hinführung zur Thematik (19ff.). Ihr folgt in fünf Kapiteln die chronologische Nachzeichnung der Umgestaltung der alten »Schloßlandschaft«, Schloßkomplex und Stadt, zur barocken Residenz der Ellinger Landkomture, die sich gegenüber der übergeordneten Ordensinstanz verselbständigen und in Konkurrenz mit den anderen Landesherren in der Region als eigenständige Landesherren etablieren und behaupten wollen (25 ff.). In einer Art Zusammenfassung wird dann der »Entwicklungsprozeß der Ellinger Schloßlandschaft ... bis in die 50er Jahre des 18. Jahrhunderts durch die Abfolge von Ansichten der Residenz und Stadt Ellingen in den Wappenkalendern der Deutschordensballei Franken verdeutlicht« (81 ff.). Der »Neuinterpretation der Rolle der Bauherren und Baumeister sowie der städtebaulichen Zielsetzungen der Landkomture« (16) sollte die Vorstellung der »bisher in der Diskussion zu Unrecht völlig vernachlässigten« nicht realisierten Pläne und Visionen dienen (89 ff.). Ein kurzer Blick in die Entwicklung der Ellinger »Schloßlandschaft nach Aufhebung der Residenz« (bis in die jüngste Zeit) bildet den Schluß des anregenden Buches (114 ff.).

Die Publikation ist für mich ein herausragendes Beispiel dafür, was im Rahmen einer engagierten, sich auf den historischen Gegenstand einlassenden »Voruntersuchung« an Erkenntnisgewinn möglich ist. Dies zunächst vorangestellt und berücksichtigt, daß an ein sich an ein breites Publikum wendendes Begleitbuch einer Ausstellung keine überzogenen wissenschaftlichen Anforderungen gestellt werden sollten, wird der Gesamteindruck jedoch etwas getrübt. Dies liegt nicht so sehr an einigen Einschätzungen

und Interpretationen der Autoren, die ich nicht teile. Wesentlich scheint mir, daß die Analysen und Interpretationen zu allgemein bleiben, die Darlegungen der baulich-räumlichen Entwicklung des Schloßkomplexes und der Stadt auf der beschreibenden Ebene verharren. Es fehlt die Analyse der räumlichen Ordnung und architektonischen Gestalt der Ellinger »Schloßlandschaft« vor dem Hintergrund der sich wandelnden sozialökonomischen Situation innerhalb der Grundherrschaft, der Deutschordens- »Ballei Franken«, des jeweiligen Verhältnisses der »Ballei« zur übergeordneten Ordensebene und zur Landesherrschaft, der sich ändernden Funktion und Bedeutung des Deutschen Ordens und seiner Untergliederungen sowohl im Zusammenhang mit dem sich umwälzenden territorialstaatlichen Gefüge in Europa als auch im Prozeß der Gegenreformation. Auf dieser Grundlage wären die realisierte und die projektierte Ordnung und Gestalt der »Schloßlandschaft«, die sich vom kulturell hegemonialen französischen Barockklassizismus, vom »französischen Garten« und von deren regionalen »Anverwandlungen« im deutschen Raum erheblich unterscheiden und im Vergleich zu neueren Entwicklungen zumindest in der Gartengestaltung seit der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts eher etwas »zurückgeblieben« erscheinen, neu zu überdenken. Dies wäre meines Erachtens eine lohnende Ergänzung, die zur Vertiefung der Erkenntnis jener Epoche beitragen könnte, in der wesentliche staatliche, aber auch ökonomische, soziale und kulturelle Grundbedingungen und Voraussetzungen für die Gegenwart geschaffen wurden.

Berlin

Erich Konter

ANDREAS ROMERO, *Baugeschichte als Auftrag. Karl Gruber: Architekt, Lehrer, Zeichner. Eine Biographie, Braunschweig: Vieweg 1990, zahlr. Abb., DM 118,-.*

In der vorliegenden Überarbeitung einer umfangreichen Dissertation beschreibt Andreas Romero in analytischer Durchdringung das Leben

und das architektonische Wirken des trotz seiner bekannteren Schüler fast in Vergessenheit geratenen Städtebaulehrers Karl Gruber (1885–1966). Wenn man heute den Namen Karl Gruber hört, so hat man nur noch »das Buch« in Erinnerung, das schon im Jahre 1937 erschienene Grundlagenwerk über »Die Gestalt der deutschen Stadt«; oder besser, vor Augen haben wir die ausklappbaren Seiten mit dem Bild der Stadt von 1250, 1350 und 1750 als Extrakt seines Buches und letztlich auch seines Lebens.

Irgendwie faszinierend ist seine gradlinige Entwicklung über die knapp 50 Jahre zwischen dem eigenen Studienabschluß an der TH Karlsruhe im Jahre 1909 und der Emeritierung als Darmstädter Städtebaulehrer im Jahre 1958, in denen Gruber sich inhaltlich ohne allzu direkte Beeinträchtigung durch die zeitspezifischen Strömungen weitgehend treu bleiben kann. Für ihn bleibt konstant der Städtebau als eine weitgehend auf das Mittelalter bezogene Stadtbaukunst, und als zentrales Medium der Darstellung seiner planerischen Vorstellungen benutzt er über die Jahrzehnte hinweg fast ausschließlich das bis zur Perfektion gereifte Schaubildzeichnen. Auf der anderen Seite wirkt diese kaum Entwicklungen zeigende Gleichmäßigkeit aber doch auch ernüchternd; zwischen der Dissertation von 1914 und der letzten Auflage seines Standardwerkes besteht verkürzt betrachtet kaum ein erwähnenswerter Unterschied, und alle praktischen Arbeiten aus den frühen zwanziger Jahren oder der Wiederaufbauzeit nach 1945 reihen sich strukturell in diesen verhältnismäßig engen Spielraum ein. Der besondere Verdienst der Untersuchung liegt jetzt natürlich darin, daß hier der dennoch vorhandene Einfluß der einzelnen Epochen und die zum Teil nur in der Wortwahl erkennbare Entwicklung seiner veränderten Argumentationslinie herausgearbeitet wird.

In den 50 Jahren seines Berufslebens durchläuft Gruber eine wirklich beachtliche Karriere: Referendarexamen, Promotion, Abteilungsleiter, Stadtbaurat von Freiburg, Professor in Danzig und ab 1933 dann Inhaber des Lehrstuhls für Entwerfen und Städtebau an der TH Darmstadt. Erst die weiteren Punkte wie Gründungs-



mitglied des konservativen »Blocks« (1928) und des »Kampfbundes Deutscher Architekten und Ingenieure – Ortsgruppe Danzig« (1932) verdunkeln diesen allzu gradlinigen Verlauf; die besten deutschen Städtebauer seiner Lebensphase haben bekanntlich keine bruchlose Karriere vorzuweisen. Hier muß man es als deutliches Verdienst des Autors ansehen, daß er die Entschuldigungsstrategien der Nachkriegszeit beiseite wischt und Grubers ideelle Nähe zum Nationalsozialismus mit entsprechender Distanz doch recht deutlich aufzeigt.

Von besonderer Bedeutung ist die ausführliche Darstellung des Gruberschen Wirkens im Rahmen der Wiederaufbauplanungen für Darmstadt und Gießen. Der immerhin schon sechzigjährige, in Darmstadt ortsansässige Hochschullehrer versucht sich als einer der ersten nach den Zerstörungen durch den Faschismus mit seinen Vorstellungen von Planung als Stadtgestalt in die Diskussion einzumischen und es gelingt ihm auch, einige Ansätze in die spätere Planung mit einzubringen, nicht aber, seine sehr konkret dargestellten Vorstellungen durchzusetzen. Hierbei ist die Berichterstattung über den prozessualen Charakter der Planung und das personelle Gefüge der in der frühen Nachkriegszeit Agierenden nach wie vor spannend zu lesen; der Autor arbeitet die politische Rolle der wichtigsten Akteure und die fachspezifischen Unterschiede deutlich heraus und zeigt, daß es keine grundsätzlichen politischen Erwägungen sind, die Gruber in den Hintergrund der Entwicklung drängen. Generell muß man demnach trotz der Übernahme einiger seiner planerischen Ideen konstatieren, daß der auf dem Idealbild der in sich ruhenden Ordnung verhaftete Professor der Hochschule sich mit seinen traditionsgebundenen Konzepten nicht gegen die Macher der Wiederaufbauzeit durchsetzen kann.

Abschließend ist auf der positiven Seite dem relativ teuren Buch zuzugestehen, daß hierin Grubers bisher weitgehend unbekanntes Lebenswerk als Architekt, Lehrer und »Kultfigur« der ersten Generation von Architekturstudenten der Nachkriegszeit umfassend entfaltet wird. Die aus vielen auch heute noch aktuellen Vorlesungen bekannten Zeichnungen von der Gestalt der

deutschen Stadt erhalten damit einen persönlichen Hintergrund und sind damit eher verstehbar. Andererseits steht das zeichnerische Werk Karl Grubers aber auch selbsterklärend für sich und man darf doch kritisch anmerken, daß es nicht unbedingt einer so breiten Analyse seiner doch wohl nicht ganz so bedeutenden Person bedurft hätte.

Hamburg

Ronald Kunze

KLAUS NOVY / FELIX ZWOCH (Hrsg.), *Nachdenken über Städtebau. Neun Aufsätze. Braunschweig: Vieweg 1991, 139 S., DM 32,-.*

Die Autoren gehören fast alle zu den Herausgebern der Zeitschrift STADTBAUWELT. Klaus Novy war sehr engagiert auf dem Gebiet gesellschaftlichen Wohnens und hatte auch eine Professur an der Technischen Universität Berlin. Er starb im August dieses Jahres.

Die Autoren kennzeichnen sich als »Nachkriegsgeneration« (S. 9). Einig sind sie sich in einer kritischen Haltung gegenüber der Architektur der Moderne, deren Uniformität, Monotonie, Kälte, Totalitätsobsession und Willkür sie ablehnen. Damit setzen sie sich von der »Kriegsgeneration« ab, die nach dem Nationalsozialismus den Wiederaufbau bestimmte, mit dem die Prinzipien der Moderne durchgesetzt wurden. So wenig wie die Kriegsgeneration scheint aber auch die Nachkriegsgeneration fähig, die geschichtlichen Zusammenhänge zu begreifen, die zur Formentwicklung der Moderne führten. Ein Autor äußert ein geradezu naives Erstaunen darüber, daß diese architektonischen Scheußlichkeiten sich so rasch durchsetzen konnten (Confurius, S. 86). Sie gleichen der »Kriegsgeneration« ferner darin, daß sie unfähig sind, dialektisch zu denken und Paradoxien aufzulösen. Ihre Verhaftung an die Logik des Ausschlusses und starre »Entweder-Oder«-Schemata verleitet sie mitunter zu unsinnigen Gegenüberstellungen – Ästhetik versus »Organisation« bzw. »Ordnung« – oder zu völlig absurden Formulierungen: »Die neue Städtebaukultur wird zu einem erhebli-

chen Teil eine »unsichtbare Kultur« sein (Selle, S. 128, Schlußwort), denn die »Normalität« menschlicher Lebensverhältnisse lasse sich »schlecht vorzeigen« (S. 127).

Nun sind Städte aber die Materialisierung der unsichtbaren gesellschaftlichen und psychischen Kräfte, die das Zusammenleben der Menschen bestimmen. Über die Qualität einer Architektur urteilen zu wollen, die man nicht sehen kann, ist ungefähr so sinnvoll wie sich über Musik zu verständigen, die man nicht hört. Mit der Denkfähigkeit der Autoren hapert es gelegentlich. Der Autor meint wahrscheinlich, daß Normalität im Städtebau sich einmal mit Unaufdringlichkeit gleichsetzen läßt, wobei zu wünschen ist, daß diese Unaufdringlichkeit zugleich eine neue Ästhetik mit sich bringt, die sich wohltuend von der Großklotzigkeit der Moderne abhebt und eine versöhnende Synthese mit den Strukturen der vormodernen Architektur eingeht.

Nachdenken über Städtebau tut Not, weil der sich ständig beschleunigende gesellschaftliche Wandel nicht nur die natürliche Umwelt mehr und mehr zerstört, sondern auch an die Substanz des Städtischen geht. Die Autoren stehen aber ohne Nachdenken auf Seiten der Stadt. Sie sorgen sich um ihre Erhaltung. Das ist sympathisch. Da der Zerfall der sozialistischen Herrschaftssysteme zur Erschließung neuer riesiger Märkte führen und neue Wanderungsbewegungen und Verstädterungsschübe in Gang setzen wird, ist Nachdenken über die Zukunft des Städtbaus dringend geboten.

Am besten ist das Buch dort, wo diese Probleme in einfachen Worten benannt und Maßnahmen vorgeschlagen werden, wie dem abzuhelpen sei. Bedauerlich ist, daß dabei immer noch nicht die Schlagworte der 50er und 60er Jahre ausgedient haben. Es wird nach den richtigen »Leitbildern« (Novy) oder gar »Visionen« (Zwoch) gesucht, als ob diese Denkschablonen nicht längst ausgedient haben sollten. So gerät manches Nachdenken zum Nachplappern. Das zeigt sich an der Sprache der Autoren, die selten die persönliche Erfahrung durchscheinen läßt. Eine angenehme Ausnahme davon ist der Beitrag von Confurius. Manches kommt schlicht großspurig daher wie bei Dietmar Steiner, der

mit dem Begriff »Kulturindustrie« herumklotzt, ohne klar zu machen, was der Begriff bedeutet. Er wurde von Adorno in den 40er Jahren geprägt und bezog sich in erster Linie auf die Entwicklung der Massenmedien in den USA. Wie er in Steiners Artikel zu verstehen ist, bleibt unklar. Solche Begriffsschlamperei schadet dem Denken.

Spürbares Resultat des gewaltigen gesellschaftlichen Umbauprozesses, der zur Zeit stattfindet, ist die bedrohliche Verknappung von bezahlbarem Wohn- und Gewerberaum. Hier ist jeder Vorschlag zu Maßnahmen der Abhilfe, der nicht die Fehler der Moderne wiederholt, zu begrüßen. Die Autoren argumentieren dabei von der städtebaulichen, nicht von der wohnungswirtschaftlichen Seite her. Am radikalsten ist Hoffmann-Axthelm. Er fordert die »Reparazzierung« der Stadt (S. 20). Nur wenn die Parzelle wieder die grundlegende städtebauliche Einheit werde und frei von Großprojekten und Hochhausbebauung bliebe, könne die Substanz des Städtischen erhalten bleiben. Diesen Gedanken hatte er bereits in der »Charta für die Mitte Berlins« mitformulieren helfen. Seine Planungsgrundsätze: »Verbindliches Verhältnis von Straße und Parzelle« (S. 14/15), überhaupt die Parzelle als »Grundeinheit des ökologischen Stadtbbaus«, »Vermeidung von Verkehr« (S. 23) durch Verdichtung und kleinräumige Mischung von Wohn- und Arbeitsstätten. Dies erscheint vom Standpunkt der »Moderne« in Architektur und Stadtplanung als äußerst konservativ, als Rückkehr zu den Eigentumsformen der vormodernen Phase des Städtewachstums. Aber dieser Konservatismus hat angesichts der ungebremsten kapitalistischen Wachstumsprozesse, die zunehmend als Zerstörungsprozesse erkennbar werden, eine Berechtigung, die politisch noch ausführlicher zu begründen wäre. Vieles erinnert an die Vorschläge, die Jane Jacobs bereits in den 60er Jahren machte, die aber vergessen scheinen, weil die Orientierung der Autoren am gerade Gängigen – die Literaturhinweise gehen selten über die 80er Jahre hinaus – die Besinnung auf die jüngeren geschichtlichen Zusammenhänge blockiert.

Mehr noch als Jane Jacobs, die das Dilemma



»Tod und Leben großer amerikanischer Städte« eher theoretisch durchleuchtete, machen einige der Autoren hier Vorschläge zur praktischen Umsetzung ihrer Planungsvorstellungen. Hoffmann-Axthelm plädiert für »dezentrale gemischte Entscheidungsorgane« (S. 19), dies um so mehr, je deutlicher werde, daß die »städtebauliche Exekutive ständig überlastet« sei (S. 17). Es müssen »direkte, institutionalisierbare Über-einkünfte zwischen Investoren und lokaler Bevölkerung« nach »angelsächsischen Varianten« eingerichtet werden (S. 18), ein Gedanke, den Novy und Selle variieren. Anstelle von »anonymen Baugesellschaften für anonyme Nutzer« (Selle) sollten »selbstnutzende Gemeinschaften als Bauherren« (Novy) auftreten (S. 121). »Unbelastete Dritte« (Sanierungsträger) sollten als »Brückeninstanzen« bei »kooperativen Problemlösungen« helfen (Selle, S. 125). Auch solle es eine »Verbindung von Sozialpolitik und Wohnungsbestandspolitik« (S. 123) geben. Nur wenn Investor- und Nutzerinteressen miteinander vermittelt würden, kann »das Einlassen auf den Ort erfolgen, von dem der Erhalt des historisch gewordenen Stadtbildes abhängt« (Selle, S. 122).

In diesen Überlegungen und Forderungen äußern sich die »neuen Selbstverständlichkeiten« der Nachkriegsgeneration, die sich aus der Ablehnung der Grundsätze des »neuezeitlichen Städtebaus« der 50er und 60er Jahre oder der »Moderne« in Architektur und Stadtplanung erge-

ben. Es sind einfache und sinnvolle Forderungen, die freilich äußerst schwierig durchzusetzen sein werden, denn die Moderne ist ein mächtiges System, das vorläufig, trotz aller katastrophalen Folgen für Natur und Stadt, seine Modernisierungsbedürfnisse durchsetzen wird.

Natürlich repräsentieren die hier vorgetragenen Ideen und Vorschläge nur das Selbstverständnis eines Teiles der Nachkriegsgeneration, während ein anderer durchaus bereit ist, das »Projekt Moderne« weiter zu führen. Als ob es die Kritik nicht gäbe, plädieren diese »Modernen« für Scheibenhäuser und Punkthochhäuser und was sie für Berlin an »Visionen« zu bieten haben, kann einen das Fürchten lehren. Es ist zu hoffen, daß diese »Visionen« die Halluzinationen von Architekten und Planern bleiben, nicht aber als gebaute Realität unser Leben alptraumhaft gestalten.

So ist heute die paradoxe Situation eingetreten, daß viele der Modernen die Reaktionäre sind, die aus Fehlern nichts zu lernen vermögen, während einige Konservative die Zukunft offen zu halten versuchen, indem sie den Zusammenhang zur Stadt, wie wir sie kennen, vor der Zerstörung durch die Fortschritte der Moderne zu bewahren versuchen. Zum Nachdenken über dieses Paradoxon bietet das Buch reichlich Gelegenheit.

Berlin

Heide Berndt

---

*Beilagenhinweis:*

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt der »Alten Stadt« bei. Wir bitten unsere Leser um Beachtung.

---